

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vorkosten: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508  
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Mittwoch, den 6. Mai 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

### Geflüchte Schienen.

Von den Justizgesetzen, die seit 1879 gelten, war die Strafprozessordnung schon theoretisch am wenigsten befriedigend. In der Praxis ist sie noch schlechter geworden, seitdem sie in steigendem Maße mit einem bürokratisch bornierten, autoritären und verfolungsstüchtigen Geiste verfehrt worden ist, der sich aus der besonderen Abhängigkeit der Strafgerichtsbarkeit von der in allen öffentlichen Einrichtungen herrschenden politischen Tendenz genugsam erklärt. Zwei Schlagworte zur Abhilfe sind im Geräusch der Tagesmeinungen allmählich laut hervorgetreten und populär geworden: Einführung der Berufung und Entschädigung unschuldiger Justizopfer, während sich in juristischen Kreisen eine Richtung gegen die Berufung bekämpft, die vielmehr das Vorverfahren als „anerkanntermaßen mangelhaften und reformbedürftigen Teil der Strafprozess-Ordnung“ zum Ausgangspunkt einer Gesetzwiederrichtung machen will. Die jetzt von der Reichstagskommission durchberathene Vorlage ist im wesentlichen unveränderte Wiedergeburt des Regierungsentwurfs von 1894, den der Leipziger Professor und Kriminalist Binding treffend dahin charakterisierte: „Der Geist, der diesen Gesetzentwurf durchweht, ist der Geist der Strafrechtspflege zur Zeit des sinkenden Inquisitionsprozesses, dessen zwei Grundrichtungen zu bezeichnen sind als die prozessuale Rücksichtslosigkeit gegen den Verdächtigten, der vor dem Urtheil schon zum Schuldigen gestempelt wird, und als die Gleichgültigkeit gegen die Gerechtigkeit des Strafurtheils: die Verurtheilung zu erzielen, ist an sich ein Triumph.“ Die Taktik, ein ganzes Gespinnst widerwärtiger Verschlechterungen des Gesetzes in diesem Geiste durchzuführen, ist die Erfüllung der beiden vollständigsten Forderungen annehmbar zu machen — wie sagt doch Wallenstein zu Quastenberg, Piccolomini II, 7? —, ist in der Kommission zwar vielfach mit Erfolg bekämpft worden, trotzdem in wesentlichen Punkten bisher siegreich geblieben. So steht der Reichstag vor der folgenschweren Entscheidung, ob auf weitere unbestimmte Zeit hinaus das Vertrauen zur Strafrichter, die Würde der Rechtspflege, das Ansehen der Richterprüche den Erschütterungen preisgegeben sein sollen, die wir täglich erleben. Wie weit müssen gesetzliche Vorkehrungen zur Abwehr des Verbrechens ihrem natürlichen Zweck entfremdet sein, wenn ihre Förderung bei jedermann außer unseren Bürokraten weniger dem Zweifel gilt, ob sie den Zweck der Abwehr erreichen, als Vorwürfen, daß sie unschuldige gefährden und Schaden stiften. Als wesentlicher Differenzpunkt zwischen der Kommission und den Regierungen besteht eigentlich nur noch der von der Kommission zu § 62 des Gerichtsverfassungsgesetzes geforderte Ausschluß von Affessoren als Mitglieder der Strafkammern und als deren Vertreter. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes hat demgegenüber mit größter Schärfe betont, „daß der Kommissionsbeschluss für Preußen so unüberwindliche (?) Schwierigkeiten mit sich bringe, daß seine Annahme einfach unmöglich sei.“ Wie viel oder wenig der preussischen Regierung an der ganzen Reform gelegen ist, mag hieran jeder Unbefangene erkennen. Immerhin ist nicht anzunehmen, daß die Vorlage an dieser Klippe scheitern wird. In einem anderen wichtigen Punkte hat die Kommission leider dem non possumus der Regierungen ihre mit starker Majorität zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung geopfert: Die Aufhebung des skandalösen Zeugniszwangs gegen Verleger, Redakteur, Drucker und Hilfspersonal. Also: an der

Beredlung des Nationalcharakters mit Disziplinarverfahren gegen „Unbekannt“ und Zeugniszwang soll auch fernerhin kräftig weiter gearbeitet werden. Dagegen wollen die Regierungen sich für die öffentliche Anklage die Vereinfachung des ambulanten Gerichtsstandes der Presse gefallen lassen. Als Verschlechterungen des bestehenden Zustandes, denen die Kommission sich gefügt hat, müssen wir vor allem eine Reihe den Zeugenbeweis betreffender Neuerungen ansehen. Wird der Zeuge jetzt in der Hauptverhandlung beeidigt, so soll in Zukunft die Beidigung bei der ersten gerichtlichen Vernehmung, also im Vorverfahren erfolgen, kann aber zunächst auch unterbleiben, wenn der Richter Volenden gegen die Zulässigkeit hat oder die Beidigung für den Zweck des Vorverfahrens nicht als erforderlich erachtet.

Das scheint recht harmlos und versteht doch einer unparteiischen Prozessführung den Gnadenhof. Wir sehen nicht an zu behaupten, daß die Hauptverhandlung hierin in vielen Fällen zum vollen Humbug herabsinken wird. Die ungünstige Stellung des Beschuldigten im Vorverfahren gegenüber dem dieses als sein Gegner beherrschenden Staatsanwalt ist bekannt. Die Tendenz des Vorverfahrens ist Vorbereitung der Anklage und des Eröffnungsbeschlusses, also Belastung: wer wird sonach im Vorverfahren immer beidigt werden? Der Belastungszeuge, noch dazu ohne Wissen des Beschuldigten, ohne Konfrontation mit Gegenzeugen — nicht so der Entlastungszeuge. Er kann auch beidigt werden. Ist aber zu erwarten, daß es regelmäßig geschehen wird? Nein. Außerdem tritt er häufig erst in der Hauptverhandlung auf, dann wird er noch weniger wiegen als heute schon, denn der Eid des vor ihm vernommenen Belastungszeugen zieht ihm den Boden unter den Füßen hinweg, und leicht wird selbst das beste Gericht alsdann zur Vermeidung von Eideskollisionen von der anderen verhängnisvollen Neuerungen Gebrauch machen, den einem beidigten Zeugen widersprechenden Gegenzeugen als unglaubwürdig und beidigt zu lassen. Die Verhöre vor Richtern ausfallen werden, deren staatsanwaltschaftliche Reklamationen oder Erinnerungen grundsätzlich den Belastungsbeweis bevorzugen, wie die Gelegenheit im Vorverfahren gegen den Beschuldigten ausgenutzt werden wird, durch einseitiges Festlegen, ohne seine oder des Verteidigers unangenehme Kontrolle oder unangenehme Gegenfragen, Zeugen um ihrem Eide festzulegen, so daß jede spätere Erschütterung der einseitig abgelegten Vernehmungsprotokolle durch das Material der Hauptverhandlung um der Meinungsgefahr halber ausgeschlossen sein wird, daß sich jedenfalls bald herrlich offenbaren. Ferner sollen verschlechtert werden: das Ablehnungsrecht und das Recht auf Beweis-erhebung, indem das Gericht jeden solchen Antrag verwerfen kann, wenn es einstimmig Verschleppungsabsichten annimmt. Auch kann es — wenigstens in der ersinstanzlichen Verhandlung vor der Strafkammer — angebotene Beweise wegen Unerschlichkeit der Thatsachen zurückweisen. Dies alles wird stets den Angeklagten treffen, nie den Staatsanwalt. Jeder Antrag, sofern ihm Folge gegeben werden soll, beanprucht einen gewissen Zeitaufwand; da wird ein schnelles Gericht mangelhaft als Verschleppung angesehen. Was ist aber erheblich und unerheblich? Wolte der Himmel, unsere Gerichte wählten stets nach Venignung aller Beweismittel die erheblichen Thatsachen von den unerheblichen zu scheiden, wir wollten es ihnen gern verzeihen, daß sie vorher meist nichts davon wissen. Eine abschließende Verschlechterung des bestehenden Zustandes ist endlich die den Regierungen zu Liebe beschlossene Einschränkung des

Wiederaufnahmeverfahrens. Allerdings bewegen sich die Regierungen in der ungeheuerlichen Vorstellung, „daß der größere Teil derjenigen Personen, welche seit 1879 im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens nachträglich ihre Freisprechung erwirkt haben, keineswegs unschuldig, vielmehr mit vollem Recht als schuldig verurtheilt war.“ In Wirklichkeit hat die Wiederaufnahme schon jetzt mit dem ausgesprochenen Widerstreben der Gerichte zu kämpfen, wobei nur immer und immer wieder an den unglücklichen Fall Zietzen erinnert werden mag. Aber selbst vom feindlichsten Standpunkte aus läßt sich nicht bestreiten, daß unter den nachträglich wegen bloßen Mangels der Beweise freigesprochenen auch völlig Unschuldige gewesen sein können. Diesen würde in Zukunft die Wiederaufnahme verweigert sein, da nicht die Aussicht auf Freisprechung mangels Schuldbeweises, sondern nur die Aussicht auf positiven Unschuldsbeweis genügen soll.“ Es sei nun — obgleich in Wirklichkeit zweifelhaft —, die vorgeschlagene Vernichtung vermindere erheblich die Wahrscheinlichkeit von Fehlsprüchen der Justiz, ist der Jammer des lebendig im Kerker Begrabenen darum geringer, und wenn von einer ganzen Generation nur einer ohne seine Schuld in die Tiefe dieses Elends versänke, haben wir das Recht, gelassen über sein Schicksal hinwegzusehen? Zwar wollten die Regierungen-Vertreter nicht sowohl durch finanzielle als rein ethische Gesichtspunkte bestimmt sein, immerhin ist die einzuführende Entschädigungspflicht des Staats zum Ausgangspunkt der Unterscheidungen zwischen den beiden Kategorien freigesprochener geworden. Diese Entschädigung, beschränkt auf Verurtheilte, beschränkt auf den bloßen Vermögensschaden, beschränkt auf den durch die Strafvollstreckung erlittenen Schaden, vermag — klingt es nicht wie Hohn? —, wenn der Verurtheilte die Verurteilung vorfälschlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat, vermag den unschuldigen Opfern der Untersuchungshaft, weil, wie die Vertreter der verbündeten Regierungen zu erklären sich nicht scheuten, „die Energie der Strafverfolgung in erheblichem Maße leiden würde, wenn bei Verhängung der Untersuchungshaft jedesmal die Reflexion auf etwaige Entschädigungsansprüche im Falle späterer Freisprechung Platz zu greifen habe“ (!), ist aber weder eine wirkliche Erfüllung vollstämmlicher Forderungen, noch auch nur dankenswerthe Ablasszahlung, sondern werthloser Schein. Die Sozialdemokratie würde auf diese Staatshilfe leichten Herzens verzichten und nicht nur eine solche, sondern selbst eine reichlichere Entschädigung ohne Ueberlastung ihres Budgets dem deutschen Reichsbürger mit Vergnügen offeriren.

\*) Der Unterschied zwischen der Freisprechung mangels Schuldbeweises und dem Erforderniß des Unschuldbeweises liegt in der sogenannten Beweislast. Die wichtige Rolle der Beweislast wird an einem Beispiel am besten klar werden: Ein Dienstmädchen wird wegen Hausdiebstahls verurtheilt, weil ihre Dame eine Brosche als gestohlen vernimmt. Nach der Verurteilung stellte sich heraus, daß die Dame geistesgekränkt ist, die Annahme, daß die Brosche gestohlen (und nicht vielleicht verloren sei) über überhaupt nur in der Phantasie der Zeugin existirt habe) wird somit beweislos, das Gegenheil kann aber auch nicht bewiesen werden. Dann soll die unschuldig Verurtheilte Wiederaufnahme nicht verlangen können, vielmehr nur dann, wenn sie oder ein Anderer etwa den Dieb faßt oder die verlorene Brosche findet und damit ihre Unschuld beweist.

### Tene.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

„Laufen?“ fragte der Wirth mit heiserer Stimme.  
„Laufen!“ sagte der mitspielende Bauer langsam und gleichgültig und schaute dabei zur Seite, als ginge die ganze Geschichte ihn eigentlich garnichts an. Der Wirth zog die dritte Karte. In der Stube war es so still, daß man irgendwo eine Caduhr ticken hörte. Der Bankhalter „aufstirte“ diesmal nicht so lange. Nur einen Blick warf er auf den „Kauf“, dann flogen die Karten mit den Bildern nach oben auf den Tisch.  
„Tropp! . . . Sua a lauffga Eickelsau!“  
Auch der Gewinner deckte seine Karten auf.  
„Hättst mi schon lang g'habt, Thoma, i hab nur Fünfehn, a Achterl und a Sieben.“  
Er hob das halbe Pfundgewicht ab, welches die Banknoten der Bank in den tiefen Suppenteller drückte und am Forstliegen hinderte, und strich das ganze Geld ein. Eine geraume Weile klabte er in den Haufen, dann zog er zwei ganz zerknüllte und beschmutzte Guldenzettel hervor und steckte sie in ein leeres Schnaps-glas. Jeder Gewinner mußte einen Betrag „ins Glasel thun“, als Entschädigung dafür, daß der Wirth seine Stube für das Hazardspielen hergab und einer immerhin möglichen Anklage sich aussetzte.  
„Ich hab' g'nug. Ich laß's weiter gehen und hör' auf“, sagte der Thoma mit einem halben Seufzer, blickte noch einmal in den Teller, in welchem das viele Geld gewesen, schob seinem Nachbar zur Linken die Karten hin und sprang auf, um Bier zu holen. Sofort nahm sich der eben gekommene Bauer einen Stuhl und ließ sich an dem Tische nieder, an dem vor ihm der Wirth gesessen.  
„Ich laß's a weiter gehen“, sagte der Kleine, über

und über verrunzelte alte Bauer, dem der Wirth die Karten zugeschoben, „ich hab' net so viel Geld mit, daß ich's riskiren könnt.“  
Der ganze Tisch brach in ein tosendes Lachen aus:  
„Schaut den an!“  
„Na ja, der Heisch is ja als der größt' Jammerer bekannt im ganzen Land.“  
„Heisch, aber's Bier wirst no zahl'n kinna?“  
„So spiel doch! Da Bankier hat ja an größt'n Vortheil!“  
„I hab' Na g' sagt, und damit is basta . . . Wenn's da Bankier so gut hat, warum nimmts denn Du net d' Bank, großgosedeter Mud übereinander.“  
Der Angeprochene, ein großer, starker Mann mit einem puterrothen Gesicht, hielt beide Hände abwehrend über den Tisch.  
„I hab' ja erst geb'n. Andere Leut' woll'n auch was g'winna!“  
„Der mit den Karten! Der Streicher-Franz giebt“, schrie der junge Bauer, der den Platz des Wirthes eingenommen.  
„Was giebst D' in d' Bank?“ fragte der kleine Alte.  
Der Streicher-Franz fuhr in sein rechtes Leibestäschel und zerzte ein ganzes Bündel zerknüllter Guldenzettel hervor. Zehn zählte er ab und legte sie in den Teller, die übrigen schob er wieder in die Weste zurück.  
Der Heisch ließ sich ein Blatt geben, ohne etwas zu sehen.  
„Das dritte Blatt lost' ein' Guldenzettel“, mahnte der Bankhalter mit aufschwellender Stimme.  
„Gilt schon! Der damit . . . Zweihundzwanzig!“  
Der Alte schob seine Karten mit dem verspielten Betrag dem Bankier zu.  
Das Spiel ging hin und her. Des Heischen Nachbar legte zwei Gulden, erhielt zwei Aß und konnte gleich „ein-

ziehen“; trotzdem suchte er ein „Kruzitürken“ nach dem andern, weil er so dumm gewesen und nicht mehr gefiekt. Der Mud hatte das Grün-Aß in der „Lage“, und kaufte versuchsweise ein Blatt für einen Guldenzettel; es war ein Bube, der zwei zählte. Sofort schrie er Hopp! und glaubte, gewonnen zu haben. Aber der Bankier deckte einundzwanzig „Augen“ auf, und die Freude des Dicken ward zu Wasser. Und auch der vierte und fünfte Mitspieler hatte Unglück. In der Bank lagen zweiundsiebzig Gulden, der Jahreslohn eines Großknechtes. Da wurde der Bankhalter aufgeräumt.  
„Na, Heisch, wieviel traußt Dich denn?“  
„Weißt ja, daß i net viel mithab . . . da! Zwei Güldala!“  
Diesmal schrie keiner „Hopp!“ die Bank aber wurde regelrecht „ausgefiekt“.  
Als das Spiel herum war, hatten alle verloren, mit Ausnahme des Alten.  
„Hundertvierzig Gulden! Kiberte Mud. A hübscher Brocken! Manner, halt's z'sammen, d' Bank muß wieder klein werden.“  
Und die Männer hielten zusammen, beim Lechten stand sich die Bank auf netto dreihundert Gulden. Der Spieler wollte nicht die ganze Summe riskiren. Da legten die andern mit Ausnahme des Alten zusammen, zweimaliges Abziehen, und auch diesmal hatte der Streicher-Franz gewonnen. Die Karten zitterten in seiner Hand, und einen lechenden Blick warf er auf den Teller, über dessen Rand die Banknoten bereits hervorquollen. Und aufatmend, daß es raffelte, stieß er hervor:  
„Noch einmal rum!“  
„Hopp!“ machte der Alte.  
„Wie viel?“  
„Hopp! hab ich g' jagt . . . Alles!“ . . .  
(Fortsetzung folgt.)



# Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Mai.

Der Reichstag begann heute die zweite Berathung des Margarinegesetzes. Es zeigte sich, daß der Ausschuss der Rechten und dem Zentrum bestehende Mehrheit doch einigermaßen hange war vor ihrem eigenen in der Kommission vollbrachten Werk. Im § 2 wurde die von der Kommission hineingebrachte Bestimmung, wonach zur Margarine nur Magermilch mit einem vom Bundesrath festzustellenden Fettgehalt verwandt werden darf, wieder gestrichen und die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Dann aber wurde § 2a der Kommission, das Verbot der Färbung der Margarine enthaltend, in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 97 Stimmen angenommen. Die Margarine sieht also künftig grau aus. An diesem Maßstab läßt sich die Behauptung des Abg. Bachem (Zentrum) beurtheilen, der es eine Verdächtigung nannte, daß die Margarine verschlechtert oder verfälscht werden solle. Von der Vorschrift des Zusatzes von Phenolphthalein (§ 2b der Kommission) wurde gegen eine geringe Minderheit wieder Abstand genommen. Die §§ 4 und 5, die Kontrolle betreffend, gingen in der Kommissionsfassung durch. Von unserer Seite gaben sich die Genossen Mollenbuhr, Herbert, Wurm und Darm lebhaftes Mühe, und zwar theilweise mit Erfolg, um die zu treffenden Vorschriften auf das Maß des Verständigen und des durch den berechtigten Zweck Gebotenen zurückzuführen. Eine Ungezogenheit des Abg. Iskraut, der den Reichstag mit einer antijudenrechtlichen Winkelnäpfe verwechselte, fand sofort eine so kräftige Zurückweisung von vielen Seiten des Hauses, wie es im Reichstag selten zu geschehen pflegt. Morgen: Fortsetzung der heutigen Berathung; Geheß über den unläuteren Wettbewerb und Geheß über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat am Dienstag in die zweite Lesung des Geschenkgesetzes. Die Regelung der Richtergehälter und die Ernennung der Gerichtsassessoren. Die Debatte drehte sich wesentlich um § 8, den sogenannten Assessorparagrafen. Nach der Regierungsvorlage soll über die Anstellung von Assessoren lediglich das Gutachten des Justizministers entscheiden. In der Kommission ist diese Bestimmung mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt worden. Da von der Ausnahme oder Ablehnung dieses Paragraphen die Stellung des Staatsministers zu der Vorlage abhängt, so waren heute von verschiedenen Seiten Vermittlungsanträge gestellt, die ein mehr oder weniger großes Entgegenkommen gegenüber dem Justizminister bewiesen. Die Konservativen im Verein mit einigen Freikonservativen beantragten, daß die Referendare, welche die große Staatsprüfung bestanden haben, zu Gerichtsassessoren ernannt werden, aber aus dem Justizdienst ausscheiden, und daß derjenige, der in den höheren Justizdienst treten will, einen dahingehenden Antrag beim Justizminister zu stellen hat, der über die Annahme „nach Maßgabe des Bedarfs“ entscheidet. Materiell ändert also dieser Antrag an der Regierungsvorlage nichts. Von national-liberaler Seite lag ein Antrag Schmieiding vor, wonach der Minister auch über die Zulassung der Referendare zu entscheiden hat. Der Antrag geht also im Prinzip dem Minister das Recht der Auswahl zu, er will aber, daß die Wahl bereits zu einem früheren Termin getroffen wird, damit die „ungeeigneten“ Kräfte sich noch zeitig einem anderen Berufe widmen können. Einen grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt zu dem Regierungsvorschlag und allen Abänderungsanträgen nahm das Zentrum ein, in dessen Namen Abg. Noeren diesen Angriff auf die Unabhängigkeit des preussischen Richtertums energisch zurückwies. Die Konservativen versuchten, mit den Nationalliberalen zu koaliren, indem sie auf Anregung des Abg. Krause den von ihnen gestellten Antrag als Unterantrag zum Antrag Schmieiding aufgefassen wissen wollten, aber die Nationalliberalen erwiefen sich ausnahmsweise einmal standhaft. Selbst dem Justizminister Schöndert gelang es nicht, von dieser Partei, die sonst jedem Minister zu Diensten steht, so viel Stimmen zu bekommen, wie zur Rettung der Vorlage nöthig sind, und so wurde denn in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 179 Stimmen zunächst der Antrag Krause und sodann mit wechselndem Stimmenverhältnis auch die anderen Anträge und § 8 in der Fassung der Regierungsvorlage abgelehnt. Die Regierung hat, da sie auf diesen Paragraphen besonders Gewicht legt, also eine neue Niederlage erlitten, und zu den über ihre Mißerfolge betrübten Ministern Hoffe und Beresung kann sich nun Herr Schöndert als Dritter im Bunde gefassen. — In zweiter Lesung wurde sodann noch der Geschenkwurf, betreffend die Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Genossenschafts-Kasse erledigt. Morgen steht die Kreditvorlage auf der Tagesordnung.

**Heberall „Ausstellungen“!** Die kapitalistische Ueberproduktion drängt zur Heilung — und die wirksamste Heilung ist eine Industrie-Ausstellung. Gleichzeitig mit der Berliner wurden am 1. Mai noch verschiedene andere Ausstellungen eröffnet — eine ungarische in Pest, eine schweizerische in Genf u. s. w. Die Eröffnungsfeierlichkeiten dieser anderen Ausstellungen unterschieden sich aber durch ein Moment sehr wesentlich von denen in Berlin — das Höflich-Bedientenhafte fehlte. In der Schweiz ist dies ja eigentlich selbstverständlich. Aber auch in Pest trug die Feier einen weit volksthümlicheren Charakter, als in der deutschen Reichshauptstadt, wo der „Bürgerhohn“ ausgeföhrt scheint.

**Heber die französischen Gemeindevahlen** des vorigen Sonntag ist der Telegraph außerordentlich schweigsam — von gestern Abend bis auf heute Nachmittag ist kein einziges Telegramm eingelaufen, obgleich das gesammte Resultat für die Behörden seit heute Morgen unabweisbar feststeht. Diese Schweigsamkeit des Telegraphen ist ein sehr gutes Zeichen — sie zwingt zu dem Schluß, daß die Nachrichten nicht nach dem Geschmack der Behörden, also der jetzigen Regierung sind. Die gestrigen Pariser Zeitungen, die uns heute zugegangen sind, bestätigen diese Annahme. Sie trafen die Botschaft des Telegraphen Bögen, daß die „gemäßigten Parteien“ ihren Besitzstand gegen den Ansturm der Radikalen und Sozialisten gewahrt hätten. Das ist nicht wahr: aus den Ziffern, welche die Pariser Zeitungen vom gestrigen Tag mittheilen, ergibt sich mit absoluter Gewißheit, daß die Radikalen und Sozialisten ihren Besitzstand ver mehrt haben. Und das bedeutet, daß die „gemäßigten“ nicht im stande gewesen sind, ihren Besitzstand zu wahren.

Unter den Städten, die unsere Genossen erobert haben, zählt die „Petite Republique“ noch Fleurance und Castelnaudary.

Vor Schluß der Redaktion hoffen wir noch weiteres mittheilen zu können.

Nachdem wir Obiges geschrieben, kam ein weiteres Telegramm, welches also lautet:

Paris, 4. Mai. Die ministeriellen Kreise äußern sich über das bisher festgestellte Ergebnis der Gemeindevahlen befriedigt. Die Gemäßigten hätten den Extremen gegenüber ihren Besitzstand behauptet. Die Agitation der Liga für das allgemeine Stimmrecht sei vergeblich gewesen. Nirgend erscheine das Mandat der Senatoren, welche das Ministerium Bourgeois zu Halle gebracht, gefährdet.

Das war uns schon gestern telegraphirt worden, und es ist falsch. Dieses Verlegenheitstelegramm — denn das ist es —

bestätigt nur die Erfolge der Radikalen und Sozialisten.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** In Hagen in Westfalen wurde am 29. April der Bergmann Stork wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Festung anstatt Gefängnis erhielt er deshalb, weil der Gerichtshof in betracht zog, daß Stork Soldat gewesen und noch Mitglied eines Kriegervereins ist.

## Deutsches Reich.

Der Oberhofmeister v. Mirbach, unsern Lesern bekannt durch seine Zeugenschaft im Kameelinschrifts-Prozess, hat in einer Generalversammlung des evangelischen Straßensprengels eine Rede gehalten, in der er sich über die Waldsee-Versammlung und über die Geldsammlungen für die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche ausgelassen hat. Von ersterem Vorgang ist für uns nur erwähnenswerth, daß die Abhaltung der fraglichen Versammlung in dem Gemächern des Grafen Waldeser nicht der Initiative dieses Generals zuzuschreiben sei und daß der Versammlung überhaupt eine politische Bedeutung beigemessen sei. Was die Geldsammlungen für die berühmte Kirche anbelangt, so befreit der Oberhofmeister, vorzugsweise Geld bei Juden gesammelt zu haben, wie ihm in antijudenrechtlichen Blättern vorgeworfen werde, giebt dann aber im nächsten Augenblick zu, im ganzen 60 000 Mark von patriotischen Juden und Katholiken zu diesem Zweck gesammelt zu haben. Im Zusammenhang damit kommt er dann in folgenderweise auf seinen Besuch bei Singer zu sprechen:

Wie Sie wissen, hatte die Stadt Berlin wegen des vom Reich für Kaiser Wilhelm projektierten Denkmals ein städtisches Denkmal ausgegeben. Deshalb unterhandelte unser Berliner Komitee vertraulich durch mich schon vor Jahren mit dem Magistrat, in dem Wunsche, daß sich derselbe an der Erbauung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche betheiligen möchte. Die anfangs günstigen Verhandlungen geriethen wegen des Prozesses zwischen Stadt und Stadtynode ins Stocken. Da aber diese Kirche in die Streitfrage nicht hineingezogen war, hofften wir, daß das Erinnerungsjahr 1895 zu einer günstigen Lösung führen könnte. Um einen Erfolg nach Möglichkeit zu sichern, wurde ich von unserem Komitee, sowie auch von dem Komitee der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche beauftragt, von neuem mit den städtischen Körperschaften vertraulich zu unterhandeln. Bei dem patriotischen Entgegenkommen des Magistrats war es uns der unsicheren Stimmung der Stadtverordneten gegenüber doppelt wichtig, eine Einsegnung im gegenseitigen Vertrauen und ohne peinliche Auseinandersetzungen herbeizuföhren. Ich entschloß mich deshalb, mit vielen Stadtverordneten, vor allem mit den Führern der einzelnen Gruppen, persönlich in Verbindung zu treten. Da Herr Singer Führer einer bedeutenden Gruppe ist, so mußte ich konsequenter und ehrlicher Weise auch ihn aufsuchen, um nicht den Magistrat dem eventuellen Vorwurfe von Seiten dieser Gruppe auszuweichen, daß hinter ihrem Rücken die Unterhandlungen geführt worden seien. Aus diesem Grunde ging ich im Januar 1894 zu Herrn Singer. Nun sagten die einen, ich hätte das aus Angst vor den Sozialdemokraten gethan. Hätte ich mich aber vor Menschen und menschenlichem Urtheile gefürchtet, dann wäre ich sicher nicht hingegangen. Andere sagten, ich hätte bei Singer und den Sozialdemokraten um die Geldbewilligung gebittelt. Dazu aber hätte ein so kindliches Vertrauen gehört, wie ich es leider nicht mehr besaß. Die Zeitung „Das Volk“ sah es als ein Vergehen und etwas Unwürdiges an, überhaupt mit Stadtverordneten zu unterhandeln. Ich habe unter ihnen eine große Zahl würdiger, patriotischer Männer kennen gelernt, von denen die Zeitung „Das Volk“ Treue und Achtung gegen Thron und Heiligthum lernen könnte. Was ich bei Singer in unserem Interesse und im Interesse des Magistrats, vor allem aber mit Rücksicht auf das Andenken des alten Kaisers erbat, war das, daß er unsere Wünsche von unserem Standpunkte aus anerkennen, daß er die von seiner Partei in der Stadtverordneten-Versammlung zu erwartende Opposition in sachlichen Grenzen halten, wenn möglich eine Disziplin verhindern möchte. Das hat Herr Singer versprochen und gehalten, und deshalb rent mich dieser Besuch nicht.

Auf diese Darstellung kommen wir noch zurück. Wenn der Herr Oberhofmeister es nun weiter für rathsam hält und bei dieser Gelegenheit sich erlaubt, die „allgemeine Pressefreiheit ebenso wie das allgemeine Stimmrecht“ für gleichbedeutend mit „allgemeiner Justizlosigkeit“ zu erklären, so legt er damit einem ählichen Beispiele, das andere Hoffnungen letzter Zeit gegeben haben. Im übrigen ist seine Privatmeinung über Pressefreiheit und allgemeines Stimmrecht völlig belanglos.

Unter den kaiserlichen Gnadenbriefen vom 18. Januar d. J. sind geflossen: Strafurtheile wegen Vergehen 96 998, Strafurtheile wegen Uebertretungen 22 755, zusammen 119 753 Strafurtheile; Strafbefehle wegen Vergehen 8924, Strafbefehle wegen Uebertretungen 17 143, zusammen 26 067 Strafbefehle. Dürftlich der Strafe und der rückständigen Kosten sind begnadigt worden: in Vergehenssachen 83 255, wegen Uebertretungssachen 58 056 Personen. Endlich sind 43 400 Verurtheilten lediglich die Kosten des Verfahrens ganz oder theilweise erlassen worden.

Aus vorstehender Mittheilung der „Berliner Correspondenz“ ist nicht bestimmt zu ersehen, ob es sich hierbei bloß um die Amnestie der von bürgerlichen Gerichten verurtheilten Personen oder auch um Angehörige der Armee und Marine handelt.

Das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller beschloß, auf den 8. Juni d. J. eine Sitzung des Ausschusses und der Delegirten nach Berlin einzuberufen.

Auf die Tagesordnung wurden neben einer Reihe von geschäftlichen Angelegenheiten vorläufig gesetzt: Die Rechtsfähigkeit der Vereine nach dem Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches und nach den Beschlüssen der mit der Vorberathung dieses Entwurfes betrauten Reichstagskommission; ferner die Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik mit spezieller Bezugnahme auf die Verordnung des Bundesrats, betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien vom 4. März 1896, und die Vorschläge betreffend die Regelung der Verhältnisse der Angestellten in offenen Ladengeschäften. Endlich soll in den Sitzungen der Handelskammer-Gesamtheit zur Berathung kommen.

Die protestantische Geistlichkeit rafft sich jetzt auch zu Protesten gegen das Duell auf. So hat die Kreisynode in Grünberg in Schlesien in ihrer letzten Sitzung eine Resolution gegen das Duell angenommen. Das Duell sei mit der christlichen Sitte unvereinbar. Bei der Provinzialynode soll daher beantragt werden, dahin zu wirken, daß in der kirchlichen Gesetzgebung die Verurtheilung des Duells als eines frevelhaften Spiels mit dem Menschenleben zum Ausdruck komme und daß in der staatlichen Gesetzgebung auf eine wirksame Wahrung der äußeren Ehre Bedacht genommen werde. — Aus der letzten Wendung geht hervor, daß die geistlichen Grünberger nur schablonenhaft die Behauptung von der Nothwendigkeit einer strafrechtlichen „Wahrung der äußeren Ehre“ nachreden.

Preussischer Eisenbahn-Zopf. In der „St. Johanner Zeitung“ lesen wir: „Es dürfte von Interesse für das reisende Publikum sein zu erfahren, daß die Kaiserliche Postverwaltung ab hier nach Elsfah-Verbringen, Pöhl, Baden und Württemberg, in welchen Ländern im Organon zu Preußen diese Karten eine zehntägige Gültigkeit dauer besitzen, auf den genannten Strecken nach am zehnten Tage bis Mitternacht zur Rückfahrt bis an die preussische Grenze zugelassen werden.“

Von der Grenze, also z. B. von Scheidt, Forbach, Saargemünd etc. ist dann eine Karte nach hier nachzulassen.“

Welch herrliche Einrichtung im geeinten Deutschland „im Zeitalter des Verkehrs“. Der Besitzer einer Rückfahrkarte nach einer Stadt unweit der preussischen Grenze kann sie zwar in Süddeutschland zehn Tage benutzen, in Preußen aber nur 3 Tage. Er muß also vom vierten Tage an auf der Heimfahrt in der Grenzstation aussteigen und sich eine einfache Karte bis nach seiner Abgangstation zulassen. Und dabei ist die Verstaatlichung der preussischen Eisenbahnen im Interesse des Volkes durchgeführt worden!

Ueber einen Prozeß Schmieß, für den ein Rechtsanwalt nicht zu bekommen ist, hatten wir nach der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ nähere Mittheilungen gebracht. Einer der darin genannten Rechtsanwälte, Herr Dr. Kohn in Dortmund, hat jetzt in einer Zuschrift an die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ sein Verhalten in folgender Weise zu rechtfertigen gesucht:

Die Angaben Ihres Beitrags in Nr. 98 vom 21. April sind, soweit sie mich betreffen, unrichtig. Bereits am 12. März 1896 habe ich Herrn Schmieß in Duisburg brieflich mitgeteilt, daß ich die Vertheidigung abhängig mache von der Angabe von Beweismitteln für die Richtigkeit seiner Behauptungen bezüglich der Essener Staatsanwaltschaft, und daß seine Ansprüche gegen die Gewerken Junke, Schärenberg u. s. w. sich in dem jetzt schwebenden Strafverfahren nicht zur Verhandlung bringen lassen.“

In Tilsit ist gegen den vor mehreren Monaten verhafteten früheren hiesigen Polizeidirektoren Stadtrath Mischel nunmehr die Anklage wegen wissenschaftlichen Meineids erhoben worden. Mischel soll in einem Vertheidigungsprozeß gegen den Redakteur der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“ jenen Meineid geleistet haben. Die Verhandlung findet am 12. und 13. Mai statt.

In Gnesen ist der erste Bürgermeister Köll vom Amte suspendirt worden. Köll war bei der Schlussfeier der Gnesener Nahrungsmittel-Ausstellung mit dem Dirigenten der Militär-Musikkapelle darüber in Streit gerathen, ob nach Anbringung des Kaiserhohes die Nationalhymne zu spielen sei, wie der Kapellmeister wollte, oder nicht. Köll unterlag das Spielen der Hymne und brachte ein unmusikalisches Hoch aus. Darob große Entrüstung bei den Patrioten. Trotzdem der Bürgermeister seinem Verbot eine harmlose Deutung gab, erfolgte die Amtsenthebung. Köll war früher Bürgermeister in Drowo, in Gnesen ist er erst einige Monate.

Raunburg a. S., 4. Mai. Das Oberlandesgericht hat in Sachen des Medaileurs Hülle gegen den Staatsanwalt Lorenz die von dem letzteren eingelegte Revision verworfen.

Es handelte sich dabei um die Klage unseres Genossen Hülle wegen Beleidigung durch den Staatsanwalt Lorenz, in der der Staatsanwalt vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurtheilt worden war. Die Strafe ist somit jetzt per sekt geworden.

In Straßburg kam es am 3. Mai abends um 10 Uhr in der Langstraße zu einem schweren militärischen Exzess. Dem „Eisener“ zufolge hat zwischen einem Unteroffizier des Infanterie-Regiments Nr. 136, der angegriffen war, und einer Anzahl „Zivilisten“ aus bisher noch unaufgeklärten Ursachen ein heftiger Wortwechsel stattgefunden. Der Unteroffizier rief eine Patrouille zu Hilfe, ließ sie das Seitengewehr aufpflanzen und mit gefülltem Bajonet gegen die Menge, die sich inzwischen angeammelt hatte, vorgehen. Mehrere „Zivilisten“ wurden verwundet, darunter einer schwer. Der Unteroffizier wurde verhaftet. — Das wird wieder „moralische Eroberungen“ bei dem „neugewonnenen Bruderstamm“ machen.

## Oesterreich.

Wien, 4. Mai. Die Beschlüsse der beiderseitigen Quoten-Deputationen wurden heute veröffentlicht. Beide stimmen in der zehnjährigen Dauer der neuen Vereinbarungen und in der Gemeinsamkeit des Zollgesetzes überein. Die Differenzen bestehen darin, daß die ungarische Deputation die Vornahme von zwei Prozent der Gesamtausgaben für die Militärgrenze zu Lasten Ungarns ablehnt und verlangt, daß die Beitragbestimmung in einer Gesamtsitzung Ausdruck finde; ferner darin, daß die oesterreichische Deputation die Beitragsquote mit 58 zu 42 nach Abzug des zweiprozentigen Präzips zum Lasten Ungarns beantragt, wobei die Bevölkerungsgröße, sowie die beiderseitigen Brutto-Einnahmen und Brutto-Ausgaben als Grundlage der Berechnung dienen, während die ungarische Deputation diesen Schlüssel nicht akzeptirt, sondern an der bisherigen Berechnungsmethode auf Grundlage der Brutto-Einnahmen aus den direkten und indirekten Steuern festhaltend die Quote mit 51,4 zu 48,6 beantragt.

Wien, 5. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm bei der Fortsetzung der Debatte über die Wahlreform-Vorlage den Antrag Vorüber auf Einführung der geheimen Abstimmung mittels Stimmzettel mit 117 gegen 103 Stimmen an.

Wien, 5. Mai. Der Steueraussschuß nahm einen Antrag Beer an, den Zensus für die Wahl in das Abgeordnetenhaus von 5 auf 4 Gulden herabzusetzen.

## Ungarn.

Konflikte mit dem serbischen Gesandten wegen Anbringung der serbischen Fahne am Budapestener Ausstellungs-Gebäude haben Demonstrationen in Belgrad gegen die ungarische Fahne zur Folge gehabt. Die Sache wird von der ungarischen, kroatischen und serbischen Presse aufgebauscht, ist aber ohne weitere Bedeutung. Die serbische Regierung, die zuerst den Konflikt mit Ungarn begünstigt zu haben scheint, fürchtet jetzt Konflikte mit Oesterreich-Ungarn und die Gefahr, daß die Erregung in Belgrad sich selbst unangenehm werden könnte. Durch Maueranschläge hat sie deshalb alle Ansammlungen auf den Straßen untersagt.

Budapest, 2. Mai. Es heißt, daß die Regierung dem Kaiser einen Amnestie-Akt vorgeschlagen habe und daß derselbe am 8. Juni, dem Tage der Krönung, zur Verlautbarung gelangen werde.

## Schweiz.

Basel, 4. Mai. (Sig. Ber.) Die gestern vorgenommenen Stichwahlen für den Großen Rath haben der sozialdemokratischen Partei einen erfreulichen Zuwachs gebracht. Zu den bereits im ersten Wahlgang gewählten vier Genossen kamen gestern noch weitere sieben hinzu, so daß nun die gesetzgebende Behörde des Kantons Baselstadt elf Sozialdemokraten zählt. Der Große Rath besteht nunmehr aus 70 freisinnigen, 42 Konservativen, 11 Sozialdemokraten, 4 Angehörigen des Zentrums und 3 Ultramontanen. Die konstituierende Sitzung des Rathes ist auf Donnerstag, den 7. Mai, festgesetzt.

Solothurn, 4. Mai. (Sig. Ber.) Während unsere Genossen bisher 11 Vertreter im Kantonsrath hatten, erhielten sie bei der gestrigen Proporzwahl deren nur 8, also um 3 weniger. Die Liberalen haben 65, die Katholisch-Konservativen 33 Vertreter.

## Italien.

Rom, 5. Mai. Im Kriegsministerium versichert man, daß General Balbissera bei Abgrat eine entscheidende Schlacht geliefert haben müsse. Bis jetzt sei jedoch keine telegraphische Nachricht eingelaufen.

Rom, 5. Mai. Deputirtenkammer. Die Tribünen sind stark besetzt. Auch Crispi nimmt an der Sitzung theil. Der Finanzminister trug das Exposé über die insolge des Wechsels in der Verwaltung und der Ereignisse in Afrika vor.



änderte finanzielle Situation vor. Der Ueberschuß von 8870374 Lire, führt der Minister aus, welchen das revidierte Budget pro 1895/96 zeigte, habe sich infolge des außerordentlichen Kredits von zwanzig Millionen für Afrika in ein Defizit von nahezu 12 Millionen verwandelt. Gleichfalls für Afrika habe das neue Kabinett einen Kredit von 140 Millionen verlangt und bewilligt erhalten. Infolge der anderweitigen in das Budget pro 1895/96 eingetragenen Ausgaben erhöhten sich dieselben insgesamt um 118 576 973 Lire. Das Ergebnis der Einnahmen lege es nahe, die veranschlagten Einnahmeverträge abzuändern. Nach den revidierten für das Budget 1895/96 veranschlagten Einnahmen würde sich ein Ueberschuß von 1411 900 Lire im Staatsschatz ergeben. Infolge einiger außerhalb des Budgets zu machenden Ausgaben werde jedoch der Staatsschatz ein Defizit von 2828 068 Lire haben, dessen größerer Theil wahrscheinlich durch die infolge der reichlicheren Ernte zu erwartenden höheren Einnahmen werde gedeckt werden. —

### Frankreich.

Paris, 4. Mai. Die Konferenz zur Berathung des Schutzes des Urheberrechts hielt heute Nachmittag ihre Schlussung ab, bedurfte Unterzeichnung des Protokolls. Dasselbe wird erst im nächsten Monat durch das Berner Konventionsorgan publiziert.

Die zur Berner Literarkonvention vereinbarte Zusatzakte ist heute von der internationalen Urheberrechts-Konferenz vollzogen und letztere ist demnach geschlossen worden.

### England.

Herr Chamberlain hat im Unterhause die Erklärung abgegeben, daß er mit den Wächterschaften des Herrn Cecil Rhodes gegen das Transvaal, die durch die künftigen Derschen enthält wurden, nichts zu thun habe. —

### Spanien.

Madrid, 5. Mai. Sagasta erklärte, daß er in den Cortes die Nothwendigkeit politischer Reformen für Kuba beweisen und unterstützen werde. Er erklärte ferner, daß der Krieg auf Kuba Spanien alljährlich 10 000 Mann und 500 Millionen Pesetas koste.

### Türkei.

Konstantinopel, 3. Mai. (Times.) Ein Beschluß des Militär-rathes setzt die Dienstzeit in der ganzen türkischen Armee von 4 auf 3 Jahre herab. —

### Persien.

Der ermordete Schah war ein durch und durch verworfener Halbunk, der nie etwas Gutes oder Nützliches gethan hat. — In allen Ländern ein Meister; trotzdem wird er von seinem Nachfolger als „der Große“ und „die Freude der Menschheit“ gefeiert. Als „Politiker“ war er ein Werkzeug der Russen, die jetzt den Verdacht haben, die Pistole des Mörders sei von den Engländern geladen worden. Diese Herren Diplomaten kennen ihren moralischen Werth und jeder traut dem anderen die Schurkerei zu, deren er selbst fähig ist. —

Die Ermordung des Schah soll auf politische Motive zurückzuführen sein. Der Attentäter soll der religiös-politischen Sekte der Babi angehören.

Die Babi sind nach der „Frankf. Ztg.“ eine Art Reformpartei, insbesondere auf religiösem Gebiete, und die Verfolgung derselben ist auch auf Anstiften der Geistlichkeit erfolgt. Die Lehre des Babisimus stützt sich zwar auf den Koran, weicht aber in vielen wichtigen Dingen vom Islam ab: das weibliche Geschlecht darf ohne Schleier am bürgerlichen Leben teilnehmen, ein engerer Verkehr mit Christen ist gestattet, auf die vorgeschriebenen Gebete und Waschungen wird wenig Gewicht gelegt und bezüglich der Getränke und Speisen wird nur das Verbot von Wein und Opium anstrengt erhalten. Das drei Anhänger dieser Sekte schon vor 42 Jahren auf Raffred-bin ein Attentat verübten und darauf ein Vernichtungskrieg gegen dieselbe geführt worden ist, haben wir bereits mitgetheilt. Der Babisimus hat sich aber im Gebirgen noch weiter erhalten, zum Theil auf türkischem Gebiete, und es fehlt nicht an Kennern der Verhältnisse in Persien, die behaupten, daß die Babi-Sekte noch eine große Rolle zu spielen berufen sei. —

Teheran, 4. Mai. (Times.) Nach einem Telegramm aus Schiras sind gestern Abend dort Unruhestörungen vorgekommen. Die Bagare sind geschlossen. Die Bank ist heute Vormittag offen und wird bemacht. Große Waarenvorräthe sind geplündert worden. In der Nähe von Schiras wurde gestern Abend der Versuch gemacht, das Juden-Quartier zu plündern; die Juden waren aber auf der Hut und vertrieben die Räuber mit Steinwürfen von den Dächern. —

Teheran, 5. Mai. Die Nachricht von der Ermordung des Schah ist nunmehr in alle Theile des Reiches gedrungen und hat, wie erwartet wurde, an einzelnen Punkten Aufschreitungen hervorgerufen. In der Provinz Fars, wo die Komanden besonders zahlreich sind, wurden Karawanen geplündert und Telegraphen zerschnitten. Im ganzen ist das Land jedoch ruhig und es wird Gutes nicht befürchtet. —

### Amerika.

Den amerikanischen Schutzdiplomaten ist der Kampf geschwollen. Sie wollen auf der nächsten republikanischen Konvention, die in St. Louis tagen wird, keinen andern, als Mac Kintley zum Präsidentschafts-Kandidaten ernennen (nominiren). Zur Nomination bedürfen 455 Stimmen, und 379 sind dem Führer der Hochschuttdiplomaten bereits gesichert. —

Savannah, 5. Mai. Mehrere Vanden von Aufständischen drangen in Junkra brava in der Nähe von Savannah ein und verbrannten das Dorf. Einige Einwohner kamen um; die spanischen Truppen vertrieben die Aufständischen und tödteten vierzig derselben. —

### Afrika.

Pretoria, 4. Mai. Der Volksraad wurde heute mit einer Rede des Präsidenten Krüger eröffnet, in welcher derselbe zunächst seinem Bedauern über den Tod des Generals Smidt, des Vizepräsidenten der Republik, Ausdruck giebt. Der General Jameson's, sagte der Präsident weiter, habe Vöswilligkeit und egoistische Ziele als Grund gehabt. Trotz der letzten Wirren seien die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten freundschaftliche geblieben; er hoffe auf eine demnächstige Einigung mit dem Orange-Freistaat, um über den Abschluß einer engeren Vereinigung zu berathen. Die Minen-Industrie habe guten Fortgang. Die Arbeitsfrage biete ermutigende Aussichten. Das Verhältnis zu den Eingeborenen sei ein friedliches. Maßnahmen für den öffentlichen Unterricht und die Landwirtschaft seien in Vorbereitung. Die Finanzlage sei gut. Der Präsident schloß mit einem Appell an den Volksraad, in dieser Zeit voller Anstrengungen in allem die ihm durch den Willen des Volkes anvertrauten verantwortlichen Verpflichtungen zu erfüllen und alle seine Kräfte dem Interesse der Republik zu weihen.

## Zweiter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, 5. Mai 1896.

Die heutige Vormittags-Sitzung wird von Limm-Berlin eröffnet und geleitet.

Der Kongreß tritt in die Berathung der gestrigen Referate über die Generalkommission ein.

Warner-Stuttgart: Sie wissen, die Hand Schuhmacher, denen ich angehöre, haben sich zuerst gegen die Generalkommission erklärt. Ich muß sagen, wenn wir nicht ab und zu ein „Korrespondenzblatt“ bekommen hätten, hätten wir von der Generalkommission so gut wie nichts gehört, bis die dunklen Pläne an unser Ohr drangen. Genosse

Legien hat sich gestern sehr auf hohe Pferd gesetzt. Die Generalkommission, die über das Wohl und Wehe der Gewerkschaften wachen sollte, hat thätfächlich mit den Gewerkschaften experimentiren wollen und damit den Bestand der Gewerkschaften vollständig in Frage gestellt. Wir haben die Zahlung der Beiträge fürderhin abgelehnt, weil wir uns nicht zum Spielball der Willkür und Launen der Generalkommissionsmitglieder machen lassen wollten. Legien griff gestern den „Vorwärts“ an und sagte: der „Vorwärts“ hätte sich erkundigen können. Andererseits hätten doch auch die Genossen Legien und Elm der Fraktion reinen Wein einschenken können. (Lachen.) Sie mögen sagen, was Sie wollen, es ist ein Stück Ehrgeiz im Spiele gewesen, man wollte ein Gegengewicht auspielen. Und ist die Generalkommission zu kostspielig, das einzige, was an ihr gut war, ist das „Korrespondenzblatt“.

Faber-Berlin. Die Angriffe gegen die Generalkommission sind alt, sie können aber doch nicht für die Auflösung der Generalkommission ausschlaggebend sein. Der Streit Auer-Legien wird ausgebaut, jetzt ist dieser alte Kohl erst wieder im Hamburger „Echo“ aufgewärmt worden. Wenn die Generalkommission nicht genug geleistet hat, so ist das Schuld der Gewerkschaften selbst, die ihr in Halberstadt die Hände gebunden haben. Viele Gewerkschaften haben die Generalkommission nicht gebraucht, aber es hieß das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man deshalb die Generalkommission aufheben. Daß aber gerade die Tabakarbeiter, die am meisten von der Generalkommission gehabt haben, sich losgesagt haben, verdient die schärfste Brandmarkung. Ich hoffe, die Gewerkschaften werden sich nicht für den Antrag der Metallarbeiter, die Generalkommission aufzuheben, erklären. Die anderen Anträge, die an Stelle der Generalkommission andere ähnliche Institutionen setzen wollen, verheißt ich überhaupt nicht. Die Generalkommission hat sich eingelegt, geben wir ihr Vollmachten und Direktiven, dann wird sie eine nützbringende Thätigkeit entfalten können.

Friede-Dresden erklärt sich im Prinzip nicht gegen die Institution der Generalkommission, hat nur an ihrer Praxisthätigkeit mancherlei auszusetzen. Der Streikfall Auer-Legien hat in Sachsen, wo wir uns permanent in anderen Umständen befinden (Heiterkeit), ungeheuren Staub aufgewirbelt. Meiner Meinung nach hätte Legien den Auer ganz anders abführen sollen für seine Liebeshändelungen. Wenn die Generalkommission weiter bestehen soll, dann muß sie aus Hamburg fort und nach einem Ort, wo sie allen Äußerungen Einfluß entzogen ist.

Seine-Hamburg: Die Generalkommission hat nicht viel geleistet, weil man ihr in Halberstadt ganz bestimmte Direktiven gegeben hat. Ich bin aber nicht mit allem was sie gethan hat, einverstanden. Zunächst bewängele ich die Spesen für die Teilnahme an den einzelnen Verbandstagen. Noch trasser liegt ein Fall aus der vorigen Woche. In Zürich kommen die schweizerischen Gewerkschaften zusammen, sie sind an einem Tage mit dem ganzen Krempel fertig. Da reist nun ein Mitglied der Generalkommission von Hamburg nach Zürich und begründet die Schweizer im Namen der deutschen Gewerkschaften. Ich meine, ein Brief hätte dieselbe Wirkung geübt und wäre billiger gewesen. Legien hätte die Gewerkschaften, die nicht bezahlt haben, viel schärfer rüffeln sollen. Viele dieser Gewerkschaften verdienen gar nicht, mit den andern zusammenzutagen. Gewundert hat es mich, daß Legien über den Austritt der Tabakarbeiter so leicht hinweggegangen ist. Einem Mitgliede der Generalkommission mußte ein solcher Schlag in der Seele weh thun. Ich bin gegen den Fortbestand der Generalkommission, weil ich sehe, daß sie nichts anrichten kann. Man muß sehen, wie man die Gewerkschaften auf andere Weise zusammenbringt und da scheint mir der Antrag Stuttgart, wenn er auch sehr unbestimmt gefaßt ist, eine gute Grundidee zu bilden.

Gingler-Nürnberg: Die Generalkommission hat keine Föhlung bei den einzelnen Gewerkschaften gewonnen, sie hat am meisten die kleinen Zentralisatidischen unterstützt. Wir haben jetzt keine Kontrolle über die Generalkommission, während es sehr wünschenswerth ist, daß die Vorstände der einzelnen Zentralorganisationen eine Kontrolle ausüben. Der Antrag Stuttgart ist für mich der einzig annehmbare. Aus den Gewerkschaftsartikeln kann eine Generalkommission viel besser gebildet werden. Die Form der jetzigen Generalkommission muß geändert werden. Wir haben denselben Fehler gemacht wie die heutige Gesellschaft. Wir haben uns ein Oberhaupt gegeben, aber dieses Oberhaupt hat dann gemacht was es wollte, die Generalkommission hat die Föhlung mit den Gewerkschaften verloren, sie wollte den deutschen Gewerkschaften englischen Stempel aufdrücken, und das gelingt niemandem, möge er sein, wer er wolle. Dazu müssen wir uns erst noch recht sehr entwickeln.

Sidbr-Berlin tritt für die Generalkommission ein, die angesichts der bestehenden Schwierigkeiten alles mögliche geleistet habe. Er verurtheilt das Verhalten der Tabakarbeiter, die erst die gesammten Gewerkschaften geschöpft haben, sich dann aber zurückgezogen haben.

Wichle-Hannover erklärt zunächst, daß der Brauerverband seine rückständigen Beiträge demnach an die Generalkommission abliefern werde. Es war ein Fehler, die Abhaltung eines Kongresses so lange hinauszuschieben, die dunklen Pläne waren dann nicht aufgetaucht. Die Gewerkschaften unterstützen sich gegenseitig zu wenig. Die einzige Unterstützung hat unser junger Verband von der Generalkommission erhalten. Seine hat die Vertretung der Generalkommission auf der Branchenkonferenz bemängelt, ich bin nicht der Ansicht, sie hat oft aufklärend, oft vermittelnd eingreifen müssen. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt des Genossen Gingler und bin für eine Erweiterung der Generalkommission, damit die einzelnen Organisationen mehr mit einander in Föhlung kommen.

Krüger-Dresden nimmt die Generalkommission gegen die Angriffe in Schutz: Der politischen Partei gegenüber sei sie viel zu nachgiebig gewesen. Das eine müßte er freilich sagen: Legien habe gestern einen sehr unglücklichen Ton angeschlagen. Das sei gewiß auch in Köln der Fall gewesen und deshalb sei er auch hinten heruntergerufen. In Dresden habe eine Gewerkschaft einmal auf die Generalkommission geschimpft, er habe sofort gefragt: „Ihr habt wohl Schulden bei der Generalkommission?“ Ja, 18 000 M. So sei die Abneigung gegen die Generalkommission zu begreifen. Auf die jetzige Form der Generalkommission verweise er sich nicht, der Stuttgarter Antrag scheine ihm sehr akzeptabel. Wähle man nur eine größere Vertretung, man werde dann den einzelnen Personen nicht mehr persönliche Bemängelungen machen können.

Kilmann-Hamburg hebt hervor, daß dank der Thätigkeit der Generalkommission sich die Mitgliederzahl des Väterverbandes verviebfacht habe. Die großen Organisationen sollten nicht so egoistisch sein und auch einmal für die kleinen Organisationen Opfer bringen.

Santaus-Magdeburg und Toller-Hamburg sind für Fortbestand der Generalkommission, letzterer betont, daß zu hüzigen Debatten gar kein Anlaß vorhanden sei.

Schrich-München hält es für notwendig, daß die deutschen Gewerkschaften eine Spitze haben müssen, die den Vertretungen entgegengetreten muß, die die Gewerkschaften zum Hausknecht der politischen Partei machen wollen. Wir müssen heute klar werden; wollen wir nur die politische Seite hervorheben, dann brauchen wir keine Generalkommission; ich meine aber, die Hauptsache muß für und sein, innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung bessere wirtschaftliche Lebensbedingungen zu erhalten.

Der Kongreß beschließt, dem anwesenden Abg. Meister als Vorsitzenden des Ausschusses des Tabakarbeiter-Verbandes beratende Stimme einzuräumen. Die Debatte wird fortgesetzt.

Köhlle-Hamburg befürwortet die Befestigung der Generalkommission, weil sie das Vertrauen der Gewerkschaften nicht besitzt. Die besten Erfolge sind durch die Gewerkschaften selbst

zu erzielen. Wir Schuhmacher stellen keine Anträge, weil wir unsere Beiträge nicht voll bezahlt haben. Die Mehrheit der Schuhmacher verlangt aber eine Reorganisation, da sie sich sonst nicht weiter an der Generalkommission beteiligen werden.

Rassini-Berlin: Die Buchdrucker könnten vielleicht das Oberhaupt entbehren, sie meinen aber, die deutsche Gewerkschaftsbewegung kann dieses Oberhaupt nicht entbehren. Aus sich heraus wird die Gewerkschaftsbewegung sich nicht so kräftigen, wie es mit Hilfe der Kommission geschehen kann. Wenn allerdings der Beitrag von 5 Pf. auf 2 1/2 Pf. herabgesetzt werden sollte, dann verzichte die deutschen Buchdrucker auf den Fortbestand der Generalkommission, das nennen sie keine Reorganisation. Das „Korrespondenz-Blatt“ ist gut, hat so viel agitatorische Wirkung geübt, wie die sonstige Fachpresse. Nur die Artikel müßten nicht so mit statistischen Angaben überladen werden, sondern populärer geschrieben werden, damit sie noch mehr für die Agitation zu gebrauchen sind. Ich habe nicht viel im Sinne mit der Internationalität, deshalb lege ich auch keinen so großen Werth auf die Aufkündigung internationaler Beziehungen. Ein Redner sagte vorhin, Legien hätte die Fraktion um Rath fragen sollen, als er die sogenannten „dunklen Pläne“ ausführen wollte. Diese Notwendigkeit geht mir zu weit. Wir sind ein souveränes Volk, wir deutschen Gewerkschaften und brauchen keinen Rath und keine Bevormundung von anderer Seite. Den Antrag der Stuttgarter halte ich nicht für durchführbar, so sympathisch er mir auch sonst ist. Ich bitte Sie, die Generalkommission bestehen zu lassen und zwar aus ganz bestimmten Gründen auch in Hamburg. Sie würden ein Verbrechen begehen, wollten Sie die Generalkommission einfach befeitigen.

Lark-Berlin beantragt: Der Kongreß beschließt die Organisation der Generalkommission in folgender Weise: Der Kongreß wählt drei ständige Mitglieder der Generalkommission. Jede Organisation wählt ein am Sitz der Generalkommission wohnendes Mitglied, das als Beisitzer zu fungiren hat. Die Dauer der Amtszeit der ständigen Mitglieder hat der Kongreß, die Dauer der Amtszeit der Beisitzer die einzelnen Organisationen zu bestimmen. Die Höhe der Beiträge fest der Kongreß fest.

Wiese-Bremen vertheidigt das Verhalten der Tabakarbeiter. Die Generalkommission hatte den Genossen Sabbart nach Bremen geschickt und der sagte: Mit Vereindrecht müssen sich die Gewerkschaften beschäftigen, wenn auch einzelne Organisationen dabei aufstiegen sollten. Diese Verantwortung konnten die Tabakarbeiter nicht übernehmen.

Huë-Essen hält den Fortbestand der Generalkommission für notwendig. Sie hat im Osten angefangen zu organisiren und das muß noch in verstärktem Maße geschehen, denn nur von den rückständigen Elementen werden wir im Westen fortwährend geschädigt. Die Berg- und Hüttenarbeiter sind mit der Generalkommission zufrieden.

Verger-Hamburg erklärt sich im Namen des Lederarbeiterverbandes für den Fortbestand der Generalkommission.

Schmitt-München hält den Fortbestand der Generalkommission nur dann für möglich, wenn die Beiträge herabgesetzt werden. Die Generalkommission werde dann mehr Geld einnehmen als jetzt, wo so viele Gewerkschaften nicht bezahlen können.

Döblin-Berlin tritt warm für den Fortbestand der Generalkommission ein. Obwohl die Buchdrucker sie nicht brauchen, besitzworte er den Fortbestand im Interesse der Allgemeinheit. Den Vorschlag Lark's halte er nicht für glücklich. Die Beisitzer würden zu sehr Sonderinteressen vertreten. Von der politischen Partei dürfen sich die Gewerkschaften nicht abhängig machen und es wäre schon Erfolg, wenn man im politischen Lager die Berechtigung der Gewerkschaftsbewegung voll anerkennen würde. Das es im großen und ganzen geschieht, bezweifle ich nicht, aber schon einzelne abweichende Stimmen sind geeignet, Verwirrung anzurichten. Sie sehen es jetzt bei dem Zwölftundentag der Bäcker, von der Gesetzgebung können wir keine schnelle Hilfe erwarten, das hiesse an uns selbst verzweifeln, wollten wir darauf warten.

Ein-Hamburg rechtfertigt das Verhalten der Generalkommission bezüglich der „dunklen Pläne“. Die Generalkommission hat nur Vorschläge gemacht und hat die Ausführung ihres Planes aufgegeben, als sie die Mehrheit gegen sich sah. Das Vorschlagsrecht muß man doch der Kommission lassen. Das ganze Geschehen war nicht unthunlich, wenn man nicht der Kommission einen Schlag versehen wollte. Die Gefahr war auch nicht so groß. Ich bin der Meinung, daß auch heute noch die Gewerkschaften einen öffentlichen Kongreß einberufen können, um sich mit dem Vereindrecht zu beschäftigen. Ich bin der Ueberzeugung, daß sich gerade unsere Genossen als Gewerkschaftler mit der Frage des Koalitionsrechtes und des Arbeiterschutzes beschäftigen müssen. Damit können wir der politischen Partei nicht schaden, sondern nur nutzen.

Was die Bemängelung der Reise Weisinger's nach Jülich anlangt, so muß ich betonen, daß Weisinger in Süddeutschland beim Müllerverband zu thun hatte. Ich halte es für sehr wünschenswerth, ausländische Gewerkschaftskongresse zu besuchen, die dort gesammelten Erfahrungen können uns sehr zu Statten kommen.

Der Abfall der Tabakarbeiter war mir nicht gleichgültig. Legien hat das wohl auch nicht gesagt. Das diktatorische Vorgehen des Vorstandes des Tabakarbeiter-Verbandes fordert die schärfste Beurtheilung heraus. Sie sehen ja auch, ein großer Theil der Mitglieder steht nicht auf dem Standpunkt der Leitung, denn wir haben hier je einen Delegirten aus Nord und Süd von den Tabakarbeitern unter uns. Die Gewerkschaften müssen Solidarität üben und sich gegenseitig unterstützen. Es tritt hierauf die Mittagspause ein.

Die Nachmittags-Sitzung wird von Limm-Berlin eröffnet und geleitet.

Die vormittags abgebrochene Diskussion wird fortgesetzt. Kitz-Königsberg ist mit der Agitationsweise der Generalkommission in den östlichen Provinzen unzufrieden. Man habe Geld auf Organisationsversuche in kleinen Städten verschwendet, wo nichts zu holen ist. Nur in den großen Städten, in Königsberg, Danzig, Elbing, Memel und Thorn seien Organisationen zu schaffen, auf diese Orte solle man sich aber auch beschränken.

Breder-Nürnberg rügt ebenfalls die Agitationsweise der Generalkommission in Süddeutschland. Die Agitationsreisen hätten anders arrangirt werden müssen. In Bayern hindert das Vereinsgesetz die Frauen an der Teilnahme an öffentlichen Versammlungen, trotzdem hat die Genossin Steinbach eine Agitationstour gemacht und es ist ihr nur in einem Falle, in Kempten, gelungen, eine Versammlung abzuhalten. Dieser Erfolg steht in keinem Verhältnis zu den Kosten. Die Nürnberger Metallarbeiter wollen deshalb die Generalkommission auflösen, sie wollen deshalb nicht jede Spitze befeitigen. Die sogenannten Pläne haben der Generalkommission auch keine neuen Freunde gebracht. Es soll jetzt eine statistische Erhebung über die Unfallversicherung der Bauhandwerker angefaßt werden und die Kosten sollen sich auf 10 000 Mark belaufen. Bei einem solch kostspieligen Projekt sollte man doch auch erst die einzelnen Organisationen befragen. Redner hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Generalkommission ist neu zu wählen. Dieselbe besteht aus drei Mitgliedern.

Der Sitz der Generalkommission soll womöglich in eine Stadt Mitteldeutschlands verlegt werden. Zur Kontrolle wird ein Ausschuß von fünf Mitgliedern gewählt.

Die Aufgabe der Generalkommission ist: 1. Für Ausbreitung der Zentralorganisationen zu sorgen, besonders durch Befestigung der Lokalorganisationen. 2. In dem vom Kongreß zu bestimmenden Gewerkschaftsblatte — am besten in dem dreimal wöchentlich erscheinenden „Korrespondenz-Blatt“ der Buchdrucker — sämtliche Be-



Kanntmachungen zu veröffentlichen, insbesondere wöchentlich eine Liste sämtlicher im Streik befindlicher Gewerkschaften mit Angabe der Orte und der Zahl der Streikenden sowie den Beginn der Streiks bekannt zu geben und deren rechtzeitige Veröffentlichung in der Tagespresse herbeizuführen. Sämtliche Gewerkschaftsorgane sind verpflichtet, die Publikationen vollständig abzubringen. 3. Die Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien, Berufen, deren Arbeiter nicht organisiert sind, zu betreiben, dabei insbesondere die in Deutschland beschäftigten Ausländer zu berücksichtigen. 4. Die Statistik zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterschaft zu gestalten. 5. Internationale Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten. Jede zentralisierte Gewerkschaft hat pro Mitglied und Quartal 3 Pf. an die Generalkommission zu leisten. Diejenigen Gewerkschaften, die ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommen, haben weder die Stimme noch den Namen der Generalkommission einzubringen bei den allgemeinen Gewerkschaftskongressen."

Es wird ein Antrag angenommen, wonach nur noch Vertreter von Organisationen sprechen dürfen, die bisher noch nicht zu Worte gekommen sind.

Ein Antrag Lark-Döblin auf Einsetzung einer Kommission von 7 Mitgliedern, die aus sämtlichen Anträgen ein Statut für die Organisation der Generalkommission ausarbeiten und dem Kongresse unterbreiten soll, wird angenommen.

In die Kommission werden gewählt: Eichinger-Nürnberg, Döblin-Berlin, Wexler-Nürnberg, Lark-Berlin, Friede-Dresden, Dupont-Berlin und Dietrich-Stuttgart. Ein Antrag Eichinger lautet: Der Kongress ist im Prinzip mit einem Zusammenschluss sämtlicher Gewerkschaften in einer gemeinsamen Vertretung einverstanden.

Der Vorsitzende giebt hierauf seiner Meinung dahin Ausdruck, daß mit Annahme dieses Antrages auch der Schluß der Generaldiskussion eingetreten sei.

Die Vertreter der kleinen Gewerkschaften fühlten sich majorisiert und Faber-Berlin protestiert in erregten Worten gegen diese „Mundtodmachung der schwachen Organisationen“.

Die Mehrheit des Kongresses beschließt aber noch einmal ausdrücklich, daß Schluß der Generaldiskussion eingetreten sei.

Legien-Hamburg erhält das Schlußwort. Er geht auf die Anfechtungen der einzelnen Redner ein und sucht deren Angriffe auf die Generalkommission zu widerlegen. Er kommt noch einmal auf den Plan, einen aus öffentlichen Wahlen hervorgehenden Gewerkschaftskongress einzuberufen, zurück und meint, von einer Gefahr für die Gewerkschaften könne doch gar keine Rede sein, so lange der Plan nur als Vorschlag diskutiert würde. Die Gefahr trat erst vielleicht mit der Einberufung ein, die ja aber gar nicht erfolgt ist. Die Generalkommissionsmitglieder wären die letzten, die die Gewerkschaften in Gefahr bringen wollten. Der Vorwurf Schlicke's wegen des Zeitpunktes der Einberufung des heutigen Kongresses sei unberechtigt, denn ehe der Aufruf erlassen worden, seien sämtliche Organisationsvorstände befragt worden und auch der Vorstand der Metallarbeiter habe seine Zustimmung gegeben. Eichinger habe ihn (Legien) mit der Generalkommission identifiziert, das sei eine Beleidigung der übrigen Mitglieder der Generalkommission. Gegen das Handschuhmacherorgan habe sich die Kommission mit aller Entschiedenheit gewandt, als Genosse Sperka dort Verdächtigungen gegen die Generalkommission abgelagert hatte. Der Redakteur Stetefeldt habe zuerst berichtet, das Correspondenzblatt gehe ihm nicht mehr zu, aber dann die Aufnahme einer Berichtigung dieser Unwahrheit fast lächelnd abgelehnt. Ein Genosse habe es dann der Generalkommission als Verbrechen angerechnet, daß sie die deutschen Gewerkschaften nach englischen Vorbild ausbauen wollten. Sei das ein Verbrechen? Sehe man nicht die englischen Gewerkschaften, was Organisations-Widerstandsfähigkeit anlangt, als Muster an? (Sehr gut.) Der Fall Sabbart in Bremen sei noch nicht geklärt, Sabbart betreibe die Kuppelung, und man könne doch nicht annehmen, daß er die Unwahrheit sage. Zudem sei es doch nicht möglich, daß ein Mitglied der Generalkommission so wenig mit dem Vereinsgesetz befaßt sei. Genosse Heine habe die vielen Reisen der Generalkommission bemängelt. Die Generalkommission aber halte es im Interesse der Agitation für notwendig, die einzelnen Kräfte in den verschiedenen Distrikten kennen zu lernen. Ueber die Internationalität könne man denken wie man wolle, das eine müsse man zugeben, daß es wünschenswert ist, daß sich die Gewerkschaften in Ländern mit gleicher Sprache vereinigen. Dabei die Reise nach Zürich. Wenn man sich mit den 200 M., die diese Reise gekostet hat, die Sympathie der schweizerischen Gewerkschaften erkauft habe, so sei sie nicht zu teuer bezahlt. Es sei ihm zweifelhaft, ob Heine die gleichen Worte gesprochen hätte, wenn es sich darum handeln sollte, ob der Parteivorstand einen Vertreter zu einem ausländischen Kongress entsenden solle. Die meisten Redner hätten kritisiert, ohne Besseres vorzuschlagen. Genosse Wiese habe gesagt, die Tabakarbeiter bemüht sich, die Unterstüßungsgelder zurückzugeben. Die Tabakarbeiter hätten 108 041 M. erhalten und ganze 1754 M. zurückgegeben. Das scheint ihm nicht der Versuch einer Rückzahlung zu sein. Er will über die Höhe der Unterstüßung nicht sagen, denn was heute der einen Gewerkschaft passe, könne morgen eine andere treffen. Aber das Verhalten der Tabakarbeiter lasse sich nicht beschönigen. (Sehr richtig!) Die ganze Debatte habe gezeigt, daß die Verhältnisse nicht so liegen, wie es nach den Artikeln in der Gewerkschaftspresse geschildert habe. Eine große Mehrheit werde sich für den Fortbestand der Generalkommission aussprechen. — Es sei gleichgültig, wie der zukünftige Name laute, wo der Sitz sei, wer die Mitglieder der Kommission sein werden. Das seien praktische Fragen. Das Schwergewicht liege darin, daß wenn wieder eine solche Kommission eingesetzt wird, sie auch allseitig und ausgiebig unterstützt werde. Dann werde nicht mehr so viel zu tadeln sein, dann werde sie nutzbringend wirken können. Die Organisationen, die sich jetzt losgesagt haben, erlaube er, sich wieder anzuschließen. Fehle nur eine einzige Organisation, so sei der Keim zu dauernder Disharmonie gelegt. Um die paar Pfennige Beiträge könne es sich dabei nicht handeln, es gelte den schwachen Organisationen beizuspringen. Siege der Grund in den Beiträgen, so hätten die Gewerkschaften keine Existenzberechtigung. (Sehr gut.) Er hoffe, die Ueberzeugung werde sich bei allen Arbeitern Bahn brechen, daß erst etwas für die Organisation geleistet werden muß, ehe man von ihr Gegenleistungen erwarten darf.

In einem kurzen Schlußwort betont der Korreferent Schlicke-Stuttgart nochmals, daß ihm jede Antipathie gegen die Mitglieder der Generalkommission ferngelegen habe, daß ihn nur sachliche Bedenken bei seiner Stellung noch nie geleiht hätten. Seinen Hauptvorwurf, die Kollisionsfähigkeit des Verwaltungsapparats, habe Legien mit keinem Worte widerlegt. Legien habe sich nur in Kleinigkeiten gefallen. Legien's Ausführungen hätten ihn auch jetzt noch nicht davon überzeugt, daß die Gewerkschaften ohne Generalkommission nicht zu leisten im Stande wären.

Personlich bemerkt

Wagner-Stuttgart, daß der Redakteur des Handschuhmacher' allein die Verantwortung für das Blatt trage.

Sabbart-Hamburg befreit entschieden, daß er in Bremen das Experiment eines politischen Gewerkschaftskongresses selbst auf die Gefahr hin empfohlen habe, daß eine oder die andere Organisation aufsteige. Er habe das Hauptgewicht darauf gelegt, daß die Generalkommission das Experiment nur wagen wolle, wenn volle Zustimmung herrsche, daß man es aber schon unterlassen wolle, wenn eine oder nur wenige Organisationen damit nicht einverstanden sein sollten. Sollte ich mich ungehindert ausdrücken, so war das noch immer

kein Grund für den Tabakarbeiter-Verband, mit der ganzen Generalkommission zu brechen.

Der Kongress erteilt hierauf der Generalkommission Decharge. In namenhafter Abstimmung erklärt sich der Kongress mit allen gegen fünf Stimmen prinzipiell mit einer zusammenschließenden Vertretung sämtlicher Gewerkschaften einverstanden. Dagegen stimmen Neuß, Simon, Kölle und Hamacher (Schuhmacher), sowie Gemoll (Metallarbeiter).

Hierauf vertagt sich der Kongress auf Mittwoch früh 8 Uhr.

### Soziale Uebersicht.

Mit der geplanten Einsetzung einer ständigen Sanitätskommission zur Beaufsichtigung der Betriebswerkstätten der Schneidermeister in sanitärer Hinsicht hat sich die Abtheilung „Norden“ des Vereins Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion erklärt und in ihrer letzst stattgehabten Versammlung folgende Resolution gefaßt: Die Abtheilung „Norden“ des Vereins Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion erkennt an, daß in bezug der Regelung der Betriebswerkstätten noch vieles zu schaffen nöthig ist und hält es für eine Nothwendigkeit, daß endlich eine durchgreifende Revision der Werkstätten der Schneidermeister für die Mäntelkonfektion stattfindet und in bezug dessen eine Ueberordnung der Meisterschaft beim Reichs-Gesundheitsamt zu geeigneten Vorschlägen empfangen werde.“

### Gewerkschaftliches.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Der Uebermuth zweier hiesiger Fabrikbesitzer hat uns einen Streik aufgezwungen. Der Besitzer der Gayer'schen Oelfabrik hat die Arbeiterinnen gezwungen, welche als Vertrauensleute seiner Arbeiter mit ihm zu verhandeln hatten.

Der Besitzer der Thörl'schen Oelfabrik hat durch fortwährende Lohnreduzierungsversuche, Waarenlieferung für die im Streik befindliche Gayer'sche Fabrik und provokatorische Aus-sperrung zweier Arbeiter große Erbitterung unter seinen Arbeitern hervorgerufen. Dieselben lasten ihre Forderungen zur Abschaffung dieser Mißstände und dauernder Gesunderhaltung der Arbeitsverhältnisse kurz zusammen, doch wurden dieselben von dem Arbeitgeber rundweg abgelehnt. Darauf legten auch hier die Arbeiter die Arbeit nieder.

Es kommt jetzt darauf an, durch jähes Aushalten den Unternehmern zu zeigen, daß sie nicht ungestraft den Versuch machen, die Rechte der Arbeiter mit Füßen zu treten. Die Gefahr, durch Streikbrecher lahmgelagt zu werden, scheitert an der Solidarität der hiesigen Arbeiterschaft. Es gilt jetzt, die Ausständigen soweit zu unterstützen, daß wenigstens das Gespenst des Hungers von ihren Familien ferngehalten wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Alle, die Ihr selbst jeden Tag dem Unternehmerrübermuth ausgefaßt seid, die Ihr gleich uns bereit sein müßt, jeden Tag für unsere gerechte Sache den Kampf aufzunehmen, helft uns!

Im Ausstand stehen im ganzen 545 Kollegen mit 680 Kindern. Die Opfer, die danach die Aufrechterhaltung des Streiks von uns fordert, sind bedeutend. Jeder trete für uns ein, jeder trage sein Scherlein bei zum Sieg unserer gerechten Sache! Allein an der Einmüthigkeit und Solidarität der gesamten Arbeiterschaft kann und wird das rücksichtslose Unternehmertum zu scheitern werden.

Doppelt hilft, wer schnell hilft!

Unsere Niederlage ist eure Niederlage! Unser Sieg ist euer Sieg!

Hamburg, im Mai 1896.

Die Streikkommission.

Alle Geldsendungen sind zu richten an H. Gutwirth, Nr.: Herrn Komprecht, Karnapp 19, Hamburg (Elbe).

Achtung, Maurer Berlins! In der Streikherberge an der Schule stellten die Maurer, 35 an der Zahl, die Arbeit ein, nachdem von seiten des Polters das Verlangen nach Einführung der ständigen Arbeitszeit abgeschlagen worden war. Wir ersuchen sämtliche Kollegen, besonders die arbeitslosen, diesen Wau zu meiden, bis unsere Forderungen bewilligt sind. Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

Achtung, Steinbrücker, Schleifer und Präger! In der Lugschpapier-Fabrik von Lange u. Wunsch in Berlin, Fonnstraße 49, haben sämtliche Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Näheres heute Abend in der Versammlung bei Grindel, Brunnenstr. 188. Der Vertrauensmann.

Achtung, Lederarbeiter (Portefeulier)! In der Lederwaarenfabrik von Heymann u. Co. in Berlin ist der Vertrauensmann gemafregelt worden. Es haben darum die Werkstätten- und Heimarbeiter gegenwärtig die Arbeit niedergelegt. Es wird gebeten, Zugang fernzuhalten. Die Mitgliedschaft Berlins des Verbandes der in Buchbinderrien z. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Achtung, Stricker! Infolge Maßregelung mehrerer Vereinsmitglieder in der Wollhut-Fabrik von Meinede u. Co. in Brandenburg a. H. sind die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabrik nach mehrfachen ergebnislosen Verhandlungen — Herr Meinede will sich auf nichts einlassen — in den Ausstand getreten. Die Maßregelungen werden genügend dadurch gekennzeichnet, daß Herr Meinede bei dem zweitägigen Ausstand im Februar erklärte, keinen der Beiheligen zu entlassen, auch nicht, wenn das Geschäft flau werde, sondern es solle dann die Arbeitszeit verkürzt werden. Der Kommission erklärte er, das habe nur bis Ostern Gültigkeit gehabt. Zweifelloß will der Herr die ihm so unangenehme Organisation sprenge; hat er doch angekündigt, noch mehr Mitglieder zu entlassen, an deren Stelle Nichtmitglieder treten sollen. Die Ausständigen sind fest entschlossen, sich ihr Verbrechen nicht nehmen zu lassen und hoffen bestimmt auf den Sieg, wenn aller Zugang fern gehalten wird. — In der Seidenhut-Fabrik von Köst in Leipzig wurden sieben Kollegen entlassen, weil sie am 1. Mai einen halben Tag gericert haben; zwei blieben am 1. Mai stehen, wurden aber trotzdem am nächsten Tag gefeuert. Auch hier ersuchen wir, Zugang fern zu halten. Die Kommission der Hutarbeiter und Arbeiterinnen Berlins. J. A.: O. Kempe.

Au die Maler und Berufsgenossen! Hiermit bringen wir den Kollegen zur Kenntnis, daß über die Marken à 50 Pf. am Freitag in der Vertrauensmänner-Sitzung abzurechnen ist. Von Sonnabend, den 9. Mai, an werden bis auf weiteres 25 Pf. Marken abgegeben. Jeder arbeitende Kollege hat pro Woche eine Marke à 25 Pf. in seine grüne Streifkarte zu legen. Kollegen, wenn auch momentan eine Werkstattparte größeren Umfangs nicht eintreten wird, so steht doch in den Monaten Juli und August, wo die Verhältnisse uns günstig sind und auch der Wuth der Kollegen, die die lange Arbeitslosigkeit im Winter überwinden haben, mehr gestärkt ist, eine Bewegung bevor. Es ist deshalb erforderlich, bei Zeiten für genügende Kampfmittel zu sorgen. Daher mögen die Kollegen auch die Beschlüsse der öffentlichen Versammlung respektieren und die Streikmarken rege umziehen. Wohin sollte es wohl führen, wenn eine Werkstatt beschließt, sich an den Sammlungen nicht zu beteiligen, mit der Bemerkung, man hätte seine Schuldigkeit getan, zumal in einer Werkstatt, wo Zustände herrschen, die uns zwingen könnten, die Werkstatt eventuell zu sperren. Nach den Geschäften von Schmidt, Lange-straße 61; F. Oppermann, Königsbergerstraße 28—27; C. Marose, Steglitzerstr. 89; C. Stüwert, Schöneberg, Gothenstraße 49; F. G. Becker, Greifswalderstraße 207; L. Sobotta, Valdeiches Ufer 23; C. Lange, Elsfasserstr. 18, ist der Zugang streng fernzuhalten. Dort sind unsere Forderungen nicht bewilligt resp. ist dort die Unterstüßung wieder zurückgezogen. Die erwähnte Vertrauensmänner-Sitzung findet Freitag den 8. Mai, abends punkt 8 Uhr, im Lokale von Stramm, Mitter-

straße 123, statt. Die Lohnkommission der Maler Berlins und der Vororte.

Au die Parquetbodenleger von Berlin und Umgegend! Laut Beschluß der öffentlichen Parquetbodenleger-Versammlung vom 8. Mai ist bei den Firmen, welche unseren Tarif nicht anerkennen, die Arbeit niedergelegen. Fast überall sind die Kollegen diesem Beschluß nachgekommen. Nur in zwei Geschäften ist es unterlassen worden, den Unternehmern unsere Forderung zu unterbreiten. Wir richten nun an Euch das dringende Ersuchen, diese unheilvolle Gleichgültigkeit fallen zu lassen. Seit Jahren haben es die Unternehmer verstanden, uns durch immerwährende Lohnabzüge in unserer Lebenshaltung herabzubringen. Rücksichtslos nur auf ihren Vortheil bedacht, sind seitens einzelner Firmen Preise eingeführt worden, welche sich noch 20 pCt. unter dem gegenwärtigen, niedrigen Durchschnittspreis stellen und im Vergleich zu den früher gezahlten geradezu ein Joha sind. Darum Kollegen, ist es eure heiligste Pflicht, kraftvoll für unsern neuen Tarif einzutreten, um unser Loos einigermaßen zu bessern. Zeigt den Unternehmern, daß es uns ernst ist, über all unsere Forderung zur Geltung zu bringen. Schließe sich kein Parquetbodenleger von unserer Lohnbewegung aus! Alle für einen, einer für alle! das sei unsere Losung. Alles auf unsere Branche bezügliche Material ist im Streikbureau bei Schöning, Köpnickstr. 68, mitzutheilen. Wir bitten die Arbeiterpresse, von unserer Bewegung Notiz zu nehmen. Der Vertrauensmann.

Achtung, Tapezire! Bei der Firma Max Bodenheim und Leo Meyer in Berlin, Belle-Alliancestr. 84, haben sämtliche Kollegen am Montag die Arbeit niedergelegt. Die Vertreter der Dispositionen versuchten einen Vergleich herbeizuführen; derselbe scheiterte jedoch. Zugang ist fernzuhalten. Alles Nähere in der Versammlung, die morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, abgehalten wird. Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin des Allgemeinen deutschen Tapezirervereins.

Au die Banarbeiter Berlins und Umgegend! Den Kollegen hiermit nochmals zur Kenntnis, daß sich das Streikbureau seit Montag bei J. Schmidt, Wallstr. 65, befindet und von morgens 8 bis abends 8 Uhr geöffnet ist. Es wird ersucht, sämtliche Unternehmer, welche unsere Forderungen bewilligt oder nicht bewilligt haben, Unterzeichnetem bekannt zu geben. Die Lohnkommission. J. A.: E. Gutsch, Pflaferstr. 54.

Den ersten Bemühungen der Steinbrücker, Buchbinder und Hilfsarbeiter der H. S. Hermann'schen Buchdruckerei in Berlin, Deuthstraße 8, gelang es, gleich den Buchdruckern eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu erreichen.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher Berlins nimmt günstigen Fortgang. Bewilligt haben bis jetzt 20 Geschäfte mit 150 Arbeitern. Im Streik befinden sich noch ungefähr 700 Kollegen, welche sich auf 50 Geschäfte verteilen. Wir ersuchen, um den Kampf durchzuführen zu können, um finanzielle Unterstützung. Alle Sendungen sind zu richten an August Adamczak, Restauration Freigang, Schützenstr. 18/19. Alle Arbeiterzeitungen werden um Abdruck dieser Notiz gebeten. Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

In Bernau dauert der Streik der Schuhwaarenarbeiter bei den Firmen Oppenheim, Meier und Poges und Bernede unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten, auch ist finanzielle Unterstützung der Ausständigen dringend nöthig.

Die Kottbuser Textilarbeiter und Arbeiterinnen bitten um Vermeidung des Zuguges, da noch sehr viele von ihnen ohne Beschäftigung sind. Weiter bitten sie um Fortsetzung der Sammlungen. Wir ersuchen die Arbeiterschaft dringend, das Gesuch der wackeren Kämpfer zu berücksichtigen.

Die Maurer Breslans beschließen den Streik, da die Unternehmer den verlangten Stundenlohn von 40 Pf. nicht bewilligen wollen.

Ueber die Stellung der deutschen Schuhfabrik in Erfurt gegenüber der allgemeinen Arbeiterbewegung schreibt uns Gen. W. Bok in Gotha wie folgt: „Von interessirten Konkurrenten, wie auch von einzelnen Parteigenossen, wird die Meinung verbreitet, daß unsere Schuhfabrik in Erfurt ein privatkapitalistisches Unternehmen sei, auf welches die Leitung der Schuhmacher-Organisation ohne jeden Einfluß sei. Diese Darstellung ist total falsch. Zwar ist das Erfurter Unternehmen, das von mittellosen Arbeitern ins Leben gerufen ist, im Laufe seiner Entwicklung genöthigt gewesen die Hilfe eines Kapitalisten in Anspruch zu nehmen, damit ist aber für das Geschäft keineswegs die Selbständigkeit aufgegeben. Diese zu wahren, dazu sind der Vorsitzende des Vereins deutscher Schuhmacher, Genosse Siebert und meine Beihilfe berufen. Ohne unsere Zustimmung und Kenntnisaufnahme kann die Geschäftsführung nicht unternehmen; unter allen Umständen ausgeschlossen ist aber ein maßgebender Einfluß des Kapitalgebers. Die Ueberschüsse des Geschäftes werden in erster Linie zur Deckung der vorhandenen Verpflichtungen und zur besseren Fundirung des Geschäftes verwendet; Genosse Siebert und der Unterzeichnete erhalten für ihre Bemühungen keine Entschädigung und ebenso wenig werden sonstige Privat-Interessen besonders berücksichtigt.“

Soweit es möglich ist, werden vorhandene überschüssige Mittel heute schon im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung verwendet, wie dies früherer Anstellungen des Parteikassirers auszuweisen und auch jetzt hat das Unternehmen aus Anlaß des guten Obergeschäftes wieder einen größeren Betrag für Parteizwecke abgeben. Dies zur Klarstellung des Sachverhalts.“

Der Streik der Holzbildhauer und Kehler Stuttgarts dauert unverändert fort. Da die Möbelfabrikanten überall hin Vertreter senden, um Arbeiter anzuwerben, werden die Holzbildhauer ersucht, Arbeitsangebote nach Stuttgart abzulehnen; ebenso mögen die Holzbildhauer Deutschlands darauf achten, daß die Stuttgarter Fabrikanten ihre Arbeiten für die diesjährige württembergische Kunstausstellung auswärts anfertigen oder vollenden lassen, um die Bewegung der Holzbildhauer zum Scheitern zu bringen.

Aus Sosnowice in Russisch-Polen wird telegraphirt: In einer einer Aktiengesellschaft gehörigen Grube in Riewice ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Bergarbeiter versuchten die Grube durch Abstellung der Wasserhaltungsmaschine zu ersäufen und drangen auf den Steiger ein, welcher das verhinderte und zwei Angreifer erschoss. Die hierdurch während gemachte Menge erschlug darauf den Steiger mit Keilhauen. —

Aus Großbritannien. In London haben die meisten Banarbeiter die geforderte Lohnerhöhung bewilligt bekommen. — 3000 Zimmerer und Handlanger sind in Dublin in den Streik getreten.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 5. Mai. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die gesammten Wahlreformvorlagen in zweiter Lesung.

Zara, 5. Mai. (W. T. B.) Bei Rijecastrana, im Bezirke von Cattaro, hat am 3. ds. nachmittags ein Kampf zwischen einer 35 Köpfe starken montenegrinischen Schmugglerbande und einer Zollwache sowie dem Gendarmereposten von Bobori stattgefunden. Der Postensührer und ein Gendarm wurden erschossen, 2 Zollaufseher leicht verletzt. Vier erschossene Montenegriner wurden über die Grenze zurückgetragen. Die Regierung in Cetinje hat dem österreichisch-ungarischen diplomatischen Vertreter gegenüber ihre lebhaftes Bedauern ausgesprochen und die Versicherung gegeben, daß sie die strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen angeordnet habe. Ein Gardekaptän sei mit einer Abtheilung Soldaten abgegangen, um den Grenzposten abzusperren und diejenigen, die die Grenze überschritten, gefesselt nach Cetinje zu bringen.



## Reichstag.

84. Sitzung vom 5. Mai 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Böttcher, v. Hammerstein.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln.

§ 1, welcher die Begriffsbestimmung für Margarine, Margarinefärbung und Kunst-Speisefett enthält und die Bestimmung trifft, daß diese Waaren nur in besonderen Verkaufsräumen feilgehalten werden dürfen, wird ohne Debatte genehmigt.

§ 2 verbietet die Vermischung der Butter mit Margarine oder anderen Speisefetten und die Vermischung von mehr als 100 Gewichtstheilen Milch mit ebenso viel Margarine. Die Kommission hat beschlossen, nur die Verwendung von Magermilch mit einem vom Bundesrathe zu bestimmenden Fettgehalt zu dieser Mischung zu gestatten.

Die Sozialdemokraten beantragen die Wiederherstellung der Vorlage.

Abg. Fudangel (Z.) erklärt sich namens seiner Freunde für Wiederherstellung der Vorlage.

Die Abgg. Clemm-Ludwigshafen (natl.) und Weiß (fr. Sp.) sprechen sich in demselben Sinne aus.

Abg. Jöckraut (Reformp.) hält es für notwendig, das Gesetz so zu gestalten, daß jeder unlautere Wettbewerb mit den Produkten der Molkerei verhindert wird; die Landwirtschaft verlangt dringend diesen Schutz und ohne Annahme des Kommissionsbeschlusses würde das Gesetz nichts leisten.

Abg. Herbert (Soz.) tritt ebenfalls für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein, deren Verschärfung nur von denen ausgehe, die selber gute Butter essen können, während die Arbeiter auf die Margarine als billigeres Nahrungsmittel angewiesen sind.

Minister v. Hammerstein: Ich habe namens der verbündeten Regierungen zu erklären, daß eine Stellungnahme derselben erst erfolgen wird, wenn die Beschlüsse des Hauses vorliegen. Ich kann also nicht erklären, ob § 2 nach dem Kommissionsbeschlusse die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden wird. Aber eines kann ich erklären, daß die Vorlage die Zustimmung der verbündeten Regierungen nur finden wird, wenn sie technisch durchführbar ist. Mit dem bestehenden Gesetze hätte man den unlauteren Wettbewerb schon bekämpfen können, wenn man das Gesetz nur streng angewendet hätte. Nicht darin liegt der Schwerpunkt, daß mehr oder weniger große Verschärfungen angenommen werden, sondern daß die Einzelstaaten in die Lage gesetzt werden, durch einfahrbare Bestimmungen der fraudulösen Konkurrenz entgegenzutreten. Ich kann mich also nur für die Wiederherstellung der Vorlage aussprechen. Die Annahme des Kommissionsbeschlusses würde die landwirtschaftlichen Betriebe schwer schädigen, welche mit ihrem Milchsaft zu guten Preisen an die Margarinefabriken angewiesen sind. In den Maßnahmen der Vorlage paßt § 2 der Kommissionsbeschlüsse nicht hinein; denn es soll nicht die reelle, sondern nur die unlautere Konkurrenz beseitigt werden; die Margarine würde verschlechtert werden, wenn sie auch immer durch den Zusatz von Magermilch noch etwas besser würde, als ohne jeden Milchzusatz. Eine gute Margarine ist aber nur herzustellen durch Verwendung von Vollmilch. Durch eine völlig unangemessene Besichtigung der Molkerei Margarinefabrik in Altona haben wir feststellen lassen, daß ein unlauterer Wettbewerb durchaus nicht stattfindet.

Abg. Arzmann (Soz.) erklärt sich einverstanden mit den Ausführungen des Ministers.

Abg. Wollenbuhr (Soz.): § 2 kennzeichnet so recht den Geist der jetzigen Gesetzgebung. Man bestraft denjenigen, der die Margarine durch Zusatz von Butterfett verbessert, schließlich wird man dazu kommen, die Verbesserung der Margarine überhaupt zu verbieten. Ein solches Konstrukt findet schließlich ein Gegenstück in der ganzen Gesetzgebung.

Abg. Bachem (Z.): Die Absicht der Kommission soll eine Verschlechterung und Verelkung der Margarine gewesen sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als Vorsitzender der Kommission muß ich doch bemerken, daß von einer solchen Absicht nichts verlautet hat; der Beschluß ist nur mit sachlichen Gründen begründet worden. Ich muß also gegen den erhobenen Vorwurf protestieren. Es wurde in der Kommission festgehalten, daß die Margarinefabriken bereits Magermilch verwenden, daß der Zusatz von Vollmilch die Kontrolle erschweren würde. Die Debatte sollte nicht so geführt werden, wie die Agitation im Lande.

Abg. Warth (fr. Sp.): Die Absicht, die Margarine zu verschlechtern, ist natürlich von keinem Mitgliede der Kommission proklamirt worden, aber die Maßregel läuft darauf hinaus, gefählich zu verbieten, daß jemand bessere Sorten von Margarine fabrizirt. Dadurch entsteht im Volke die Meinung, daß es sich nur um die niedrigste und trasseste Interessengesehung handelt und dagegen haben sich die Arbeiter gewehrt. Die unrelle Konkurrenz der Margarine ist der Butter nicht gefählich, sondern gerade die reelle Konkurrenz. Gefählich ist noch nirgends verboten worden, daß die Qualität verbessert wird, vergleichen läßt sich damit bloß die Bestimmung, daß niemand Margarine ohne Zusatz von Phenolphthalein herstellen dürfe. Das die Regierungen zu den Kommissionsbeschlüssen erst Stellung nehmen wollen, wenn die Beschlüsse des Reichstages vorliegen, sieht aus wie eine Einladung an die Agrarier, mit ihren Beschlüssen nicht zu beschweiden zu sein. Das ist ein Zeichen der Schwäche der Regierungen diesen Interessenten gegenüber.

Minister v. Hammerstein: Diese Insinuation muß ich mit entschiedenem Zurückweisen. Die verbündeten Regierungen müssen es ablehnen, bevor ein Beschluß des Reichstages vorliegt, Stellung zu nehmen. Ich habe nachher den Reichstag ausdrücklich gebeten, die Vorlage wieder herzustellen.

Nachdem Abg. Casselmann (fr. Sp.) ebenfalls für die Wiederherstellung der Vorlage eingetreten, auch im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter, die von ihren Arbeitgebern oft mit Margarine versorgt werden, während diese die Butter verkaufen, tritt

Abg. v. Blöth (Bl.) für den Beschluß der Kommission ein, weil das gegenwärtige Gesetz nicht die nötige Handhabe biete, eine genügende Kontrolle zu üben. Der Zusatz der Vollmilch wird nicht in der Absicht der Verbesserung, sondern nur dazu benutzt, um der Margarine den Geschmack der Butter zu geben, und das soll nicht sein. Nur ein unendlich kleiner Theil der Landwirtschaft setzt die Milch an die Margarinefabriken ab.

Es folgt die Debatte über den von den Abgg. Fudangel u. v. d. W. beantragten Zusatz zu § 2, wonach löseartige Zubereitungen mit Margarine oder sonstigen, nicht ausschließlich der Milch entflammenden Fetten, sowie der Vertrieb von solchen im Innlande verboten sind. (Die Kommission hatte diesen Beschluß erster Lesung in der zweiten Lesung wieder verworfen.)

Abg. Müller-Walbed (Rp.) empfiehlt den Antrag.

Minister v. Hammerstein: Vom Standpunkte der rein landwirtschaftlichen Interessen würde ich auch heute noch für das Verbot sein. Aber die Vorlage soll nur den unlauteren Wettbewerb treffen und ich kann daher nur im Namen der verbündeten Regierungen erklären, daß sie gegen das Verbot der Margarinefärbung sind.

Abg. Jöckraut (Reformp.): Mit Ausnahme der Kreise einiger Professoren besteht überall die Meinung, daß der Landwirtschaft geholfen werden müsse. Bedauerlich ist daher der Meinungswechsel des Ministers.

Minister v. Hammerstein: Ich habe bloß erklärt, daß die Erzeugnisse der Molkerei Fabrik einen guten Eindruck gemacht haben.

Gegen die Stimmen der Konservativen und Antifemiten wird der Antrag Bindewald abgelehnt und § 2 nach der Vorlage angenommen.

Dem von der Kommission neu eingefügten § 2a, welcher das Färben der Margarine und das gewerbsmäßige Feilhalten der dafür bestimmten Farbstoffe verbietet, beantragen die Sozialdemokraten zu streichen.

Abg. Schmidt-Zimmerstadt (Z.) spricht für § 2a.

Abg. Clemm-Ludwigshafen (natl.) erklärt, daß seine Freunde gegen § 2a stimmen würden, einige allerdings nur unter der Bedingung der Annahme des § 2b (Zusatz von Phenolphthalein).

Minister v. Hammerstein: Wird das Färben der Margarine verboten, so muß auch die Butterfärbung verboten werden, weil sonst auswärtige Produkte hereinkommen, die man nicht haben will. Auch diese Bestimmungen wünschen die verbündeten Regierungen nicht.

Abg. Weiß (fr. Sp.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Graf Holstein (L.) tritt dem Minister entgegen, daß mit der Färbung der Margarine die Färbung der Butter ebenfalls verboten werden müsse. Die Fälschung der Butter hat überhand genommen. In Berlin sind in verschiedenen Jahren Proben entnommen und untersucht worden; 48 bis 68 pCt. aller Butterproben haben sich als gefälscht erwiesen. (Hört! hört!)

Wenn die armen Leute in Berlin auch nur 10 Pf. für das Pfund zu viel zahlen, so geht das in die Hunderttausende. Man verbiete das Färben der Margarine, um den Beamten die Kontrolle der Butterfälschung zu erleichtern.

Abg. Müller-Walbed hält die Bestimmung des § 2a für die wichtigste des ganzen Gesetzes; das gebe namentlich auch aus den zahlreichen Petitionen hervor. Die Margarine habe ein schwärzlich graues Aussehen; ihre Färbung sei auf Täuschung berechnet und namentlich würden die Arbeiter geschädigt, welche die Margarine theurer bezahlen müssen, weil sie der Butter ähnlich sieht.

Abg. Herbert (Soz.) begründet den Antrag auf Streichung des § 2a damit, daß durch das Verbot der Färbung der Margarine den Konsumenten verfehlt werden solle. Draußen im Lande sei man empört über diese Bestimmung, die scharfen Worte in den Versammlungen seien nur das Echo der Verhandlungen der Kommission.

Abg. Warth (fr. Sp.): Das Färbverbot wird die absichtlichen Fälscher erst recht zur Färbung anregen; die Vorschrift würde kein Schutz für den Konsumenten sein.

Abg. Steininger (Z.) befreit, daß die Butter gefärbt werde, um über die Qualität zu täuschen; in Hamburg werde die Margarine gefärbt für den englischen Export (Heiterkeit), um dem englischen Geschmack zu genügen. (Heiterkeit.)

Abg. Jöckraut empfiehlt die Annahme des § 2a und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Landwirtschaftsminister auf dem Standpunkt derjenigen stehe, welche die Margarine der Butter möglichst ähnlich sehen wollen.

Abg. Wurm (Soz.) meint, daß der Redner wie Kraut und Rüben durcheinander gesprochen habe und fährt weiter aus: wenn das Färben der Butter erlaubt ist, warum soll das Färben der Margarine verboten werden? Man skandalisirt damit nur den Konsumenten, der Betrug wird dadurch nicht verhindert, aber das Publikum wird in Sicherheit gewiegt, als ob es gegen Betrug geschützt sei.

Abg. Graf Holstein stellt fest, daß die Bauernbutter nicht gefärbt wird, die feinste Exportbutter, die nach England geht, muß gefärbt werden. Man habe lange nach einer Farbe für die Margarine gesucht, aber das sei nicht gelungen. Es wäre so schön gewesen, es hat nicht sollen sein. Jedenfalls sei nicht danach gestrebt worden, durch die Färbung die Margarine zu veredeln.

Abg. Verstorff-Weigen (Welfe): Meine Freunde wollen den unlauteren Wettbewerb verhindern, dazu ist es aber nicht nötig, die Vorschriften des § 2a und 2b zu erlassen. Damit schließt die Debatte.

Abg. Jöckraut bemerkt persönlich: Ich soll nach dem Abg. Wurm wie Kraut und Rüben durcheinander gesprochen haben; Kraut und Rüben geben ein schönes Gericht (Große Heiterkeit), ich werde mich aber sehr hüten, beschnittene oder unbeschnittene Würmer hineinzumischen. (Pfeif-Rufe aus der Mitte und von der Linken.)

§ 2a wird in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 97 Stimmen angenommen; 1 Abgeordneter (Kettich, Bl.) hat sich der Abstimmung enthalten; für § 2a stimmen geschlossen die Deutschkonservativen, die Reichspartei, das Zentrum und die Welfen; dagegen die Sozialdemokraten, die freisinnige Vereinigung, die freisinnige und deutsche Volkspartei, die Nationalliberalen und die Welfen.

§ 2b bestimmt, daß bei der gewerbsmäßigen Herstellung von Margarine oder Margarinefärbung auf 100 Kilogramm 1 Gramm Phenolphthalein zugemischt werden müsse.

Abg. Clemm-Ludwigshafen (natl.) erklärt sich gegen § 2b, weil der Zusatz zwar eine Färbung zeige, aber nicht den Beweis liefere, daß die Waare, welcher der Zusatz beigegeben sei, Margarine sei; es könne ebenfals Butter oder Schweinefleisch sein. Außerdem sei aber das Auswaschen des Phenolphthalein sehr leicht.

Abg. Wurm (Soz.) hält ebenfalls die Kontrollmaßregel für nicht hinreichend; es müßte alle eingeführte Butter und Margarine mit Phenolphthalein verfehrt werden. Wäre das nicht der Fall, so würde man Margarine vom Auslande als Butter deklariren und sie dadurch von der Kontrolle freimachen. Die ganze Vorschrift würde nur den Betrug besördern. Der Einwand, daß die Auswaschung des Zusatzes nicht leicht sei, ist nicht stichhaltig. Eine Kneimashine kann jeder Butterhändler besitzen, denn er muß verschiedene Butterforten durcheinander mischen. Die Arbeiter sind so abhängig von ihren Arbeitgebern, daß sie vielfach noch das Wort befolgen: Weß' Brot ich esse, deß' Lied ich singe. Vielleicht werden die Arbeiter sogar wegen Verrats des Geschäftsgeheimnisses bestraft, wenn sie von solchen Manipulationen etwas anzeigen. Es ist nichts als Lust zum Chikaniren, daß man Mittel anwendet, die nicht heißen. Redner empfiehlt die Streichung des § 2b.

Abg. Weiß spricht ebenfalls für die Streichung des § 2b. Geheimere Ober-Regierungsrath Hopp: Bei der eingehenden Beratung der Kommission haben die Vertreter der verbündeten Regierungen sich gegen § 2b ausgesprochen und der Bundesrath hat bisher keine Veranlassung gehabt, seine Haltung zu dieser Frage zu ändern. Die Veruche des Reichsgesundheitsamts haben die Annahme zweifelhaft erscheinen lassen, daß der Zusatz von Phenolphthalein unschädlich sei für den Menschen und für die Margarine selbst. Es hat sich gezeigt, daß sich bald Veränderungen zeigen, Schimmelbildungen u. s. w. (Hört, hört! links.) Die weiteren Veruche sind noch nicht abgeschlossen;

es ist eine längere Zeit dazu nötig. Bei frischem Margarinefärbung ist Phenolphthalein leicht nachzuweisen; aber es sprechen Anzeichen dafür, daß bei altem Käse, weil gewisse Zerlegungen eintreten, der Zusatz nicht mehr bemerkbar ist. Die Auswaschung des Phenolphthalein ist sehr leicht; die dabei verlorengehenden Mengen von Milch und Salz können leicht wieder ersetzt werden.

Gegen die Stimmen einiger Konservativen wird § 2b abgelehnt.

Die §§ 3-5 enthalten die Bestimmungen über die Beaufsichtigung der Räume, in denen Butter, Margarine, Margarinefärbung und Kunst-Speisefette hergestellt werden. (Die Butter ist von der Kommission eingefügt worden.)

Nach § 4 sollen die Beamten der Polizei und die von der Polizeibehörde beauftragten Sachverständigen den Zutritt zu diesen Räumen haben. Die Sozialdemokraten wollen nur den sachverständigen Beauftragten der Polizeibehörden den Zutritt gewähren und zwar nur während der Geschäfts- und Betriebszeit.

Abg. Schneider unterstützt diesen Antrag, während Minister v. Hammerstein den Reichstag auffordert, die zur Durchführung des Gesetzes bestimmten Kontrollvorschriften möglichst unverändert aufrecht zu erhalten.

Abg. Darm (Soz.) beschränkt den Antrag der Sozialdemokraten im Gegensatz zu der lediglich agrarischen Interessen dienenden Vorlage.

Die Abgg. v. Grand-Ry (Z.) und Graf Holstein verweisen darauf, daß die Agrarier selbst beantragt haben, auch die Butterfabrikation unter dieselbe Kontrolle zu stellen.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt, die §§ 3-5 werden unverändert angenommen.

Darauf wird die weitere Beratung abgebrochen. Schluß nach 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Margarinegesetzes, dritte Lesung der Vorlage betr. den unlauteren Wettbewerb und der Novelle zur Gewerbe-Ordnung; auf eine Anregung des Abg. Singer erklärt Präsident v. Suol., daß an einem späteren Tage der Woche ein Schwerinntag stattfinden soll.)

## Parlamentarisches.

Erschwerung der Ehescheidung war auch in der Sitzung, welche die Kommission zur Vorberatung des Bürgerlichen Gesetzbuchs am Dienstag abhielt, die siegreiche Parole der vereinigten Reaktionen. Sämmtliche Anträge, die von freisinniger Seite (Abg. Kaufmann) zu dem Zweck einer Erleichterung der Ehescheidung gestellt waren, wurden nur von sozialdemokratischer Seite unterstützt. Was dem vereinten Ansturm der Ultra-reaktionäre in der preussischen Landrathskammer nicht gelungen war: den laudrechtlichen Ehescheidungsgrund der gegenseitigen Einwilligung bei kinderlosen Ehen und den in fast ganz Deutschland gültigen Ehescheidungsgrund wegen unheilbarer Geisteskrankheit aufzuheben, gelang den Reaktionen unter Führung der Herren v. Bennigsen und v. Stumm. In es verständlich, wenn die Ultramontanen versuchten, allein die von der katholischen Religion anerkannten Scheidungsgründe so allein allgemein gültigen zu machen, so wird das Vorgehen der Konservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen fast nur durch die naturgemäße Heidelei gegenüber thatsächlichen Verhältnissen und durch eine gewisse Vorliebe erklärbar, die Sittlichkeit um so häufiger in den Mund zu nehmen, je ferner man ihr steht. Die Beschlüsse der Kommission engen noch über den Entwurf hinausgehend die Scheidungsgründe ein.

Nach dem an Dienstag gefassten Beschlüssen sollen Ehescheidungsgründe nur sein: Ehebruch, Trachtung nach dem Leben und bössliche Verlassung, wenn der bösslich Verlassende zur Herstellung der häuslichen Gemeinschaft rechtskräftig verurtheilt ist und trotzdem mindestens ein Jahr lang die eheliche Gemeinschaft nicht hergestellt hat.

Als Sicherheitsventil dafür, daß wohlhabende und wohlgeehrte Eheleute — richtiger Ehemänner — eine ihnen überdrüssig gewordene Frau los werden können, kann folgende, von der Kommission angenommene, dem § 1551 des Entwurfs entsprechende Bestimmung gelten, deren gegen die Arbeiter und gegen die Frauenvwelt wirkende Folgen wir wenigstens berechtigt skizziren: „Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte durch schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder durch eheloses oder unfruchtliches Verhalten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses verschuldet hat, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe“ (nach Ansicht des männlichen Richters) „nicht zugemuthet werden kann.“ Als schwere Verletzung der Pflichten gilt auch grobe Mißhandlung. Das solche, für ganz Deutschland rückwärtschrittliche, verballhornisste Ehescheidungs-Gesetzesvorläge für jeden Nicht-heimathlich mannehmbar sind, bedarf keiner eingehenden Darlegung. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Mittwoch um 10 Uhr statt.

## Lokales.

Die Genossinnen und Genossen der Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt machen wir darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 8. Mai, in Schneider's Salon, Belfortstr. 15, eine öffentliche Volksversammlung stattfindet, in der Genosse Wilhelm Liebknecht über: „Die Proletarierin und die Gesetzgebung“ referiren wird.

Im Krankenhause am Urban wurden 1894/95 7828 Kranke behandelt, 527 aus 1893/94 übernommen und 7301 neu aufgenommen. Von letzteren wurden 2358 auf eigene Meldung aufgenommen, 824 von Armenkommissionen und 208 von der Polizei überwiesen; ferner 2967 von Kassen, 522 von Dienstverhältnissen überwiesen, und 422 waren auswärtige Kranke mit erhöhtem Kostensatz. Die letzten 8 Gruppen, zusammen 3911 Personen (53 1/2 pCt.), können bei Platzmangel abgewiesen werden. Abweisung erfolgte bei 950 Aufnahme suchenden; 142 davon wurden vorher verbunden. 1189 Personen, 15 pCt. der Behandelten, starben, davon 542 in den ersten sechs Tagen und von diesen 88 schon innerhalb 24 Stunden. — Druckfehler-Berichtigung. Im Krankenhause am Friedrichshain (siehe die Notiz in Nr. 103) starben 1894/95 nicht 512, sondern 1512 Personen.

Ein wunderliches Bild bieten gegenwärtig die Zeitungsberichte über die Verhandlungen der Kreissynode Berlin II. Wunderlich nicht so sehr wegen der Thatsachen, welche die frommen Patrioten beklagten, als wegen der im rückschrittlichsten Polizeigeist gehaltenen Wünsche, von deren Erfüllung sie sich Heil für die ländliche Welt versprechen. Beklagt wurde, daß das zeitweilige Offenhalten der Kirchen an den Tagesstunden im Sündenbabel keinen Menschen heranzöge, denn ein Eintreten zu stiller Sammlung komme kaum oder überhaupt nicht vor. Einige fromme Seelen halten sich darüber aus, daß ihnen im letzten Winter auf dem Kirchwege — Leute im Maskenkostüm begegnet seien. Wie viel geschiedter weiß sich da doch die katholische Kirche mit der Rede-Lust im Menschen abzufinden! Entschieden trauriger muß den Menschenfreund aber die Klage in einem Bericht über das Gefängniß für Jugendliche in



Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm., Windrichtung, Windstärke (Stun 1-12), Wetter, Temperatur nach Celsius. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Gpararanda, Petersburg, Cort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. Mai 1896. Ein wenig wärmeres Wetter mit mäßigen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Der Besuch der deutschen Universitäten hat sich in den letzten Jahren im ganzen nicht erheblich gesteigert. Im Durchschnitt des Studienjahres von Michaelis 1888 bis dahin 1897 befanden sich auf den 20 Universitäten im Deutschen Reich...

Ueber die Agitation der Generalkommission

theilen wir aus dem Berichte das folgende mit: In den östlichen Provinzen Preussens waren die Agitationskommissionen in Königsberg und Danzig auch im Jahre 1895 nach besten Kräften agitatorisch tätig. In der Zeit vom 1. Oktober 1895 bis zum 31. März 1896 wurden von der Königsberger Agitationskommission 9 öffentliche Versammlungen in dieser Stadt arrangiert...

Die Tätigkeit der Agitationskommission in Danzig wurde durch die bekannnten Streitigkeiten, die sich in der Arbeiterpartei daselbst abspielten, wesentlich beeinträchtigt. Trotz der unter diesen Verhältnissen für die agitatorische Tätigkeit entstehenden Schwierigkeiten war die Agitationskommission nicht müde und hat auch Erfolge ihrer Tätigkeit erzielt. Vom Mai 1894 bis Ende März 1896 wurden von der Kommission für 31 theils öffentliche, theils Vereinsversammlungen Referenten gestellt. Es konnten Zweigvereine für die Verbände der Maler, Müller, Schneider und Schuhmacher errichtet werden. Unter den Gastwirthschaftsgehilfen, Handelsangestellten, Holzschleifern und Seeleuten wurde rege agitirt und dürften demnächst Organisationen in diesen Berufen, mit Ausnahme der Seeleute, geschaffen werden. Bei den Seeleuten gelang es nicht, ausreichende Anknüpfungspunkte zu erhalten. Die Agitation unter den Arbeiterinnen führte zur Gründung eines Frauen- und Mädchenvereins. Auch diese Kommission hatte zum größten Theil ihre Thätigkeit auf den Hauptort der Provinz zu beschränken, weil in den anderen Orten nur selten ein Versammlungsort zu erhalten war. Nur in Elbing und Stolp i. P. fand eine größere Zahl Versammlungen statt. In Elbing wurden 19 Versammlungen abgehalten und konnten die Müller daselbst organisiert werden. In Stolp i. P. fanden 11 Versammlungen statt. Die Kommission erhielt im letzten Jahre 840 M. zur Agitation und Beschaffung eines Lokals in Danzig und hat seit ihrem Bestehen im ganzen 1510 M. zur Agitation erhalten.

Von Thorn aus wurde auch im letzten Jahre von dem dort wohnenden unverlässigen Genossen eine Agitationstour gemacht. Es wurden folgende Orte besucht: Znoworazlow, Grin, Szain, Bromberg, Culmssee, Culm, Graudenz, Marienwerder, Tuchel, Pladow und Schneidemühl. Vergeblich waren die Bemühungen, die Arbeiter für die Theilnahme an der Bewegung zu gewinnen. Bei dem Mangel an Versammlungsorten, der geringen geistigen Regsamkeit der von religiösen Anschauungen beinträchtigten Bevölkerung, der Furcht vor den Behörden und dem Unternehmerrthum ist nur eine äußerst geringfügige Zunahme der gewerkschaftlichen Bewegung in diesen Landestheilen zu erwarten.

Nachdem die Generalkommission die Agitationskommissionen in Ost- und Westpreußen organisiert hatte und diese ihre Thätigkeit selbstständig entwickelten, konnte sie ihre Aufmerksamkeit in größerem Maße darauf richten, auch in Oberschlesien agitatorisch zu wirken. Auch hier liegen die Verhältnisse in agitatorischer Beziehung keineswegs besser als in Ost- und Westpreußen. Nur insofern bietet Oberschlesien ein ausgiebigeres Feld für die Agitation, als dort die Industrie höher entwickelt ist als in Ost- und Westpreußen, das nur Anfänge der Großindustrie in einzelnen Städten zeigt. Aber hier wie dort liegt die Schwierigkeit der Agitation darin, daß in einzelnen Bezirken von der Arbeiterbevölkerung nur polnisch gesprochen wird. Religiöse Befangenheit, Furcht vor den Unternehmern und Behörden beherren die Bevölkerung und machen es äußerst schwierig, sie zu freieren Denken und Handeln anzuregen. Auch hier gedachte die Generalkommission unter den dort heimischen Arbeitern Kräfte zu gewinnen, welche die Agitation betreiben, und erst dann, wenn Verbindungen geschaffen und Lokale gewonnen sind, Redner aus anderen Landestheilen dorthin zu senden.

Nachdem es gelungen war, in Beuthen i. O. Schl. eine zuverlässige Person für die Agitationsarbeiten zu gewinnen, war je ein Mitglied der Generalkommission im September und im Oktober 1895 in Beuthen und anderen Orten des ober-schlesischen Industriebezirks, um persönlich die nötigen Vorbereitungen für die Agitation zu treffen. Außerdem war ein mit den Verhältnissen vertrauter Genosse aus Breslau mehrmals im Auftrage der Generalkommission in dem Agitationsbezirk, um bei allen agitatorischen Maßnahmen hilfreiche Hand zu bieten. Die Bemühungen, ein Versammlungsort in Beuthen zu erhalten, waren vergeblich. Auch von den Mitgliedern der Generalkommission ist mit den Lokalbehörden verhandelt worden, doch wurden erst gemachte Zusagen bald

Ein Dampfrohrbruch ereignete sich am Montag im Haupt-Industriegebäude der Ausstellung und zwar in der Gruppe 4 (Möbelindustrie). Die Feuerwehr, durch den Knall aufmerksam gemacht, war sofort zur Stelle. Durch den ausströmenden Dampf ist recht bedeutender Schaden angerichtet. — Auf dem Gebiete der Gewerbe-Ausstellung fanden am Montag drei unbedeutende Brände statt.

Noch weniger Licht in der Ausstellung. Die Aktien-gesellschaft für elektrisches Licht „Deltos“ zu Köln-Ehrenfeld will gegen diejenigen Firmen, welche in der Ausstellung durch Mehrphasen-Stromanlagen (sogenannten Drehstrom) Licht- und Kraftübertragung betreiben, wegen Patentverletzung vorgehen. In Frage kommen dabei elektrische Anlagen von etwa 2200 Pferdekräften. Eine der bei der Ausstellung in Frage kommenden Gesellschaften, die Union-Elektrizitätsgesellschaft Berlin, hat es vorgezogen, einen Lizenzvertrag mit „Deltos“ abzuschließen.

In Schöneberg fand, wie uns berichtet wird, am Sonntag Nachmittag um 2 Uhr in der Apotheke Pauluskirche eine Trauung statt, die wie immer eine Anzahl Zuschauer anlockte. Diejenigen aber, die geglaubt hatten, daß sie der Trauung, als einer öffentlichen Handlung, der ja auch ein öffentliches Ausgebot vorausgeht, ohne weiteres beiwohnen könnten, sahen sich getäuscht. Außer den besonders geladenen Personen wurde niemand zugelassen, der nicht ein Eintrittsgeld von 30 Pf. entrichtete. Mit der Erhebung eines Entrees bei derartigen Gelegenheiten können wir uns nur einverstanden erklären.

Vom Kinderlegen in Berliner Familien erzählen die soeben erschienenen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin für das Jahr 1894 mancherlei. In diesem Jahre wurden in Berlin im ganzen 49 497 Kinder geboren, darunter außerordentlich 6769, drei von Müttern unter 15 Jahren. Zwillinggeburten kamen 547 Paare und Drillinggeburten neunmal vor. Unter den ehelichen Kindern 10 893 Erstlinge, 7 von Müttern im Alter von 16 Jahren, 42 von 17-jährigen Müttern. Eine 17-jährige Mutter beschenkte 1894 ihren Gatten schon mit dem dritten Sproß, ferner führt die Statistik eine 22-jährige Mutter mit dem 6. Kinde, eine 25-jährige mit dem 9. Kinde, drei 29-jährige mit dem 12., eine 30-jährige mit dem 14., eine 32-jährige mit dem 15. Kinde auf. Mit der Parodie auf den „Erlkönig“ konnte es 1894 von 31 Vätern heißen: „und er hielt in den Armen das 16. Kind“. 32 Väter wurden mit dem 17. Sproß beschenkt, 9 mit dem 18., je einer mit dem 19. und 20. und zwei Gatten endlich von Frauen im Alter von 43 und 44 Jahren mit dem 22. Kinde. Bemerkenswerth ist auch die Geburt eines 8. Kindes von einer 51-jährigen und eines 9. Kindes von einer 52-jährigen Mutter.

Vorgekommene Unregelmäßigkeiten in der Behandlung der von Untersuchungsgefangenen geschriebenen Briefe haben den Minister des Innern veranlaßt, nach Vernehmen mit dem Justizminister folgende Bestimmung zu treffen: Der von einem Untersuchungsgefangenen geschriebene Brief wird von ihm in einen offenen Korbchen, mit Adresse versehenen Umschlag gekleidet; ein zweiter, von dem Gefangenen zu verschließender Umschlag nimmt den adressirten Brief auf und wird mit der Aufschrift: „An den Herrn Untersuchungsrichter. Altenzeichen...“ versehen. Der solchergehalt geschlossene Brief ist durch Vermittelung des Gefängnisvorstehers dem Untersuchungsrichter zu übersenden, welcher über seine weitere Behandlung und auch darüber zu bestimmen hat, ob etwa der Brief nachträglich dem Gefängnisvorsteher zur Kenntnisaahme seines Inhalts vorzulegen ist. Ein vorheriges Lesen des Briefes durch Gefängnisbeamte ohne Zustimmung des Gefangenen ist unzulässig.

Der Berliner Ahtl-Verein für Obdachlose hielt vor einigen Tagen seine 27. Jahres-Versammlung ab. Der Verein hat im letzten Jahre 118 078 Männern und 12 015 weiblichen Personen und seit Begründung 2 828 828 Personen in seinen Ahtlhäusern vorübergehende Unterkunft geboten. Der Arbeitsnachweis ist von 1897 Männern benutzt worden. Weicher Unternehmer denkt auch daran, sich an den Ahtl-Verein zu wenden, wenn ihm Arbeitskräfte in Häute und Felle zu Gebote stehen! Den Einnahmen des letzten Jahres in Höhe von 62 469 M. standen 30 105 M. Ausgaben gegenüber, darunter 31 184 M. für Unterhaltung der Ahtl. Das Vermögen des Vereins beträgt 665 880 M. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Die Prämierung mit der goldenen Medaille. Das „Schles. Tagebl.“ berichtet: Der Brauereibesitzer Maupach in Gottesberg i. Schl. besaß die in Berlin Ende März veranfaßte Nahrungsmittel-Ausstellung mit seinem Biere. Einem Tages erhielt er folgendes Telegramm aus Berlin: „Ihr Bier für gut und rein befunden. Werde mich bemühen, den ersten Preis für Sie zu erringen. Was erhalte ich event. dafür? Dr. J...“ Maupach depeßirte zurück: „Danke für den Schwindel, Maupach.“ Schon nach wenigen Stunden erhielt er folgende Depesche: „Ihres Telegramm falsch verstanden! Prämierung mit der goldenen Medaille bereits erfolgt. Dr. J...“ — Diesmal war Dr. J. gründlich hineingefallen, wird aber auf diese Weise wohl schon manchen Hundertmarkstein erworben haben. — Leider nennt das „Schles. Tagebl.“ den Namen des Dr. J. nicht.

Ein Uhren-Diebstahl ist, wie die Polizeibehörde mittheilt, am Sonntag Nachmittag in der Chausseestraße verübt worden. Bei einem doreiselt wohnenden Uhrmacher F., der am Nachmittag mit seiner Familie ausgegangen war, hatten sich die Diebe durch eine vom Hausflur zum Laden führende Thür Zugang verschafft. Sie ließen die Kollaloufen der Schaufenster herab und räumten sodann leiherte, in welchen sich goldene und silberne Taschenuhren, Ringe etc. im Werthe von circa 3000 M. befanden. Die im Laden hängenden Wanduhren und Regulatoren ließen die Verbrecher unberührt. Von den Thätern fehlt bisher jede Spur.

Mit ihren Pferden sind gestern zwei höhere Offiziere gestürzt, als sie nach Beendigung des Exerciziums an der Spitze eines Regiments in die Friedrichstraße kamen. Der eine ist ein General, der andere ein Oberst, namens v. Krosigk. Beide kamen ohne Verletzungen davon.

Das Unheil, welches der Alschinger-Wagen am Montag in der Leipzigerstraße angerichtet hat, ist bedeutend größer als zuerst angenommen wurde. Nicht allein die Wäscherin Sagedowalski aus der Schönholzerstr. 21 wurde an Kopf und Weinen schwer verletzt, sondern auch der 15-jährige Schriftföhrer-Verhinger Otto Schäler aus der Königsbergerstr. 35. Letzterer sogar tödtlich. Ihm Had ging dem Unglücklichen über den Hals und zertrümmerte ihm den Kehlkopf; als man mit ihm in der Charite ankam, war er bereits todt. Es heißt, daß das gleichfalls verunglückte Pferd schon geworden sei, sobald der Kutscher die Führung des Gefährts verloren habe. — Durch seinen eigenen Föhlen ist am Montag Nachmittag nach 5 Uhr der 27-jährige Kutscher Reddoß derart unglücklich überfahren worden, daß der Tod sofort eintrat. Der Getödtete war bei dem Fuhrherrn Förster in Stellung.

In der Spree, hinter dem Grundstück Köpnickstr. 6a, wurde am Montag die Leiche des seit 14 Tagen vermißten Fuhrherrn Krause und an der Hansa-Brücke die bereits stark verwesene Leiche eines etwa 30 Jahre alten unbekanntem Mannes angeschwemmt. Beide Leichen wurden nach dem Schauhaufe gebracht.

Auf dem Neubau in der Straße 10a Nr. 10 fürzte beim Abreißen eines Stangenengerüthes der 50 Jahre alte Arbeiter Albert Rau aus dem 3. Stockwerke auf die Straße und zog sich außer einem Beckenbruch schwere innere Verletzungen zu. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Pöhsen se stimmen. Es wird nämlich ernsthaft gejamert über die „noch immer herrschende Praxis“, bei jugendlichen „Verbrechern“ nur auf ganz kurze (!) Strafen zu erkennen. Nach dieser Probe wird man auch begreiflich finden, daß „man glaubt“, die Beobachtung gemacht zu haben, daß die religiöse Bewahrung bei den Anknümlingen in Böhmen qualitativ und quantitativ stärker geworden sei, womit die Zunahme der Dissidenten und die Abnahme der Theilnahme am Abendmahl zusammenhänge.“

Sehr breit und detaillirt waren die Unterhaltungen, welche die Herrschaften über die Prostitution pflogen. Natürlich unter lautem Geheiß nach Polizeimahregeln. Bestrafung jedweder gewerksmäßigen Unzucht, Polizei-Aufsicht zur Verhinderung der gewerksmäßigen Prostitution (!), Unterdrückung „unzüchtlicher“ Schriften und Bilder, Verbot „unzüchtlicher“ Theaterstücke u. s. w. Nichts von Erkenntniß der Thatsache, daß die Prostitution zur heutigen Weltordnung gehört, wie der Gestank zum alten Käse; es war schon viel, daß die Frommen sich in schäntern Resolutionsen gegen die „doppelte Moral“ und das Duell erklärten. Der ganze Nachspat würde an sich wenig Bedeutung haben, wenn die Frommen, die in dieser Versammlung auf ihre Weise für Ordnung, Religion und Sitte schwärmen, nicht einen ganz erheblichen Einfluß auf die Lenkung des Regierungswagens ausübten.

Der Kuriosität halber sei noch erwähnt, daß die Kreis-synode die Schulbehörde gebeten haben will, die Direktoren davon zu unterrichten, daß der Theilnahme von Schülern höherer Lehranstalten an den bekanntlich politisch treibenden Jünglingsvereinen nichts entgegenstehe, und daß ein Widner dem königlichen Schauspielhaufe mit der Bewerben eines auszuweisen versuchte, daß junge Mädchen vom dritten Range herab das Bild eines nackten Mannes erblicken könnten.

Schaudervoll, höchst schaudervoll im Zeitalter der Parforce-Bräutigam.

Der Magistrat und die Frauennarbeit. Aus wird geschrieben: In dem Saale von drei Markt Plätzen, für die Zeit von 8 Uhr bis 3 Uhr, haben mehrere Herren zu verschiedenen Malen in städtischen Bureaus gearbeitet; die Betreffenden waren u. a. im statistischen Amt der Stadt sowohl bei der Berufszählung vom Juni als auch bei den Vorarbeiten für die Volkszählung vom Dezember vorigen Jahres thätig. Bei ihrem Abgange im Dezember erhielten diese Leute die Zusicherung, daß sie weiter beschäftigt werden sollten, wenn die Bearbeitung der Volkszählung am 2. Januar 1896 ihren Fortgang nähme. Diese Zusicherung ist nicht gehalten worden; der Magistrat hat es vielmehr vorgezogen, jüngere und ältere Damen unter denen auch mehrere Beamtenstöchter sind, statt der Herren im statistischen Amt zu beschäftigen. So arbeiten in der ersten Abteilung Wolkenmarkt 125 Damen, und in der zweiten Abteilung Poststr. 16 sogar 59 Damen. Sechs Damen sind im statistischen Amt seit angestellt. Die Frage, warum denn der Magistrat mit einem Male solche Vorliebe für Frauennarbeit bekundet, und die bislang von ihm beschäftigten Männer, unter denen sich viele Familienväter befinden, aufs tieffte schädigt, findet vielleicht darin eine zutreffende Antwort, daß die jetzt eingestellten Damen nur 2 Markt 50 Pf. Plätzen erhalten, während die Herren, wie erwähnt, mit 3 Markt bezahlt wurden. Möglicherweise nennt sich das kommunale Sozialpolitik.

Das Verbot der Eröffnung der unfertigen Gewerbe-Ausstellung am 1. Mai war, wie der „Volks-Zeitung“ von der zuständigen amtlichen Seite mitgeteilt wird, von der Behörde bereits in ernste Erwägung gezogen und nur höhere Einwirkungen haben den Erlaß des Verbots verhütet. Das Vorhaben der Behörde stütze sich auf die Thatsache, daß auf dem Ausstellungsterrain weder die Einrichtungen für Beleuchtung, noch vor allem auch die für Entwässerung fertig gestellt sind. Infolge des letzteren Umstandes sind auf der Ausstellung Zustände entstanden, die schwere Bedenken erregen. Die Behörde hat denn auch die bauliche Abnahme einer ganzen Reihe von Bauten noch nicht vollzogen und die Inbetriebnahme dieser Bauten ist nur durch stillschweigende Tuldung ermöglicht worden.

Aus Eröffnungstage der Gewerbe-Ausstellung zeigte sich der stolze, freie Bürgerinn, durch welchen Deutschland und Berlin bekannt sind, wieder einmal in hellem Glanze. Den Zeichnern des Garantiefonds, welche das Zustandekommen der Ausstellung ermöglicht hatten, war vom Arbeitsauschuß eine Einladungskarte zugesandt worden, auf welcher die stolze Ueberschrift: Ehrenkarte gedruckt war. Unter anderem enthielt sie den Satz: Zum Eintritt in den Ruppelsaal, in welchem der offizielle Festakt stattfinden wird, berechtigt diese Karte nicht. Die Liste der Personen, welche zum offiziellen Festakt geladen wurden, war im Hofmarschallamt fertig gestellt worden, wo natürlich andere Rücksichten vorwalteten, als das Verdienst des Zustandekommens der Ausstellung. Aber die Herren sind richtig eingeschätzt worden und haben sich nicht zu beklagen; sie rechnen sich eine solche Einladung, welche sie von dem eigentlichen Festakt ausschloß, wirklich zur Ehre an und strömten in hellen Danken herbei; nur ganz Vereinzelt empfanden die Verleibigung, die ihnen angethan wurde, und schickten dem Arbeitsauschuß die Ehrenkarte mit der Bemerkung zurück, daß sie in einer solchen Einladung keine Ehre erblicken könnten.

Eine offizielle Besichtigung des Vergnügungsparks der Berliner Gewerbe-Ausstellung fand gestern durch den Arbeitsauschuß statt. Die Erwartungen, die sich an diesen Theil der Ausstellung bisher knüpfen, sind, wie Herr Geheimrath Goldberger in einer längeren Ansprache an die versammelten Pächter und Schaukeller hervorhob, bei weitem noch übertroffen worden und der Redner bezeichnete dabei den Vergnügungspark als eine der interessantesten Darbietungen der Berliner Ausstellung, auf welche die Stadt Berlin stolz sein könne. Das ist ja sehr schmeichelhaft, aber was hat der Vergnügungspark denn eigentlich mit dem angeblich kulturellen Zwecke einer Gewerbe-Ausstellung zu thun?

Das Chemiegebäude und der Pavillon der Berliner Stadtverwaltung werden auch nach Schluß der Gewerbe-Ausstellung noch stehen bleiben und sollen dazu dienen, die nächstjährige große Gartenbau-Ausstellung aufzunehmen.

Für das Niesen-Fernrohr, welches in Tereptow für die Gewerbe-Ausstellung gebaut wird, sind die Objektiven, welche in Jena gegossen und in München bearbeitet sind, bereits angekommen. Ursprünglich war ein Doppel-Fernrohr geplant worden, dessen eines ein Objektiv von 110 Zentimeter Oeffnung und 6-7 Meter Brennweite haben sollte. Dieses Rohr sollte speziell zu astrophotographischen Zwecken benutzt werden. Seine Linfen, die größten der Welt, sind zwar gegossen, aber noch nicht bearbeitet, weil dazu kein Geld vorhanden war; doch werden, wie wir hören, die Glasblöcke am Fernrohr ausgestellt werden. Das andere Rohr, welches zu direkten Beobachtungen bestimmt ist, hat ein Objektiv von 70 Zentimeter Oeffnung und 21 Meter Brennweite und wird somit das größte Fernrohr der Welt sein. Das 50 Ztr. wiegende Rohr liegt bereits seit dem 1. Mai auf dem Ausstellungspfad; auch die Linfen sind seit dem 1. Mai bereits dort, doch werden sie wohlverwahrt aufbewahrt, um sie vor zufälligen Verletzungen zu schützen. Man hofft mit dem Bau bis zu Pfingsten soweit gekommen zu sein, daß dem Publikum die Besichtigung des Fernrohrs ermöglicht wird.

Herr Richard Köfcke will, wie er dem Aufsichtsrath der Schulheiß-Brauerei mitgeteilt hat, aus Gesundheitsrücksichten mit Schluß des Geschäftsjahres aus der Direktion dieses Unternehmens ausscheiden. Es soll aber der Generalversammlung der Vorschlag gemacht werden, Herrn Köfcke in den Aufsichtsrath der Brauerei zu wählen.



wieder zurückgezogen. Die Agitation durfte aber nicht so lange hinausgeschoben werden, bis Versammlungsorte zur Verfügung standen, und beschloß die Generalkommission, bis auf weiteres durch Flugblätter zu agitieren und Einrichtungen zu schaffen, welche es möglich machten, Mitglieder für die Organisationen aufzunehmen. Es wird einen schweren Kampf mit den Behörden geben, bis diese sich daran gewöhnt haben werden, die Agitation für die Organisierung der Arbeiter nicht als eine den Strafgesetzen zuwiderlaufende Handlung zu betrachten und die Unzulässigkeit ihrer Bestrebungen, unsere Agitation zu hindern oder gar zu unterdrücken, zugegeben haben werden. Dieser Kampf wird geführt werden und über seinen Ausgang können wir unbesorgt sein. Trotz des Vorgehens der Behörden oder vielleicht gerade wegen dieses Vorgehens wird die Bevölkerung dieses Industriebezirks für die Arbeiterbewegung gewonnen werden.

(Schluß folgt.)

## Gerichts-Beifung.

**Zu der Strafsache wider Hoffmann und Amelung,** betreffend die Weglassung der Verlags- und Druckfirma auf den Formularen der Kirchenaustritts-Erklärungen, wofür jedem 15 M. Strafe und 1,20 M. Kosten zubilligt waren, wurden beide auf Einspruch in der gestrigen Schöffengerichts-Sitzung freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

**Der Inhaber eines Privat-Detektiv-Instituts, Karl Caspari-Roth-Noffi** stand gestern unter der Anklage des Betrugs vor der zweiten Strafkammer am Landgericht I. Eine reiche Frau, namens Elise Großmann, war ihres Ehegatten überdrüssig geworden und hatte den Angeklagten beauftragt, dem Eheunten nachzuspüren, wenn dieser etwa auf verbotenen Pfaden wandle. Rame dann die ersehnte Ehecheidung zu stande, so würde sie gerne 40000 M. opfern. Als die Agenten des Roth-Noffi endlich den Großmann ertrapt hatten, wie dieser sich in der Zimmerstraße von einer Prostituierten verführen ließ, schickte der Inhaber des Detektivinstituts zu der schuldungslossten Auftraggeberin, um mit dieser einen förmlichen Vertrag aufzusehen wegen des Honorars. In dem hierbei geübten Gebahren sah die Anklagebehörde das Vergehen des Betrugs und der Staatsanwalt beantragte 14 Monate Gefängnis. Das Gericht konnte jedoch in der Handlungsweise des Angeklagten keinen Betrug erblicken und sprach ihn frei.

**Die Auslegung, welche der Begriff „geschlossene Gesellschaft“** durch den 1. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erfahren hat, suchen sich bereits die Verwaltungsbehörden zu nütze zu machen. Dies beweist ein Rechtsstreit, den die Gesellschaften „Einigkeit“ und „Gut Glück“ zu Dortmund gegen die dortige Polizeiverwaltung zu führen gezwungen waren. Die genannten Vereine waren im Jahre 1898 von Angehörigen des arbeitenden Volkes zu dem Zwecke gegründet worden, im Kreise der Mitglieder die Geselligkeit zu pflegen und Getränke und Speisen im großen zu beschaffen und zu billigen Preisen an die Mitglieder abzugeben. Man mietete Verkosterlokale und setzte einen „Kastellan“ ein, dem die Ausgabe der Getränke und Speisen übertragen wurde. Die Gesellschaft „Einigkeit“ sicherte ihren Angestellten dafür 70 bzw. 80 Pct. des Nettogewinns zu, während der Kastellan der Gesellschaft „Gut-Glück“ monatlich 125 M. erhielt. Eines schönen Tages machte sich nun die Polizeiverwaltung daran, die Wirtschaftsverhältnisse beider Gesellschaften zu schließen und Schankrequisiten und dergleichen zu beschlagnahmen. Hand in Hand damit ging ein Verbot, in den betreffenden Räumen an Mitglieder und andere Biere und Spirituosen anzuschänken. Die beiden Kastellane wurden vor den Strafrichter zitiert, indem man ihnen zur Last legte, unbesugt das Schankgewerbe ausgeübt zu haben. In dem Prozeß wurden auch noch einige andere Personen, hauptsächlich Mitglieder, wegen „Beihilfe“ hineingezogen. Es erfolgte jedoch in allen Fällen Freisprechung, die der Staatsanwalt selbst beantragte. Es wurde auf Grund der Beweisführung angenommen, daß der Verdacht, es lägen nur Scheinvereine vor, die zum Zwecke der Gesetzesumgehung gegründet seien, durch keine Thatsache gerechtfertigt wäre. Zwischen war gegen die polizeilichen Maßnahmen Beschwerde erhoben worden, und zwar beim Regierungspräsidenten wie beim Oberpräsidenten von Westfalen erfolglos. Der letztere urteilte nach den ihm vorliegenden Polizeialkten dahin, daß der eigentliche Zweck der beiden Gesellschaften gewesen sei, den Kastellanen die Ausübung des Schankgewerbes ohne behördliche Konzession zu sichern. — Dann betonte er aber ganz besonders noch, daß schon die lose Organisation der Vereine, welche ihr Anschwellen auf über 600 und über 900 Mitglieder ermöglicht habe, sie nicht als „geschlossene Gesellschaften“ erscheinen lasse, und daß schon deshalb das polizeiliche Einschreiten berechtigt wäre. Bei einer so großen Mitgliederzahl seien wechselseitige persönliche Beziehungen der Mitglieder untereinander unmöglich und auch von einer bestimmten Abgrenzung nach außen könne keine Rede sein, wenn ein Eintrittsgeld von 30 Pf. genüge, die Mitgliedschaft zu erwerben und sonst nicht einmal Beiträge genommen würden. Der 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichtes hatte sich am 30. April mit den Klagen der Vorstände jener Gesellschaften zu befassen, die von den Rechtsanwälten Dr. Perls und Dr. v. Gordon vertreten wurden. Der Senat gab den Klagen statt und erklärte die Maßnahmen der Polizeiverwaltung für unberechtigt, indem er die entsprechenden Verfügungen aufhob. Das Gericht schloß sich den Feststellungen der Strafrichter an, daß man es nicht mit einem Scheinverein zu thun habe. Der prinzipielle Nebenbes, welche der Oberpräsident betreffs des Charakters der Gesellschaften als „geschlossene“ Gesellschaften geltend gemacht hatte, und die der bekannten, oben erwähnten Auslegung des 1. Senats desselben Gerichtes entlehnt sind, gedachte der Vorsitzende des urteilenden 3. Senats in der Publikation mit keinem Worte; aufscheinend hat man sie für vollständig belanglos gehalten.

**Zu der Holsteinischen Stadt Breesch** war im Jahre 1895 ein Verein gebildet worden, der sich den Namen „Arbeiterbund“ beilegte und im Statut Pflege des Gesanges und Veranstaltung von Theateraufführungen als Zweck bezweckte. Der Verein sollte dem Vergnügen dienen; Politik war statutengemäß ausgeschlossen. Am 18. Juni reichte man der Polizei die Statuten zur Genehmigung ein. Schon am 24. Juni, noch bevor der Verein irgend wie in Aktion treten konnte, forderte die Polizei den Vorstand auf, binnen dreier Tage das Mitgliederverzeichnis ebenfalls einzureichen. In der kurzen Zwischenzeit glaubte nämlich der Polizeiverwalter schon herausgefunden zu haben, daß der Verein nur ein Vergnügungsverein scheine, hauptsächlich aber dem Zwecke dienen sollte, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Lohmann, der Vorsitzende, lehnte es indessen ab, der Aufforderung nachzukommen und bemerkte dabei, daß er neugierig wäre, vom Herrn Polizeiverwalter zu erfahren, worauf er eigentlich sein Vorgehen stütze. Jetzt erging eine Verfügung an L., zugleich wurden ihm 10 M. Strafe für den Fall der Zuwiderhandlung angedroht. Als der Widerspenstige auch diesmal der Polizei nicht zu willigen war, wurde die angebotene Strafe festgesetzt, die fragliche Verfügung erneuert und eine weitere Strafe angedroht. Nunmehr bewachte Lohmann sich beim Landrath. Die Beschwerde wurde mit der Begründung zurückgewiesen, es hätte „vermuthet“ werden müssen, daß der Verein auch auf öffentliche Angelegenheiten einwirken werde, und deshalb sei die Mitgliederliste mit recht eingefordert worden. Die Vermuthung einer Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten leitete der Landrath augenscheinlich auf einen polizeilichen Bericht her, wonach der Verein „Arbeiterbund“ von den „Hauptern“ der Breescher Sozialdemokratie gegründet sein soll.

Der Regierungspräsident wies die weitere Beschwerde ebenfalls ab. Darauf klagte Lohmann beim Ober-Verwaltungsgericht, wo er in der mündlichen Verhandlung vor dem 1. Senat am 1. Mai durch Rechtsanwalt Dr. Herzfeldt vertreten wurde. Letzterer bestritt die in den Bescheiden der Beschwerde-Instanzen aufrecht erhaltenen Behauptungen des Polizeiverwalters. U. a. wandte er sich dagegen, daß eine Versammlung vom 17. September zur Rechtfertigung der polizeilichen Verfügung vom Juni herangezogen werde, wie es der Regierungspräsident gethan habe. Das Urtheil des Senats fiel zu Gunsten des Klägers aus. Die polizeilichen Verfügungen, soweit sie die Einreichung der Liste betrafen, wurden aufgehoben; die Klage wurde jedoch insoweit als gehässig unzulässig abgewiesen, als sie sich gegen die Freisetzung der Exekutivstrafe richtete. Präsident Perls führte zur Begründung aus: Da die Aufforderung der Polizei zu einer Zeit ergangen sei, wo der Verein noch gar nicht in Thätigkeit getreten war, und da nach den Statuten eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten nicht hätte angenommen werden können, so sei die Einforderung der Mitgliederliste hier nicht aus § 2 des Vereinsgesetzes zu rechtfertigen. Es könne dahingestellt bleiben, ob nicht etwa eine nach der erwähnten Versammlung vom 17. September 1895 erlassene Verfügung eher begründet gewesen wäre. — In der betreffenden Versammlung war angeregt aber nicht akzeptirt worden, daß ein boykottirtes Lokal bei der Veranstaltung eines Festes nicht berücksichtigt werden sollte.

**„Fräulein, ich liebe Dir! Du mir auch?“** Diese schnöderige Nebenart ließ der Agent Alfons Böwinski gegen eine junge Dame, das Fräulein Selma Frost, vom Stapel, die am Bahnhofs Alexanderplatz am 10. März d. J. die Ankunft einer Freundin erwartete. Als das Fräulein sich energisch eine derartige Ungezogenheit verbat, machte Böwinski eine überaus gemeine Bemerkung, aus der hervorging, daß er die Sittenreinheit der Dame sehr in Zweifel zöge. Diese hielt es nun für angezeigt, dem Lämmler, der auf sie den Eindruck eines erst halbfortigen Menschen machte, zu erklären, daß sie ihn für einen dummen Jungen halte, der lieber noch Hause gehen und seine Schularbeiten machen solle. Als Böwinski nun selber den Bescheidigen spielte und der jungen Dame Daiseigen (H) anbot, rief sie einen Schuttmann herbei und bewirkte seine Feststellung. Böwinski hatte sich vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts wegen Beleidigung zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 40 M., der Gerichtshof erkannte aber nur auf 10 M. Geldstrafe.

## Gewerkchaftliches.

**Der Verband Berliner Metall-Industrieller** parodirt mit einer neuen Proskriptionsliste, um die Arbeiter dafür zu strafen, daß sie von ihrem natürlichen und gesetzlichen Rechte Gebrauch machten, wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Arbeit niederzulegen. Die „Vertrauenskommission“ dieser brutalsten aller und bekanntesten Unternehmerorganisationen erließ ein Rundschreiben folgenden Inhalts:

„Berlin, 2. Mai 1896.  
Hierdurch bringen wir zur Kenntniß unserer Mitglieder, daß wegen Nichtbewilligung der Freigabe des 1. Mai resp. wegen Zurückweisung unberechtigter Lohnforderung die Arbeiter der Verbände „Berliner Schiffer u. Dehmann“, „Chaussestr. 40 (83 Mann)“, „R. Frister, Ind. Engel u. Hagewaldt, Emdenstr. 23 (sämmtlich)“, „G. Kramme, Gitschinerstr. 76/77 (8 Mann)“, „W. Citner, Sebastianstr. 61 (sämmtlich)“, „P. Schönbeimer, Großwaldstr. 140/141 (8 Mann)“, die Arbeit niedergelegt haben, und ersuchen wir gemäß § 1, Abs. 3 unserer Satzungen, keinen Arbeiter der bei vorgenannten Firmen die Arbeit niedergelegt, einzustellen.  
Gleichzeitig erlauben wir uns mitzutheilen, daß in einer Versammlung der Arbeitnehmer am 29. v. M. der Metallarbeiter erklärt hat, daß 3 der größten Firmen unseres Verbandes ihre Arbeiter „lediglich“ durch den Verband der Metallarbeiter ziehen (Sozialdemokratischer Arbeitsnachweis). Wir zweifeln selbstverständlich, daß solches mit Wissen unserer Verbandsmitglieder geschieht; da wir aber nachweisen können, daß Meister unserer Mitglieder diesen sozialdemokratischen Nachweis benutzt haben, fühlen wir uns zu dem Hinweis verpflichtet, daß solches absolut unzulässig und bitten dringend, dementsprechende Anweisungen zu geben. Solch Vorgehen heißt einfach unseren Gegnern die Waffen gegen uns zu überliefern. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügen wird.“

Das Rundschreiben trägt wieder die Unterschrift: **Fritz Kühnemann**. Ueber Name sagt alles; er macht jede Kritik des Rundschreibens überflüssig.  
**An die Arbeiter von Berlin und Umgegend!**  
Schon seit dem 18. April befinden wir uns im Kampfe um den tarifmäßigen Lohn und noch ist das Ende nicht abzusehen, denn von 32 Firmen ist bis jetzt jede Forderung abgelehnt worden; es befinden sich darunter an größeren Firmen die von Prangnis u. Sprödomsky, (Inhaber: Reinhold Sprödomsky), Keilspitz, Bodow u. Blarock, Grohne u. c. Die Zahl der im Zustande befindlichen beträgt noch immer 176. Die Anzahl der Firmen, welche uns bis jetzt als solche gemeldet wurden, die den tarifmäßigen Lohn zahlen, beträgt gegenwärtig 188; dieselben beschäftigen 529 Arbeiter und 542 Arbeiterinnen. Trotzdem die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, welche den Lohn erhalten, wie ihn der Tarif vorschreibt, im Steigen begriffen ist, haben wir immer noch einen sehr schweren Stand; abgesehen davon, daß wir selbst bei denen, die Bewilligt haben, auf dem Posten sein müssen, damit ihnen die Sache nicht wieder leid wird, wie die in heutiger Nummer des „Vorwärts“ (siehe Inserat) bekanntgegebenen Firmen Saube und Hofe beweisen; dieselben haben, nachdem sie unter denen, die den Tarif bewilligt haben, aufgeführt wurden, schnell ihr Wort zurückgezogen und glauben nun damit durchzukommen. Wir ersuchen nun die Arbeiter Berlins dringend, auch uns beizustehen, damit wir einen vollständigen Sieg erringen. Wir erwarten, daß jeder nur dort seinen Bedarf deckt, wo der tarifmäßige Lohn gezahlt wird. Wir verzichten vorläufig auf jede pekuniäre Unterstützung, erwarten aber daher um so mehr, moralisch unterstützt zu werden, dadurch, daß diejenigen Firmen berückichtigt werden, welche in der letzten Sonntagsnummer mit dem heutigen Nachtrag (S. Inserat) veröffentlicht worden sind.

Dieserjenige Fabrikanten, welche in dieser Liste fehlen, trotzdem sie den tarifmäßigen Lohn zahlen, haben sich den Nachtheil der Nichtveröffentlichung selbst zuzuschreiben, denn mehrfach haben wir im „Vorwärts“ und in Versammlungen aufgefodert, sich zu melden, d. h. die Arbeiter der betr. Firma haben sich zu stellen und die nötigen Angaben zu machen. Es nützt hier nicht zu annoncieren, man sei vergessen worden oder bei der Redaktion des „Vorwärts“ anzufragen, warum man nicht in die Liste aufgenommen sei. Der „Vorwärts“ kann das nicht wissen, aber wir auch nicht, wenn die Arbeiter der Fabriken sich uns nicht melden, viel leicht aus Furcht, zu der von der Versammlung beschlossenen Steuer herangezogen zu werden. Außer der Firma Lohmann, Wasserhorststraße, ist von uns noch keiner vergessen worden; in diesem Falle lag ein Versehen vor. Also nochmals: Die Unternehmer mögen ihre Arbeiter dafür haftbar machen, daß sie veröffentlicht werden, aber auch schleunigst Meldungen sind zu richten an die Lohnkommission Weinstr. 11.

Sobald kommt die Nachricht, daß in Französisch-Buchholz die Tabakarbeiter der Firma Lohmar (6 Arbeiter und 4 Arbeiterinnen) am Sonnabend entlassen worden sind, weil sie am 1. Mai gefeiert hatten. Sie glaubten schon deshalb zur Arbeitsruhe berechtigt zu sein, weil sie am 2. September und auch am 18. Januar ganz gegen ihren Willen ebenfalls hatten feiern müssen, ohne Entschädigung zu erhalten. Es wird gebeten, den Zug nach Französisch-Buchholz zu unterlassen. Bemerkenswert sei, daß die Gemahrgeliebten Wiedereinstellung in die Arbeit und Bewilligung des Berliner Lokutarifs verlangen. Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins. J. A.; C. Bütz.

**Die Restaurantkellner im „Hotel Bristol“**, Unter den Linden in Berlin, legten gestern die Arbeit nieder. Ursache der Arbeitseinstellung ist eine vom Geschäftsführer beabsichtigte Abänderung der Arbeitsordnung. Die Ruhepause, sogenannte „Anziehezeit“ (2 Stunden pro Tag), welche aber täglich nur 3 Mann genährt wird, sollte auf eine Tageszeit verlegt werden, wodurch sie illusorisch worden wäre. Diese bei einer 15-18 stündigen Arbeitszeit gewiß geringe Erholung, die dem einzelnen außerdem nur etwa alle 3-4 Tage zu gute kam, wollten sich die Kellner nicht entziehen lassen. Von den 18 hatten leider 2 nicht Solidaritätsgefühl genug, sich ihren Kollegen anzuschließen. Herr Uhl, der Prinzipal, beauftragte die Anordnung seines Geschäftsführers, jedoch nicht, weil er sie für nötig hielt, sondern nur um dessen „Autorität“ zu wahren. Er drohte den Ausschreitenden mit Maßregelung. Dabei er betonte, daß zwischen Berliner Hoteliers und Restaurantkellnern „keine Freundschaft“, ein Kartell bestehe, um „derartige Vorkommnisse durch Ausschließung der betreffenden“ zu bestrafen. — Mögen aus diesem Vorfalle die vielen indifferenten Kellner, die es leider noch giebt, endlich lernen, daß sie Verbesserung ihrer Lage nicht vom Prinzipal, sondern nur dann zu erwarten haben, wenn sie sich einer festen Beihilfenorganisation anschließen.

**Den Zimmerleuten Berlins** zur Kenntniß, daß bei folgenden Firmen wegen der Feier des 1. Mai Kameraden gemahregelt wurden: Mierauer, Marienburgerstraße; Fürst, Charlottenburg; Müller u. Dau, Böbberstraße; Garbe, Frankfurter Allee; Ueberholz, Pantow; Naß, Pappelallee; Stieber, Dersingerstraße; Möbius, Charlottenburg; Schmidt, Tilsiterstraße; Krause, Säbhornstraße. Zusammen sind laut Meldung 121 Zimmerer gemahregelt. Der größte Theil davon hat gleich auf anderen Stellen anfangen können. Die Lohnkommission.

**Maurer von Steglitz, Friedenau!** Am Montag, den 4. Mai sind wir für die neunständige Arbeitszeit und für einen Minimal-Stundenlohn von 55 Pf. in den Kampf getreten. Schon im Laufe desselben Tages haben einige Unternehmer bewilligt. Der Geist unter den Streikenden ist gut. In alle auswärtigen Kollegen richten wir die Bitte, uns so viel wie möglich zu unterstützen und unsere Orten vor allen Dingen fern zu bleiben. Alle Anfragen sind zu richten an A. Schwertke, Steglitz (Gambrius), Bornstr. 15a. Heute Mittwoch Abend 8 Uhr wird im Gambrius, Hagenstr. 15a, in einer Versammlung Bericht über den Stand der Lohnbewegung gegeben werden. Die Lohnkommission der Maurer von Steglitz-Friedenau.

## Versammlungen.

**Der Verband der Möbelpolierer (Zitiale Süd-Oh)** beschäftigte sich am 27. April mit der Besprechung von Werkstättenangelegenheiten. Bemerkenswert wurde, daß in der Werkstatt von Rose unter dem Tarif gearbeitet werde und bei Zander eine vollständig unregelmäßige Arbeitszeit herrsche. Zum Schluß ersuchte Heinrich Schulz die Anwesenden, ihn über alle Unregelmäßigkeiten auf dem schnellsten Wege in Kenntniß zu setzen, damit die Kommission die geeigneten Maßregeln ergreifen kann.

**Arbeiter-Gildenschule.** Mittwoch Abend von 8-10 Uhr: Süd-Ostschule, Waldemarstraße 14: Geschichtliche Uebersicht der Reformen bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands. Herr Dr. G. Wilm. — Nordische, Wälderstraße 179a: Deutsch. (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. Aufsätze.) Herr Heinrich Schulz. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

**Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend.** Gortgenber Allee, Baummann, Hofmalerstraße 2. — Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Wartenbergstr. 49, u. c. c. **Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgegend.** Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Damm 72.

## Vermischtes.

**An der unberühnten Version eines regierenden deutschen Fürsten** haben sich am Montag italienische Banditen vergriffen. Wie die römischen Blätter melden, begaben sich der Herzog von Sachsen-Meinungen und Genahlt, welche inognito reisen, mit mehreren Personen ihres Gefolges zu Wagen zu einem Besuch des Dichters Böß und dessen Gattin nach einer Villa bei Frascati. Auf dem Rückweg wurde der Wagen des Herzogs von zwei Individuen, welche mit Taschentüchern vermunnt und mit Gewehren bewaffnet waren, bei Frascati angehalten. Der Herzog mußte den Anzeigern sein Portemonnaie, welches nur etwa fünfundsünfzig Lire enthielt, übergeben, worauf diese sich zurückzogen und die Wagen weiterfahren ließen. Die Behörden sandten Polizei an den Ort der That, um die Schuldigen zu ergreifen, die einer späteren Nachricht zufolge auch gefasst sein sollen.

**Aus Halle** wird berichtet: Die Blättermeldung, nach welcher bei dem hiesigen „Allgemeinen Konsum-Verein“ „große Unregelmäßigkeiten“ vorgekommen seien, wird von dem Vorstand des Vereins für unrichtig erklärt.

**Wie aus Wien** der „Pres. Ztg.“ gemeldet wird, hat sich der Architekt Radislaw von Boguslawski, der Erbauer des Wiener Rathhausviertels, in Salzburg erschossen.

**Im Centrum der Stadt Cincinnati** wurde ein Haus durch eine Gasolinexplosion zerstört; sechs Personen wurden getödtet, 18 verwundet. Man befürchtet, daß unter den Trümmern des Hauses noch viele Personen verhaftet sind.

**Ueber Hochwasser** liegen aus Böhmen und Sachsen folgende Meldungen vor:

**Prag, 3. Mai.** Sämmtliche Ortschaften an der Moldau melden ein fortwährendes Steigen des Hochwassers infolge des fortdauernden Regens. Aus Widweß wird gemeldet, daß weite Gebiete in der Nähe der Stadt sowie das Bahnhofsgebiet unter Wasser stehen. Aus dem Böhmerwald werden Schneefälle gemeldet. Von anderer Seite wird aus Prag berichtet: Die steigende Wasserlage wird hier durch Arnushäufige angeheizt. Die böhmischen Umschlagplätze sind sämmtlich überschwemmt. Die Schiffahrt ist unterbrochen. Da ein weiteres Anwachsen des Wassers zu erwarten ist, so wird der Verkehr auf der Elbe voraussichtlich während dieser Woche eingestellt werden müssen. — Auch bei Dresden ist die Elbe auf 3,40 Meter über Null gestiegen.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (sowohl Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

Stähr. Ihr Eingekannt enthält doch kaum eine Verichtigung. Lebrigens können Sie sich doch nicht beleidigt fühlen, wenn der „Vorwärts“ behauptet, Sie seien für den Lokalverein eingetreten. Uns hat wenigstens eine derartige Absicht sehr fern gelegen.

**M. G. und J. O., Altona.** Wir können den Aufruf nicht veröffentlichen.

**Zeitschrift für Grabenre u. Leipzig.** Wegen der großen Anzahl von Gewerkschaftsblättern können wir Ihrem Wunsch nicht nachkommen.







## Abgeordnetenhause.

63. Sitzung vom 5. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerische: Justizminister Schönstedt und Kommissar.

Zweite Beratung der Richterbefoldungs-Vorlage. Die §§ 1 bis 3 werden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Bei § 4, welcher die anrechnungsfähige Dienstzeit festsetzt, erwidert

Minister Schönstedt auf Anregungen der Abgg. Zimmermann (frk.) und Böttinger (natl.), daß die Regierung der Frage der Anrechnung der Militär-Dienstzeit näher zu treten bereit sei, doch könne die Frage nicht für ein Resort der Staatsregierung besonders erledigt werden.

§ 5 bestimmt, daß der Beginn des Befoldungsalters spätestens drei Jahre nach vorchristlichem Beginn des richterlichen Befoldungsalters eintreten soll. Die Regierungsvorlage ließ vier Jahre als Spätesttermin zu.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath Lehnerdt bittet um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Graf Limburg (l.) und Minister Schönstedt schließen sich diesem Wunsch an, die Abgg. Kirsch (z.) und Lohmann (natl.) treten für die Kommissionsvorschläge ein; letztere werden angenommen; ebenso debattelos die §§ 6 und 7 der Kommissionsbeschlüsse.

§ 8 der Regierungsvorlage, der sogenannte Affectorenparagraf ist von der Kommission abgelehnt. Es liegen zwei Anträge vor, welche anderweitige Feststellungen für den § 8 vorschlagen, ein Antrag Busch und Gen. (l.): Die Referenden, die die große Staatsprüfung bestanden haben, erhalten darüber ein Zeugnis und die Befugnis, den Titel Gerichtsassessor zu führen. Dieselben scheiden aus dem Justizdienst aus; die, welche in den höheren Justizdienst eintreten wollen, haben ihre Annahme beim Minister zu beantragen. Die Annahme erfolgt nach Maßgabe des Bedarfs. Das Staatsministerium erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. 2. Ein Antrag Schmieding (natl.): Ueber die Zulassung der Kandidaten, welche sich nach der ersten Prüfung zur Vorbereitung für das Richteramt melden, entscheidet der Minister nach Maßgabe des Bedarfs. Die Zulassung erfolgt in der Regel nach der Reihenfolge der Meldungen. Die Ausführungsbestimmungen werden vom Minister im Wege des Regulativs erlassen.

Abg. Hören (z.) bekämpft eingehend den ganzen § 8. Dieser ist augenscheinlich nicht der Vorlage wegen, sondern die Vorlage ist des § 8 wegen gemacht. (Lebhafte Beifall.) Lieber werde der Richterstand auf jede Gehaltsverbesserung verzichtet, als seine Unabhängigkeit aufgeben. (Beifall.) Der § 8 werde ein Strebertum erzeugen, daß in jeder anderen Karriere unangenehm, im Richterstande aber unerträglich werden muß. Die Klagen über mangelnde Objektivität der Richter werden durch den § 8 nicht beseitigt, eher vermehrt werden. Lehnen Sie den § 8 ab. (Beifall.)

Abg. v. Richtigshofen-Marckschütz (l.) empfiehlt den Antrag Busch zur Annahme.

Abg. Schmieding (natl.): Wir erkennen das Vorhandensein der von der Regierung beklagten Uebel an; aber die Arznei ist schlimmer als diese Uebel. (Sehr richtig!) Redner empfiehlt seinen Antrag zur Annahme.

Abg. Klasing (l.): Was die Regierungsvorlage fordert, kann heute schon auf Grund geltenden Rechts gehandhabt werden.

Abg. Oswaldt (natl.) hält die bestehenden Bestimmungen für ausreichend, um unwürdige Elemente vom Richteramt fern zu halten. Die dem Minister zugebende Aufgabe kann derselbe nicht erfüllen. Wie geht es zu, daß auf der Rechten so zahlreiche Regierungsbeamte sitzen, auf der Linken nicht ein Einziger? Das ist doch kein Zufall! Nun sollen wir die gleiche Schranke, die vor dem Landratsamt errichtet ist, auch vor dem Richteramt errichten? Wir erwarten und verlangen vom Minister, daß er unwürdige Elemente vom Richteramt fernhält, und sind bereit, diesem Wunsche in einer Resolution Ausdruck zu geben.

Justizminister Schönstedt findet eine grundsätzliche Uebereinstimmung in den Meinungen Oswaldts und in denen der Staatsregierung. In der Vorlage ist lediglich der geltende Rechtszustand zum Ausdruck gekommen. Den Ruhm der diplomatischen Klugheit, den der Abg. Hören ihr zugesprochen hat, nimmt die Regierung nicht für sich in Anspruch. (Sehr gut! rechts.) Die Zahl der Referendarien hat so zugenommen, daß die jungen Leute 8 Jahre beschäftigungslos bleiben würden, das schlimmste, was einem jungen Manne passieren kann. Daß die Richter sich in ihrer Unabhängigkeit durch die Vorlage bedroht fühlen, glaube ich nicht; ich schätze die Richter höher. (Bravo!) Der Antrag Schmieding würde in Verbindung mit dem Antrage Busch annehmbar sein. Die Regierung kann nicht darauf eingehen, für alle die jungen Leute zu sorgen, die ihre Ausbildung in der Justiz erhalten, vielleicht nicht einmal mit der Absicht, ihrerseits sich später dem Justizdienst zu widmen. (Beifall.)

Abg. Krause-Waldenburg beantragt, den Antrag Busch dem Antrage Schmieding anzuschließen.

Abg. v. Liebmann-Womst (fr.) erklärt, daß ohne den § 8 das Gesetz für seine Freunde unannehmbar sei.

Abg. Dr. Djorobek (Pole) spricht gegen den § 8 und vermischt eine Aeußerung des Ministers über die Wirkung der Vorlage auf den Anwaltsstand.

Minister Schönstedt erwidert, daß er auch für den Anwaltsstand eine günstige Wirkung von der Vorlage erwarte.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Es wird zunächst über den Antrag Krause-Waldenburg abgestimmt. In namentlicher Abstimmung wird derselbe mit 179 gegen 168 Stimmen abgelehnt und zwar stimmten Zentrum, die beiden freisinnigen Parteien und die National-liberalen gegen den Kompromissantrag, letztere mit einigen Ausnahmen. Ebenso wird alsdann abgelehnt der Antrag Schmieding gegen die Stimmen der National-liberalen und der Antrag Busch gegen die der beiden konservativen Parteien und schließlich auch der § 8 der Regierungsvorlage.

Der Rest der Vorlage bleibt unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen, nachdem ein konservativer Antrag zu § 16 mit Rücksicht auf das Ergebnis der Abstimmung über § 8 zurückgezogen war.

Es folgt die zweite Lesung der Zentral-Genossenschaftsgesetz-Novelle (Erhöhung des Betriebskapitals von 5 auf 20 Millionen Mark).

Die Vorlage ist in der Kommission nur redaktionell geändert worden und wird debattelos angenommen.

Morgen 11 Uhr: Zweite Lesung der Kreditvorlage für Eisenbahnen und Kornhäuser.

Schluß 4 Uhr.

## Dem ersten Mai

ergeht es wie dem Vollmond — er wird von den Mäpfen angebeult. Und je heller der Mond scheint, je lustiger er auf sie herunterlacht, desto wilder werden bekanntlich die Mäpfe. Das vielstimmige Well- und Klaff-Konzert, das uns jetzt aus der kapitalistischen Presse entgegenläßt, klingt uns deshalb just wie die schönste Musik, denn es ist ein Zeugnis für die Großartigkeit des ersten Mai.

Je vollständiger die Nachrichten über die Feier vorliegen, desto imponanter das Bild und der Eindruck. Ueberall Begeisterung. Ueberall kraftvoll-besonnene Entschlossenheit. Ueberall Fortschritt. Ueberall Fortschritt — darin liegt für uns der Schwerpunkt. Stillstand ist Tod — lautet ein alter Spruch. Und für eine Partei, die eine neue Weltordnung zu schaffen berufen ist, gilt der Spruch in seiner wörtlichsten Bedeutung. Aber „lieb Vaterland launst ruhig sein“ — die „Revue des 1. Mai“ hat in allen Ländern der Erde ein gewaltiges Wachstum der Sozialdemokratie festgestellt. Die Zahl der Teilnehmer war größer, als je zuvor; die Sympathie der Massen war größer; und insbesondere in Deutschland war auch die Zahl derer weit größer, welche den 1. Mai durch Arbeitstube feierten.

Letzteres heben wir besonders hervor, weil die Arbeiter des goldenen Kalbes, voran das alte Fischweib im Sachsenwalde (das beim goldenen Kalbe so viel Glück gehabt hat), jetzt das Blaue vom Himmel herunterlügen, um den 1. Mai als einen Triumph des — goldenen Kalbes hinzustellen. In ihrem „Uebermuth“ — so lügt diese Gesellschaft — hätten die Sozialdemokraten der bürgerlichen Gesellschaft eine „Kraftprobe“ angeboten; die bürgerliche Gesellschaft habe den Handschuh aufgenommen und sofort habe die Sozialdemokratie sich feige zurückgezogen und so gut wie kein Arbeiter sei am 1. Mai von der Arbeit weggeblieben — in ganz Deutschland höchstens 600! Sechshundert!

Da ist aber auch alles gelogen! Frech, grotesk gelogen. Die Sozialdemokratie hat keine „Kraftprobe“ für den 1. Mai angeündigt — solche Kinderereien mocht keine ernsthafte Partei. In einer „Kraftprobe“ hehnten einige Zinger des goldenen Kalbes. Und die Sozialdemokratie hat dazu gelacht. Die Sozialdemokratie hat nichts zurückgenommen, weil sie nichts zurückzunehmen hatte. Wohl aber hat sie die Genugthuung gehabt, daß zahlreich Arbeitgeber so vernünftig waren, sich um die Heereten des Fischweibs vom Sachsenwalde und seines Keunlichner Jögling nicht zu bekümmern. Und die übel berathenen Geldhäre, die, gleich den Leipziger Möbelfabrikanten den ersten Mai zu einer „Kraftprobe“ machen wollten, werden in den nächsten Wochen und Monaten Gelegenheit haben, darüber nachzudenken, daß nicht die Arbeiter von den Herrn Arbeitgebern leben, sondern umgekehrt die Herren Arbeitgeber von den Arbeitern. Und eine solche Fektion ist ja ganz nichts.

In Bezug auf die Maiseier in Frankreich und England haben wir noch zu bemerken, daß die auch von sonst unparteiischen Vätern gebrachte Nachricht, in beiden Ländern sei die Feier weniger allgemein gewesen, sich aus ungenügender Kenntnis der Verhältnisse erklärt. Das Maiseier war in England bisher fast ausschließlich am ersten Sonntag im Mai gefeiert worden. Diesmal war, zum ersten Mal, die Feier am 1. Mai, also vorigen Freitag. Und das aus einem Freitag nicht Hunderttausende in den Hyde Park strömen, wie an einem Sonntag, das versteht sich von selbst. Die Zahl der Festteilnehmer war dieses Jahr weit größer als in früheren Jahren, und das Sonntagpublikum hat auch vorigen Sonntag nicht gefehlt.

In Frankreich aber trat der festliche Charakter des 1. Mai etwas in den Hintergrund, weil die Wichtigkeit der unmittelbar bevorstehenden Gemeindevahlen das politische Moment mit Nothwendigkeit in den Vordergrund drängte, so daß die Festveranstaltungen meistens zugleich Wählerversammlungen waren, und die Wählerversammlungen Festveranstaltungen. —

Wir lassen nun die nachträglich eingelaufenen Berichte folgen:

**Provinz Brandenburg.** Die Versammlung in Reinfeldendorf war gut besucht; die Berliner Resolution wurde einstimmig angenommen. — Halbe Dor. Der Bauherr Richter, zugleich Gemeindevorsteher der dritten Klasse, ließ seine Arbeiter von Mittag an feiern, zahlte für die freie Zeit ein Viertel des Tagelohnes und machte mit ihnen zur Feier des Tages einen Spaziergang. — Die Genossen von Königs-Wusterhausen und Umgegend hielten ihre Maiseier am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung in Zeesen ab; besonders vertreten waren die Arbeiter der umliegenden Ziegeleien und der Siemens'schen Grube „Zentrum“. Nach Referaten der Genossen W. Wach und Versuß aus Berlin — letzterer sprach polnisch — wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der sich die Versammelten mit den Ausführungen beider Redner einverstanden erklärten und sich verpflichteten, energisch für die Verkürzung der Arbeitszeit und das Wachstum der maßgebenden Organisation einzutreten, sowie auch für möglichst Verbreitung der Arbeiterliteratur (des „Vorwärts“, des „Volksblatts“ etc.) zu sorgen. — In Fürstenwalde a. d. Spree wurden die zum 2. Mai angelegten Festschichten polizeilich verboten; an deren Stelle wurde nun eine Versammlung abgehalten, wo Schöpplin aus Frankfurt referierte.

**Hannover.** Lüneburg. Am Spaziergang nachmittags beteiligten sich 50—60 Personen, die Feier am Abend war stark besucht. Den Vortrag hielt Bobitzky aus Wandsbeck. — Hannover. Beteiligung früh circa 1000 Personen, nachmittags 2500, abends gegen 2500. Festredner war Meißner. Die diesjährige Maiseier war die großartigste, die Hannover je gesehen.

**Schleswig-Vollstein.** Schenefeld, Dorf in der Nähe von Hamburg. Gut besuchte Versammlung am Abend des 1. Mai. Das Referat hatte Stanningl aus Hamburg. — Auch auf der Insel Sylt wurde der Gedenktag des internationalen Proletariats gefeiert, und zwar am 3. Mai durch eine Versammlung in Westerland, wo Koenen aus Hamburg den Vortrag hielt.

In Bremerhaven war die Beteiligung bedeutend zahlreicher als im vorigen Jahre. Redner war hier Schmalfeldt aus Geestemünde und Gehr.

**Odenburg etc.** In Bant, Heppens, Sarel ist wie in Odenburg und Delmenhorst die Maiseier in großartiger Weise verlaufen. In Bant hielten Haverkamp aus Geestemünde und Hug aus Bant die Festreden. In Wilhelmshaven und Umgegend wurden 9000 Maiseier-Blätter in Gestalt des „Norddeutschen Volksblatts“ verbreitet.

**Meinland.** In Barmen nahmen am Nachmittagsausflug 300 Personen teil, trotzdem der 1. Mai für das Wuppertal ein sehr ungünstiger Festtermin ist. Ueber den guten Besuch der Abendveranstaltungen ist schon berichtet worden. — In Köln war die Maiseier nicht von 1000, sondern von circa 2000 Personen besucht, eingerechnet die, welche außerhalb des Lokals stehen mußten, weil sie drinnen keinen Platz mehr fanden.

**Offen etc.** In Offenbach war am 1. Mai die Beteiligung größer als früher. Mehrere Häuser waren bekränzt und mit Flaggen geschmückt. Referent war Simon. Ueber 100 Arbeiter der Vehr'schen Fahrradfabrik sind wegen Ruhenlassens der Arbeit gemahregelt worden.

**Thüringen.** Gera. Die Vormittagsversammlung am 1. Mai (Referent: Wurm aus Berlin) von 450 Personen, doppelt so stark als im vorigen Jahre, besucht. Der Besuch des Konzerts am Nachmittag war noch bedeutender, und die 6 Versammlungen abends waren sämtlich überfüllt; viele Personen fanden keinen Platz mehr. In Pforten nahmen am Umzug mehrere hundert Personen teil. Das am 3. Mai für Gera und Umgegend abgehaltene gemeinsame Maiseier, woran auch Genossen aus dem rheinischen Oberland theilnahmen, war von mehreren tausend Personen besucht, obwohl das Festlokal verregnete. Die Festrede hielt hier Manfred Wittich aus Leipzig. — Mühlhausen. Versammlung am Morgen gut besucht, ebenso das Konzert am Nachmittag; die Versammlung am Abend war überfüllt, viele fanden keinen Platz. — Frankenhäusen. Oertlicher Verhältniß wegen mußte die Feier am 3. Mai begangen werden. Theilnehmerzahl 800. Da bis zum Ministerium hinaus Versammlungen politischer Natur nicht erlaubt werden, mußte man die festlichen Veranstaltungen auf Theater, Konzert und lebende Bilder beschränken. — Sangerhausen. Die Arbeitstube am 1. Mai ist hier undurchführbar, deshalb wurde nur abends eine Versammlung abgehalten, Sonntag darauf ein Ausflug unternommen und abends eine Festlichkeit veranstaltet. Die Beteiligung war größer als im vorigen Jahre. — Erfurt. Zahlreiche Genossen ließen die Arbeit ruhen. Am Morgenausflug beteiligten sich 500 Personen. Bei der Festlichkeit aber, wo Reichhaus sprach, erwies sich der Saal als viel zu klein. Auch das Unternehmertum scheint jetzt der Maiseier sympathischer gegenüberzustehen, als früher. So war die Hagens'sche Fabrik gänzlich geschlossen, was der Besitzer damit begründete, die Arbeiter könnten sich doch auch einmal einen Feiertag gönnen, nachdem ihnen von anderer Seite so oft solche Diktir würden.

**Bayern.** In Augsburg, Lechhausen, Wörzshofen und Memmingen waren die Versammlungen am 1. Mai gut besucht. In letztgenanntem Orte feierte eine größere Anzahl Arbeiter, darunter die Former einer Maschinenfabrik, den Tag durch Arbeitstube. Die Augsburger hatten noch eine Festlichkeit zum 3. Mai geplant, mußten diese aber wegen des schlechten Wetters verschieben. — Die Arbeiter Kemptens hielten die Maiseier am Sonntag ab; das Fest wurde aber durch Regen und Schnee sehr beeinträchtigt. — Nürnberg. Beide Versammlungen am Abend des 1. Mai waren sehr zahlreich besucht und nahmen einen überaus würdigen Verlauf. Dehne und Dertel referierten.

In Württemberg wurden am Sonnabend und Sonntag noch zahlreiche Maiseier abgehalten, so in Reutlingen, Schwemlingen, Oberndorf Metropole des Gewerkefabrikanten (Mauer), Unter- und Oberlärheim, Gmünd, Badnang, Gerlingen, Kirchheim, Kleinhilgen, Kallental, Waiblingen, Münster, Wildbad, Galmbach, Bisingen, Scherdingen, Rohrad, Nördern, Strach, Wangen und anderen Orten. Man kann jetzt sagen, der 1. Mai hat auch in Württemberg feste Wurzel gefaßt und die dortige Arbeiterschaft marschirt Schulter an Schulter mit dem Proletariat aller Länder.

**Baden.** Pforzheim. Nachmittags waren keine gewerkschaftliche Versammlungen, abends eine Volksversammlung, wo Agter aus Stuttgart sprach. — Strödingen. 100 Metallarbeiter und eine große Anzahl anderer Genossen ließen die Arbeit ruhen. Nachmittags kamen die Korlsruher und Durlacher herüber, so daß 700 Mannausfessanten beisammen waren. Bei der Abendfeier sprach Schaur aus Strödingen. — Offenburg. Nachmittags zogen circa 60 Genossen ins Gebirge, der Abendfeier wohnten 500 Personen bei. Die Beteiligung an der Maiseier ist auch hier im Wachsen begriffen. — Mannheim. 400 Personen ließen die Arbeit ruhen; der Abendfeier (Referent Lüh aus Baden-Baden) wohnten 2000 Personen bei. — In Waldhof und Sandhofen ist die Maiseier ebenfalls würdig verlaufen. — Ludwigschafen. Früh 60—70 Teilnehmer, abends 500. Studentenreich aus Oggersheim hielt die Rede.

**Dänemark.** Kopenhagen, 1. Mai. Herr Kullus-Minister Wardensteth hatte den 1. Mai zum Fast-, Fast- und Betttag bestimmt — man wollte damit wohl der sozialistischen Feier des Tages die Spitze bieten — aber man gewährte damit nur den Arbeitern den Vorzug, daß sie ohne Kampf den 1. Mai als Feiertag begehen konnten.

Vormittags war schlechtes Wetter gewesen; aber gerade, als um 4 Uhr die Demonstrationzüge auf das Korrefeld gezogen kamen, brach auch die Sonne hervor und strahlte über die zahllosen roten Fahnen herab. Um 5 Uhr waren etwa 15 000 Menschen um die Rednertribünen versammelt.

**Holland.** Amsterdam, 1. Mai. Die Bedeutung der Maiseier in Holland ist, daß in diesem Jahre zum ersten Male der internationale Charakter der Feier und ihre Bedeutung als Klassenbewegung mit vollem Nachdruck betont worden ist. Da nach dem kommunistischen Manifest jeder Klassenkampf notwendigerweise ein politischer Kampf ist, kann der Maiseier, so wie sie sich bis jetzt in Holland gestaltet hatte und größtenteils auch diesmal gestaltet hat, nicht die Bedeutung beigemessen werden, welche sie in anderen Ländern hat, wenn sie auch äußerlich noch so umfangreich sein mag. Da der „Sozialistenbund“ jede politische Betätigung bekämpft, sinken seine Manifestationen zu blohem Phrasengebiet hinab. — Von Seiten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde aber, laut Kongressbeschluss, mit besonderem Nachdruck betont, daß wir eine gesetzliche Regelung des Achtstundentages wollen und daher auch für das allgemeine Wahlrecht eintreten müssen. War unsere Bewegung also geringer an Umfang als die anarchistische, sie war bedeutungsvoller, weil sie sich im Einklang befand mit der internationalen Maiseier. Auch kann sie als ein gut gelungener Anfang bezeichnet werden. In Utrecht, wo voriges Jahr von einer Maiseier noch nicht die Rede sein konnte, wohnten ihr jetzt über 1200 Personen bei. Die Versammlung hatte einen glänzenden Verlauf. Ein Fackelzug durch die Stadt folgte ihr. Auch in Maastricht, wo die Arbeiterbewegung, sowie in Utrecht, sozialdemokratischen Charakter trägt, wurde die Maiseier unter großer Begeisterung begangen. In Amsterdam hatten die Anarchisten, welche da ihren Hauptstich haben, nichts unternommen, um die Arbeiter an sich zu ziehen und von unserer Versammlung abzuhalten. Einige von ihren Anhängern hatten sich sogar nicht geschämt, über Nacht die Einladungen zu unserer Versammlung von den Anschlagtafeln abzureißen. Trotzdem war sie von über 700 Personen besucht. In Amsterdam hatten viele Arbeiter, vor allem der Diamantindustrie, die Arbeit niedergelegt. Auch an einigen kleinen Orten wurde das Maiseier würdig begangen. —

## Partei-Nachrichten.

**Parteiliteratur.** Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ist soeben eine für die Massenverbreitung bestimmte Broschüre erschienen: Arbeiterkatechismus. Eine



sozialdemokratische Antwort auf das Preis-  
auschreiben des Pfarrers Weber in M.-Glad-  
bach. Diese Schrift widerlegt in einfacher Darstellung die  
laubhaftigsten Vorurteile und Einwände gegen die Sozialdemo-  
kratie und behandelt in verschiedenen Kapiteln dieselben Fragen  
vom sozialdemokratischen Standpunkt aus, welche der im Sinne  
des Herrn v. Stumm christlich-soziale Pfarrer als Preisaufgabe  
zur Beantwortung gestellt hat: Pflichten des Arbeiters gegen  
sich, Frau und Kinder, gegen seine eigene Klassengenossen, gegen  
die Gesellschaft, gegen Religion, Vaterland, Kaiser und Reich etc.  
Um die Verbreitung in den Kreisen zu ermöglichen, die noch  
völlig indifferent der Arbeiterbewegung gegenüberstehen, ist der  
Preis auf 10 Pf. festgesetzt; für Vereine und Komitees, welche  
die Schrift zu Agitationszwecken in größeren Posten beziehen,  
wird dieser Preis noch wesentlich herabgesetzt. — Im Laufe der nächsten Woche erscheinen die Reichstagsdebatten  
über die Bäckerei-Verordnung als Broschüre unter dem Titel:  
**Die Arbeiterkassen-Debatte der bürgerlichen Parteien im  
Reichstage zum Preise von 15 Pf.**

Von der Agitation. Vorvorige Woche sprach Genosse  
Weber in einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung in  
Wittenberge über die gegenwärtige Lage. Die Vorstände  
der reicheren Vereine, der Militärvereine etc., waren überein-  
gekommen, für diesen Abend besonders dringend zu Vereinsversammlungen  
einzuhalten, um die Vereinschasse vor der sozialdemokratischen  
Anstreichungsgefahr zu schützen. Einer derselben hatte sogar rasch sein  
Stiftungsbrief, das erst später stattfinden sollte, auf diesen Abend  
verlegt. Weiter hatte der Bezirksfeldwebel für diesen Tag rasch  
eine Kontrollversammlung angesetzt und den Erschienenen einen  
Vortrag darüber gehalten, daß sie heute als im Dienste stehend  
sich anzusehen hätten und deshalb sozialdemokratische Versammlungen  
nicht besuchen dürften. Aber der Liebe Wahn war ver-  
gebens. Die Versammlung war nicht nur sehr gut besucht, es  
sollen sich auch unter den Anwesenden viele gefunden haben,  
bei denen die Neugierde die patriotische Pflicht überwog.

Aus Halle a. S. wird gemeldet, daß die Seher unseres  
dortigen Partei-Organs, des „Volksblattes“, die Arbeit  
niedergelegt haben, weshalb am Dienstag diese Zeitung  
nicht erscheinen konnte. In einer Benachrichtigung für die  
Abonnenten des „Volksblattes“ theilt der Vorstand und Auf-  
sichtsrath der „Hallischen Genossenschafts-  
Buchdruckerei“, wo das „Volksblatt“ hergestellt wird,  
folgendes mit:

„Die heutige Nummer des „Volksblattes“ kann nicht er-  
scheinen, weil aus folgender Ursache eine Differenz zwischen  
Genossenschaftsdruckerei und Sehern ausgebrochen ist:

Vor dem 1. Mai beschloß der Aufsichtsrath und Vorstand  
der Genossenschaftsdruckerei gemäß einem Beschlusse der Ge-  
neralversammlung, daß der 1. Mai wie jeder andere Feiertag  
betrachtet werden soll und daß Bezahlung dieses Tages an die  
in diesem Felde stehenden Seher selbstverständlich zu erfolgen  
habe. Würden auch die im Berechnen (im Akkord) stehenden  
Seher (8 Mann) die Bezahlung des Tages fordern, so solle auch  
diesen Sehern der Tag bezahlt werden, obgleich das  
gegen den Beschluß der Generalversammlung verstieße.

Das Personal hat vor dem 1. Mai keinerlei Forde-  
rung gestellt (da sie es nicht nötig hätten), sondern heute  
die Arbeit nicht aufgenommen, nachdem eine gestern abge-  
haltene Versammlung von Genossenschaftsmitgliedern beschlossen  
hat, den im Berechnen stehenden Sehern den 1. Mai nicht zu  
bezahlen, da sie vorher ein dahin gehendes Verlangen nicht ge-  
stellt haben.

Trotzdem bot der heute früh zusammengekommene Vorstand  
der Genossenschaft auch den im Berechnen stehenden Sehern die  
Bezahlung des 1. Mai an. Die Seher verlangten jedoch, daß  
der Vorstand auch für die Zukunft die Bezahlung des 1. Mai  
an alle Seher zusichere. Diese Bedingung glaubte der Vorstand  
nicht annehmen zu dürfen, da die Vorstandsmitglieder fest ent-  
schlossen sind, ihre Kammer sofort niederzuliegen, und eine Zu-  
sicherung über die Köpfe der Generalversammlung hinweg nicht  
gegeben werden dürfe.

Hingugefügt sei, daß es sich weder bei den Gehilfen noch  
bei dem Vorstand um den erstverweigernden Betrag an sich ge-  
handelt hat. Die Gehilfen waren vielmehr der Meinung, daß  
ihre Vorgehen nach dem Tarif bedingt sei. Der Vorstand weigerte  
sich anfänglich der Bezahlung, wiederum nicht um des Betrages  
willen, der in Betracht der sonst von der Genossenschaft gewährten  
Lohn- und Arbeitsbedingungen gar nicht in Betracht kommen  
kann, sondern weil er von dem Standpunkt ausging, daß  
erstens durch den Tarif die Bezahlung des 1. Mai als tarif-  
mäßiger Feiertag nicht verlangt werden kann und daß zweitens  
die Feier des 1. Mai als Demonstration betrachtet werden  
muß, eine Bezahlung des Tages aber diesem Charakter wider-  
sprechen würde. Es würde dafür gefordert werden, daß die  
morgende Nummer des „Volksblattes“ rechtzeitig in die Hände  
der Abonnenten gelangen kann.

Dies zur Aufklärung über den unerquicklichen Zwischenfall.  
Die Preiskommission des „Volksblattes“ theilt im An-  
schluß daran mit, daß ihre Versuche, den Streit beizulegen, an  
dem Verhalten der Gehilfenschaft gescheitert sind.

Dies das tatsächliche des bedauerlichen Vorganges. Unsere  
Ansicht darüber ist folgende: Der 1. Mai ist unabweislich ein  
von der Geschäftsleitung durch Nichterscheinen des  
„Volksblattes“ angeordneter Feiertag und deshalb nach § 34  
Absatz 3 des Tarifs auch den Akkordsehern und zwar mit dem  
Minimum des gewissen Geldes, ohne weiteres zu bezahlen. Eben des-  
wegen waren sie nicht verpflichtet, die Bezahlung noch besonders zu  
fordern. Die Versammlung der Genossenschaftsmitglieder war  
also nicht berechtigt, den Akkordsehern die Bezahlung des  
1. Mai zu verweigern, weil sie die Entschädigung nicht besonders  
fordern mochten. Daß sie die Entschädigung aber haben wollten,  
wußte man. Ist also das geschilderte Verfahren der Genossen-  
schaftsdruckerei nicht richtig gewesen, so ist es  
doch wieder gut gemacht worden, indem man am Montag  
den Akkordsehern die Bezahlung des 1. Mai anbot. Diese  
haben nun durch ihre Forderung, der Vorstand sollte versichern,  
daß der 1. Mai künftig allen Sehern bezahlt werde, ein Ver-  
langen gestellt, das ebenso unberechtigt ist, wie es das Ver-  
langen der Genossenschaftsdruckerei war, wonach die Gehilfen  
die Bezahlung noch besonders fordern sollten. Die Genossen-  
schaftsdruckerei hat feinerzeit mit der Anerkennung des Tarifs  
als Ganzem ihrer Pflicht genügt; über einzelne Punkte des Tarifs  
— und Differenzen über die Auslegung kommen in allen Geschäften  
vor — sich noch extra auf Jahre hinaus zu verpflichten, ist deshalb  
weder nötig noch unseres Wissens im Buchdruckgewerbe irgend-  
wo gebräuchlich. Außerdem ist der Vorstand einer eingetragenen  
Genossenschaft an die Beschlüsse der Generalversammlungen ge-  
bunden. Aus diesen Gründen schon ist der Streik der Buch-  
druckergehilfen das unvernünftigste, was sich denken läßt; und er  
ist um so schärfer zu mißbilligen, als die Gehilfen, die  
doch sicherlich auch Parteigenossen sein wollen, die Feier des  
1. Mai, an deren ungetrübtem Verlaufe sowohl die Partei wie  
die Gewerkschaften das gleich hohe Interesse haben, durch  
die Arbeitniederlegung karrikirten. Zu dem Streik lag um  
so weniger ein zwingender Grund vor, als die Partei-  
inflanzen, denen sich die Hallische Genossenschaftsdruckerei  
unzweifelhaft nicht widersetzen würde, noch nicht gesprochen  
halten. Die Seher haben nicht wie Klassenbewußte Arbeiter ge-  
handelt, sondern bei der Verfolgung ihres ernstlich übrigens gar  
nicht gefährdeten Interesses das Interesse der Gesamtarbeiter-  
schaft in den Wind geschlagen. Nachträglich scheint ihnen das  
Ihrichte ihres Vorgehens selber zum Bewußtsein gekommen zu

sein, denn sie haben, wie wir soeben erfahren, die Arbeit wieder  
aufgenommen.

In Zwickau siegte bei der Wahl der Vertreter zu den  
beiden Orts-Krankenkassen die Liste der Gewerkschaften  
mit großer Majorität.

Parteipresse in Holland. Ein Ergebnis des zweiten  
Kongresses der Sozialdemokratischen Partei in den Niederlanden  
ist, daß im Mai eine wissenschaftliche sozialdemokratische Monats-  
schrift unter dem Namen „De Nieuwe Tijd“ (Die Neue Zeit) er-  
scheinen wird. Verleger ist D. J. P. O. van der Ma in Amsterdam,  
Redakteur J. van der Goe in Haag.

Aus Amerika. Der zu Othello in Brooklyn abgehaltene  
Parteitag der skandinavischen sozialistischen Organisationen  
erzielte denselben den Anschluß an die amerikanische sozialistische  
Arbeiterpartei. Speziell zur energischen Betreibung der Propaganda  
unter den Skandinaviern soll eine nationale Organisation gegründet  
werden, deren Leitung an dem Orte ihren Sitz hat, wo sich die  
Zentralleitung der amerikanischen sozialistischen Arbeiterpartei be-  
findet. Das von den skandinavischen Genossen Brooklyns heraus-  
gegebene Blatt „Arbejdere“ soll von den Organisationen dieser  
Sprachgruppe als Parteiorgan anerkannt werden. Die  
Agitation für das englische sozialistische Blatt „The People“ will  
man daneben energisch betreiben. In den Debatten wurde von  
allen Rednern aus nachdrücklich betont, daß sich die  
skandinavischen Sozialisten nicht in erster Linie als Skandinavier,  
sondern als Amerikaner betrachten sollten.

In einer New-Yorker Versammlung der jüdischen,  
aus russisch-polen stammenden und sozialistisch gesonnenen  
Arbeiter, wo der polnische Genosse Carl Dolski die dortigen  
gegenwärtigen Verhältnisse schilderte, wurde die Gründung einer  
Sektion des Verbandes ausländischer polnischer Sozialisten be-  
schlossen, speziell zu dem Zweck, durch Vierung geeigneter  
Agitationschriften an der Aufklärung der polnischen Massen- und  
Klassengenossen mitzuwirken. Dolski wird die Gründung solcher  
Organisationen auch in anderen Orten Amerikas betreiben. Die  
Agitation unter den übrigen polnischen Arbeitern ist an den  
Plätzen, wo sich Polen in größeren Massen angesiedelt haben —  
wie z. B. in Detroit, Michigan — sehr schwierig, da sich die  
Leute vollständig im Banne der katholischen Priester befinden.  
Trotzdem ist fast überall ein kern polnischer Genossen vorhanden,  
welche in agitatorischer Hinsicht leisten, was unter den ob-  
waltenden schwierigen Verhältnissen möglich ist.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.  
— An den Haupteingang der Kirche in Deuben i. S.  
hatte irgend ein dummes Junge oder ein böswilliger Gegner den  
Satz geschrieben: Hoch die Sozialdemokratie! Das genigte der  
Polizei, um bei unseren Parteigenossen eine Hausdurchsuchung vorzu-  
nehmen. Selbstverständlich war die Suche erfolglos.

## Versammlungen.

Die Liga zur Verbesserung des Ahtuhr-Ladenschlusses  
hatte zu Montag Abend ihre erste Versammlung nach der Brauerei  
Friedrichshain einberufen. Von den eingeladenen Abgeordneten  
war niemand erschienen. Wir möchten jedoch hierbei bemerken,  
daß der Genosse Weibel, der sogar als Sprecher auf den Plakaten  
genannt war, durchaus keine bestimmte Zusage gemacht hatte,  
die zu einer derartigen Ankündigung berechtigte. Der Vorsitzende  
der Liga, Herr Berth. Heymann, hielt das Referat über die Frage:  
Wie erreichen wir den Ahtuhrschluß? Indem Redner noch einmal  
das gesammte Material der Erhebungen und des Berichts der Reichs-  
kommission für Arbeiterstatistik durchging, sagte er die Antwort darin  
zusammen, daß sich die Interessenten — die Handlungsgehilfen  
und Gehilfen — zusammenschließen müßten und unbekannt ihrer  
politischen Parteilichkeit zu einer Vereinigung, die nur die Ein-  
führung des Ahtuhr-Ladenschlusses bezwecke. In der Liga sei  
ihnen hierzu die Möglichkeit geboten und ersuche er die An-  
wesenden, derselben beizutreten. Kaufmann August Hingge trat  
den Ausführungen des Referenten energisch entgegen. Der Bei-  
tritt zur Liga, so führte der Redner aus, habe für die Handlungs-  
gehilfen absolut keinen Werth. Von einer derartigen parteilosen Ver-  
einigung könnten die Handlungsgehilfen nichts erwarten. Die  
Handlungsgehilfen seien einzig und allein bei der Verbesserung ihrer  
Arbeitsverhältnisse auf die Gesetzgebung angewiesen. Nachdem nun  
aber die Konserativen und Freisinnigen in so eskalantier Weise  
gegen die Vorschläge der Reichskommission und somit gegen eine  
Arbeitsverkürzung der Handlungsgehilfen Stellung genommen  
haben, sei es Pflicht der Handlungsgehilfen, auch offen und frei  
dieser Partei zu stehen, die stets und ständig einzig und allein  
die Interessen der Handlungsgehilfen wahrzunehmen bestrebt sei,  
und das sei die sozialdemokratische Partei. Wenn die  
Handlungsgehilfen wirklich etwas erreichen wollten, so müßten  
sie, ebenso wie die übrigen Industrie-Arbeiter, sich organisieren  
in Vereinigungen, die auf dem Boden der modernen  
Arbeiterbewegung stehen. Dies ist in Berlin die Freie  
Vereinigung der Kaufleute, und ersuchte er die Anwesenden,  
dieser beizutreten. Nachdem noch Herr Hoffmann als Laden-  
inhaber für den Ahtuhr-Schluß gesprochen hat, wurde eine  
Resolution angenommen, in der man den Vorstand beauftragte,  
ein Gutachten an die gesetzgebenden Körperschaften zu richten,  
nach welchem sich die Vereinigung mit den Vorschlägen der  
Reichskommission einverstanden erkläre, da sie dieselben als  
Grundlage für die Schaffung eines Arbeiterschutzes im Handels-  
gewerbe betrachte. Ferner gelangt eine Resolution des Herrn  
Hingge zur Annahme, nach der die Versammlung die Einziehung  
einer Maximal-Arbeitszeit von 10 Stunden für Gehilfen und von  
8 Stunden für jugendliche Angestellte unter 18 Jahren für er-  
forderlich hält.

Die öffentliche Versammlung aller in Kolonial-  
waren-Geschäften, Zigarrenhandlungen, sowie  
sämmtlicher in der Lebensmittel- und Kurz-  
waren-Branche beschäffigten Handlungs-  
gehilfen und Gehilfeninnen, die am Sonntag Nach-  
mittag in Cohn's großem Saale tagte, hörte als ersten Punkt  
der Tagesordnung einen Vortrag des Kaufmanns Hingge über  
die Nothwendigkeit des Ahtuhr-Ladenschlusses. Redner schilderte  
in längeren Ausführungen an der Hand des reichhaltigen Materials  
der Kommission für Arbeiterstatistik die Erhebungen über die  
Arbeits- und Lohnverhältnisse der Handlungsgehilfen, Ge-  
hilfeninnen und Lehrlinge, den Schluß daraus ziehend, daß der  
vorgeschlagene Ahtuhr-Ladenschluß eine mehr denn be-  
rechtigte Forderung der Angestellten bedeute. Des Weiteren  
verliest Redner ein Schreiben, unterzeichnet von verschiedenen  
Berliner Kaufleuten, in dem diese sich für den  
Ahtuhrschluß erklären, jedoch für den Sonnabend eine Ausnahme  
wünschen, damit der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit werde,  
ihre Bedürfnisse zu deden. In der Diskussion vertritt Präfer,  
Zigarrenhändler, die Meinung, daß der Ahtuhrschluß die  
kleinen Geschäftskleute ruiniren müsse, ihm erscheine nothwendig,  
auch im Handelsgewerbe für die Angestellten das System des  
Schichtwechsels einzuführen, um die nothwendigen Ruhepausen  
zu garantiren. Maß, Fr. Adler, J. Janki, Linden-  
mann und andere sprachen sämmtlich im Sinne des  
Referenten, worauf folgende Resolution Annahme fand: Die  
am Sonntag, den 3. Mai, im großen Saale von  
Cohn zahlreich versammelten Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen  
der Kolonialwaren-Geschäfte, Zigarrenhandlungen und Kurz-  
waren-Branche erklären, daß ihre durch die übermäßige Arbeits-  
zeit tieferliegende Lage durch die Vorschläge der Kommission für  
Arbeiterstatistik an den I und II ernstlich gebessert werden könne. Sie  
richten an den hohen Bundesrath und Reichstag das dringende  
Ersuchen, diese Vorschläge schnellstens zum Gesetz zu  
erheben. Sollten diese Vorschläge nicht Gesetzeskraft erlangen, so  
ersucht die Versammlung um Erlass eines Gesetzes, wonach  
Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen höchstens 10 Stunden und Lehr-  
linge und Lehrlinge unter 18 Jahren täglich höchstens

8 Stunden beschäftigt werden dürfen. Den Titel III der Vorschläge  
der oben genannten Kommission bittet die Versammlung abzu-  
lehnen, da durch Zulassung einer Konkurrenzklause die Ver-  
werthung der Arbeitskraft der Angestellten im Handelsgewerbe  
erheblich geschmälert wird.

Die Bauanschläger berichtigen in Bezug auf ihren letzten  
Versammlungsbericht, daß sich die Freie Vereinigung der Bau-  
anschläger Berlins nicht zu Gunsten des alten Vereins auflösen  
soll, sondern im Interesse einer einheitlichen Organisation nach  
Auflösung des Vereins möglichst für den Anschluß an den alten  
Verein wirken möge.

Der Fachverein der Lederarbeiter (Porteufüller) hielt  
am 27. April seine Generalversammlung ab. Zunächst erstattete  
Boigt einen Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes vom  
verflorenen Jahr. Hierauf gelangte der Kassenbericht zur Ver-  
lesung, der eine Einnahme von 256,20 und eine Ausgabe von  
126,11 M. ergab, so daß mit einem Bestand vom letzten Quartal  
in Höhe von 63,20 M. der Verein über 193,29 M. verfügt. Nach  
dem Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission und der Abrechnung  
vom zweiten Stiftungsfest, die einen Ueberschuß von 99,75 M.  
aufweist, wurde die Neuwahl des Vorstandes vollzogen, die  
folgendes Resultat ergab: Ab. Schulz erster, Spalholz zweiter  
Vorsitzender; Ab. Vogel erster, Brandenburg zweiter Schrift-  
führer; Weibe erster, Hofe zweiter Kassierer; Heimke, Hertel und  
Hahn, Beisitzer; Döring und Freitag, Revisoren; Chr. Schulz  
und Freitag, Bibliothekare. Die Arbeitsnachweis-Kommission  
bilden Gerlich, Wied, Heine, Döring, Schwalbach, Braun, Barth  
und Straube.

Die Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Um-  
gegend nahm in ihrer Versammlung am 27. April den Kassen-  
bericht entgegen. Die Kasse hatte im ersten Quartal eine Ein-  
nahme von 10 658,31 M. und eine Ausgabe von 8 471,82 M.,  
bleibt mithin ein Bestand von 2 186,99 M. Auf der Reichsbank  
sind 15 336 M. deponirt. Der Vertrag mit den Ärzten wurde  
in der bisherigen Form erneuert und soll den Familien-  
angehörigen die Behandlung zu ermäßigter Tage gewährt werden.  
Zur Verhandlung kam hierauf die Angelegenheit, die sich zwischen  
Herrn Doktor Heimann und dem Vorstand abspielte, und auch  
seinerzeit im „Vorwärts“ zu längerer Auseinandersetzung mit  
dem Vorstand Veranlassung gab. Die Versammlung verpflichtete  
dem Vorstand in seiner Stellungnahme bei und protehirte in  
einer Resolution gegen die Auffassung des betr. Redakteurs. U. a.  
theilte der Vorsitzende mit, ihm sei bekannt gegeben, die  
Redaktion des „Vorwärts“ habe Leute aufgefordert, gegen  
die Kasse zu schreiben.

Der Zentralverband der Maurer verhandelte in seiner  
Mitgliederversammlung am 28. April über die Regelung der  
Streikunterstützung. Der Vorsitzende, Worm, empfahl, auf die  
Unterstützung seitens der Lohnkommission zu verzichten, und die  
Unterstützung der Mitglieder aus der Verbandskasse zu bestreiten.  
Diesem Vorschlag wurde in der Versammlung verschiedentlich  
widersprochen und ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß  
die verheiratheten Mitglieder außer den 9 M., welche sie pro  
Woche von der Lohnkommission erhalten, noch 8 M. aus der  
Verbandskasse bekommen, so daß die Unterstüfung 12 M. beträgt.  
Desgleichen wurde ein Antrag angenommen, nach welchem den  
abreisenden Mitgliedern die volle Reise-Unterstützung zu-  
gesichert wird.

Die Zentral-Krankenkasse für Frauen und Mädchen  
(Offenbacher) beschloß in ihrer letzten Sitzung entgegen der  
bisherigen Praxis des Vorstehenden zukünftig auch den Wäch-  
erinnen die Unterstüfung auszugeben. Allerdings bleibt dieser  
Antrag der Gunst des Vorstehenden überantwortet, da das Statut  
keine diesbezüglichen Bestimmungen enthält.

## Vermishtes.

Der uskende Schah und der dichte Schah. Schah  
Nasr-ed-Din, der ermordete Herrscher von Persien, liebte es, wie  
die meisten gebildeten Perser, sich als Dichter zu versuchen. Man  
hat Verse von ihm, in denen er sich über die Leute lustig macht,  
die nicht mit dem Zeitgeiste fortschreiten. Ein Spottgedicht auf  
seinen Leibmedikus Hakim el Romail lautet wie folgt: „O Du  
des Sultans Hakim el Romail! Nato ist ein Stümper Dir  
gegenüber, Aristoteles ein Ignorant. Deine geistige Macht will  
ich aber meinen Unterthanen nicht vorenthalten: Nimmst Du  
einen Kranken in Behandlung, weißt Du nicht Mund von Ohr  
zu unterscheiden. Nie darf man ein Mittel von Dir anwenden,  
ohne den Koran befragt zu haben, ob man nicht das  
Leben dabei wagt. Wenn jemand von Deiner Hand  
geheilt wurde, so hat ihm Gott ein neues Leben ge-  
schenkt. Wenn Du noch zwei oder drei Jahre Deine Heilungs-  
versuche fortsetzt, so ist Persien menschenleer.“ — Von den  
Liebesliedern des Schah sei nachstehend eine Probe gegeben:

Nicht zum Thor des Paradieses  
Schne ich mich einzugehen,  
Alle andern Wünsche schweigen,  
Seit ich, Holde, Dich gesehen.  
Warum sprichst Du nur beständig  
Vom Gewissen, Schöne, Reine?  
Keine Schuld drückt mein Gewissen,  
Auser meiner Liebe — keine!  
Wer sich Deinen Sklaven nennt,  
Reidet Fürsten nicht die Throne;  
Stehend schleppe ich Deine Fessel —  
Und ich trage Traus Krone!

Im Dichten ist Nasr-ed-Din manchem europäischen Kollegen  
ganz entschieden über.

Eine nette Ordnungsstufe ist in Brüssel beim Krugen  
genommen worden. In der Nacht zum Dienstag wurde ein  
früheres Mitglied der Polizei verhaftet unter dem dringenden  
Verdacht, die Baronin Perry ermordet und beraubt zu haben.  
Der Wechsellager, bei dem er das geraubte Geld umwechselte,  
erkannte den Verhafteten sofort wieder.

Die russische Zensur. In dem in Kopenhagen unlängst  
erschienenen Werke „Indairyk fra Polen“ („Reise-Eindrücke aus  
Kongreg-Polen“) von Georg Brandes theilt der dänische Kritiker  
eine Episode mit, die er an der russischen Grenze erlebt hat. Er  
erzählt: „Der erste Gegenstand, der die Aufmerksamkeit der  
russischen Grenzwaache auf sich zog, waren zwei Hefte der  
„Nouvelle Revue“. „Was ist das?“ fragte mich der älteste  
Grenzbeamte in deutscher Sprache. — „Das ist die französische  
Monatsschrift „Nouvelle Revue“, entgegnete ich. — „Gut, aber  
den Inhalt will ich wissen.“ — „Ich kann doch nicht den Inhalt  
sämmlicher Artikel in einer Minute wiedergeben!“ — „In  
solchem Falle muß ich die Hefte an die Zensurverwaltung von  
Warschau senden.“ — „Ist denn diese französische Revue in  
Rusland verboten?“ fragte ich verunmüthet. — „Verboten ist  
alles, was ich nicht verstehe,“ lautete die lakonische Antwort.  
Desshalb schickte meine Bücher in dänischer Sprache.  
„Aber höchst räthselhaft erschien mir,“ schließt Brandes, „daß der  
Grenzbeamte auch mein chinesisches-französisches Wörterbuch mit  
Beschlagnahme belegte. Und doch ist die Erklärung einfach: „Verboten  
ist alles, was man nicht versteht.“

\*) Die Redaktion hat wohl kaum nöthig, zu versichern, daß  
die von ihr mit einiger Heiterkeit geleseene Behauptung, sie habe  
Personen aufgefordert, der Bauhandwerker-Krankenkasse mit dem  
Fehlertiele den Garau zu machen, in jeder Beziehung völlig aus der  
Luft gegriffen ist. Im übrigen hat auch die von der Versammlun-  
g beschlossene Resolution die Redaktion des „Vorwärts“ leider  
nicht von der Meinung abzubringen vermocht, daß der von ihr  
in der Recept-Angelegenheit eingenommene Standpunkt richtig  
und den Interessen der kranken Mitglieder der Kasse förder-  
lich war.



# Warenhaus A. Wertheim

Nur für 3  
Tage gültig  
Ausnahme-Preise

Mittwoch 6., Donnerstag 7., Freitag 8. Mai.

Frühjahrs-Preisliste kostenfrei.

Versand-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. 111.

## Auf sämtliche Frühjahrs-Kleiderstoffe wird an diesen drei Tagen besonderer Rabatt

in Abzug gebracht.

Bedruckte Kattune u. Batiste Metr. 28 u. 33 Pl.  
Bedruckte Kleider-Satins Metr. 60 Pl.  
Mousseline de laine Metr. 60 Pl.  
Weisse durchbrochene Stoffe Metr. 45 u. 60 Pl.  
Weisse gestickte Batiste Metr. 60 u. 70 Pl.

### Perl-Garnituren

mit besonderem Rabatt

Schwarz 1,05 1,55 2,10 2,55 2,90 Mk.  
Farbig 1,50 2,20 3,70 Mk.

### Tapissiererie-Artikel.

Tabletdecken mit Franzen 17, 23, 33 Pl.  
" mit Hohlraum 20, 25, 33 Pl.  
Stubenhandtücher 65 Pl. u. 1,35 Mk.  
Congress-Schürzen 53 Pl. u. 65 Pl.

Ruhekissen, Nattestoff 60 Pl., Filz 1,40 Mk.  
Tischläufer, Filz 1,35 Mk.  
Picknickrollen 85 Pl. u. 1,20 Mk.  
Staubtuchtasche 85 Pl. u. 1 Mk.

## Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert Schuhwaren en gros & en detail in eleganter und solider Ausführung.



### Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99 und Rosenthalerstr. 63/64 verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden. Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75, in nur reeller Ausführung. 4321L\*

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: Wilh. Bock.

## Möbeltischlerei

u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt 5012L\*

Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6. Eigene Werkstätte im Hause.

### Zur Frühjahrsaison

verlaufe ich meine Schuhwaren nach wie vor zu den bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen und zwar:

Herrenstiefel: von den einfachsten bis zu den elegantesten, nur bekannt gute Qualität M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.

Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.

Ball- u. Gesellschaftsschuhe, feinste Ausführung von M. 2,50 an.

Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von Einsegnungstiefeln zu aussergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam. Verkauft nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. 33/15

Illustrierte Preislisten gratis und franko.  
S. Selbiger, Schuhfabrik, Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstrasse.

### Unerreicht billig!!!

**G**ardinen in großer Auswahl, in großer Auswahl, crème und weiss, das Fenster v. 2,00 M. an, empf. das Älteste Teppich-, Gardinen-, Möbelstoff- u. Portièren-Gesch. Berlins, Berlin C., Königstr. 26, (Ecke Klosterstr.)

Otto Büchler, Versand-Abteilung D.

**Kinderwagen** Stranzen, Sport- und Leiterwagen Kinderklappstühle u. Zweifelh. gest. A. W. Schulz, 1. Geschäft: Brunnenstr. 95, gegenüber Humboldthain. 2. Geschäft: Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstrasse. Musterb. gr. u. sel. Fernspr. Amt III. Nr. 1767.

### Portièren

Restbestände 2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.

Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten. Pracht-Katalog mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr. Teppich-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

**Große Betten 12 M.** Oberbett, Unterbett, zwei Kissen mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Duffig, Berlin S., Oranienstraße 46. Preisliste kostenlos. Diese Anerkennungs-schreiben.

66. Resterhandlung. 66 billige Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoff, sowie zu Mänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. (4991L\*) Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. 66. Karle, Waldemarstrasse 66. Teleph. Amt IV. 1597.

### Sophaplüsch- Beste

in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Frise und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! Muster franco!

Abgepaßte Satteltaschen sehr hohelegante billig. Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158

Möbel u. Polsterwaren, reelle Waare empf. Franz Tutzauer, Tischlermeister, (4992L\*) Berlin SW., Plücher-Strasse 14.

### Für 11 M.!

Stoff zu einem Herren-Anzug! Für 15 M. ff. Kammgarn oder Cheviot. Zuschlager Berlin O., Hoher Steinweg 4. Unfalljaden, Klagen, Eingaben, Pügger, Steglitzerstr. 65.

5000 Pfund lebend frische Zander nach allen Plätzen Deutschlands. Alle anderen Fischsorten zu niedrigeren Tagespreisen. stelle ich mit 30 Pfg. per Pfund in meinem neu-eröffneten Laden-Geschäft 16. Dragoner-Str. 16 am Donnerstag, Freitag u. Sonnabend d. Woche z. Verkauf. Otto Grundmann, Fisch-Grosshandlung.

**Älteste Uhren-Fabrik** besteht seit 1860 Berlin S. besteht seit 1850 152 am Moritzplatz, Oranienstr.-Ecke 152 **Gustav Scharnow.** Große Auswahl. 5 jährige Garantie. Vorzügliche Fabrikate. Goldene Damen-Remontoir-Uhren von 18 M. an. Silberne Cylinder- do. " 10 " " Regulatoren, 14 Tage gehend " 12 " " Das langjährige Bestehen des Geschäfts bürgt für Lieferung reeller Waaren. 5048L\*

Zahnärztliche Klinik Bedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl. Nachgass. Schmerzlos 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M. (4896L\*)

Zur gefälligen Kenntnissnahme! Ich bezahle schon seit Jahren den tarifmäßigen Lohn. Aus Versehen schickte mein Name in der Sonntagliste. Cigarren-Fabrik A. Paulick. Berlin, Kastanien-Allee 33. 12886.

**Eisen-Bettstellen für Kinder u. Erwachsene,** grosse Auswahl in eleganten Formen, ganz zusammenlegbar, in deutschen und englischen Mustern. Stahldrahtmatratzen. Polstermatratzen jeder Art. Ill. Preisliste über Bettstellen gratis und franco. R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik, Berlin SW., Markgrafstrasse 20.

**Ostbahn-Park** Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Garten-Concert von der 24 Mann starken Haushalle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschek. Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis. Volkshelmsungen jeder Art. 4 Regelmässigen zur Verfügung. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. H. Jmbs.

**Gardinen-Reste** von 2 bis 4 Fenstern, crème und weiss, spottbillig, empfiehlt J. Adler Teppichfabrik, Spandauerstr. 30, gegenüber dem Rathhause. Reichhaltige Preisliste grat. u. franko. Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an. Teilg. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödnen bei Bestellung umsonst. Gudel, Lustigerplatz 2, Elsfasserstr. 12 Herrenhüte 75 Pf. 4450L\* Musterfächer, vollständig schlerfrei, feinere Qualitäten, giebt ab zu enorm billigen Preisen, die Fabrik im Komptoir Chausseestr. 59. 1 Tr., an der Norddeutschen Brauerei. Knaben-Stoff- und Wasch-Anzüge sehr billig. Hoffmann, Veteranenstr. 14.



**Achtung! Arbeiter Berlins!** Achtet auf die Liste derjenigen **Cigarrenfabrikanten**, welche in Nr. 103 des „Vorwärts“ vom 3. Mai als diejenigen bezeichnet waren, welche ihren Arbeitern den tarifmäßigen Lohn bezahlen. Nachträglich wurden uns noch gemeldet:

Autriek, Steinmehlf. 60.  
Bomsdorf, Liebenwalderstr. 60.  
Ehler, Wilmannstr. 22.  
Egler, Danzigerstr. 73.

Kunkel, Mansteinstr. 14.  
Kuserow, Belfortstr. 27.  
Litsche, Ruppinerstr. 45.  
Lochmann, Wasserthorstr. 49.

Majerowitsch, Linienstr. 8.  
Meloslawsky, Maderstr. 8.  
Ochs, Lindenstr. 59.  
Pauliek, Kastanien-Allee 33.

Schmidt, Fildinstr. 8.  
Schwerin, Pasewalkerstr. 4.  
Schuster & Graf, Nizdorf.

Liebschwager, Weissensee.  
Greiner, Reinickendorf.  
Loopold, Pantow.

Die Firmen **Saube**, Rottbuserstr. 6a und **Rose**, Sarnimstr. 17 sind aus der Liste zu streichen, weil dieselben ihr Wort zurückgezogen und die tarifmäßigen Löhne nicht zahlen.

## Buchdruckerei-Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 6. Mai, abends 7½ Uhr:

### Große öffentliche Versammlung

in **Bolz's Lokal**, Alte Jakobstraße Nr. 75 (oberer Saal).

1. Berichtserstattung über die Lage der Bewegung des Neunstundentages. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Herren Buchdrucker werden gebeten, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen darauf aufmerksam zu machen. Der wichtigsten Tagesordnung halber erwartet vollzähliges Erscheinen

Der Einberufer.

## Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Freitag, den 8. Mai, abends 8½ Uhr:

### Öffentliche Versammlung der Delegierten im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße 16.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Ausschussmitgliedes. 271/14
2. Berichte über die Streiks der Tabakarbeiter, Musikinstrumenten-Arbeiter, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Schuhmacher und Packfahr-Angestellten.
3. Bericht über die Maifeier.
4. Stellungnahme zu den Gewerbeberichts-Wahlen in diesem Jahre.
5. Gewerkschaftliches.

Die Delegierten werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Der Ausschuss. J. A.: R. Willarg.

## Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 7. Mai 1896, abends 8½ Uhr,

bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44:

### Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung vom 1. Quartal 1896. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Wahl von zwei Delegierten zu derselben. 4. Die Antwort des Ausschusses in bezug auf unsere Lohnbewegung.

187/19

Der Bevollmächtigte: L. Dechand.

## Achtung! Zimmerer. Achtung!

Donnerstag, 7. Mai, abends 8 Uhr, bei **Tips** (Friedrichshain):

### Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Situationsbericht und unsere Stellungnahme dazu. 2. Ist es nötig, das Sammelwesen beizubehalten? 3. Verschiedenes.

Der reichhaltigen Tagesordnung wegen muß ein jeder Zimmerer unbedingt erscheinen.

Die Lohnkommission.

## Metallarbeiter!

Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr:

### Bier öffentliche Versammlungen:

- im **Kösliner Hof**, Köslinerstr. 8;
- im **Keller's Festsälen**, Koppenstr. 29;
- im **Märkischen Hof**, Admiralstr. 18e;
- im **Henke's Salon**, Raunynstr. 27.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu der Aussperrung von 500 Kollegen wegen der Feier des 1. Mai.
2. Der Streik der Mechaniker.
3. Verschiedenes.

### Achtung, Mechaniker!

In folgenden Werkstätten befinden sich die Kollegen im Ausstand: **Keiser & Schmidt**, Johannstraße; **Mix & Genest**, Bülowstr. 67; **Gould & Co.**, Reinickendorferstr. 64a; **Weinert**, Admiralstr. 18d; **Krause**, Marienstr. 28; **Thiele & Co.**, Prinzenstr. 86.

Jung ist fernzuhalten!

Bevolligt hat weiter die Firma **Wagner & Reichow**.

Das Streikbureau befindet sich bei **Schönemann**, Staliberstr. 7.

Die arbeitenden Mechaniker und Berufsgenossen sind verpflichtet, pro Woche 1 Mark zum Streikfonds zu zahlen. Die gesammelten Gelder sind jeden Sonnabend im Streikbureau abzuliefern.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
**Otto Raether**, N., Anklamerstr. 44.

## Deutscher Holzarbeiter-Verein.

(Zahlstelle Berlin.)

### Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr: Vertrauensmänner-Versammlungen. Süd-Osten.

Im Lokale des Herrn **Kautenberg**, Oranienstraße 180. **Osten.**

Im Lokale des Herrn **Thiele**, Fruchtstr. 36a, oberer Saal. **Westen und Südwesten.**

Im Lokale des Herrn **Fritj Zubeil**, Lindenstraße Nr. 106. **Moabit.**

Im Lokale des Herrn **Holzbacher**, Thurmstraße Nr. 84.

Tages-Ordnung:  
Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.  
Die Kollegen werden ersucht, aus allen Werkstätten Delegierte zu entsenden.

Die Ortsverwaltung.

## Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, 6. Mai, nachm. 4 Uhr, Brauerei Friedrichshain:

### Große öffentliche Versammlung

der streikenden Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung:  
Unsere Lohnbewegung. Referent **A. Hoffmann**.  
Die ausgesperrten Klavierarbeiter haben die Pflicht, alle zu erscheinen.  
Die Lohnkommission  
der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

## Achtung! Schuhmacher! Achtung!

Donnerstag, den 7. Mai 1896, abends 8½ Uhr, in **Cohn's Festsälen**, Genthstr. 20-21:

### Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Die Schuhmacherbewegung im allgemeinen. Referent Kollege **Simon** aus Offenbach. 2. Die Lage unseres Streiks. Referent Kollege **Hammacher**.  
Es ist Ehrenpflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen.

**M. J. Hahlo**,  
Patentanwalt,  
Berlin NW., Karlstrasse 8.

Patentnachsichtung und Verwerthung. (50142) Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei. Erste Referenzen im In- u. Auslande.

**Milchkübel**,  
Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen  
**Jordan**,  
Kleine Markus-Strasse Nr. 28

**Möbel-Ausverkauf**,  
passende Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelpelzer, Neue Königstr. 69, sollen ca. 300 Wohnungsseinrichtungen, vielfachen gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirtschaften für 90, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. **Wannent** ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark, Kommoden, Rückenspiegel 15, Nachschlafstühle, Bettstellen 20 Mark, Tischplatten 35, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Sophas 18, Säulenstühle, Kleiderständer, hochbelegant 66, Trümmen mit Säulen und Krokodilsofen 60, Herrenstühle, Tischplatten 60 Mark, Garmelstühle 70 Mark, Stühle, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Günstige Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufwahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch noch ausserhalb.

**Fruchtweine**  
Johannisbeerwein, weiß u. roth, Stachelbeerwein, Heidelbeerwein

10 Liter.  
pro Glas

Kosthalle der Berliner Groß-Debitanten Berliner Gewerbe-Ausstellung  
**Eugen Neumann & Co.**  
Stettinische Eisenbahn, Hallesche 4. (Marineschaustraße)

Paletots und Anzüge für Herren und Knaben, Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Betten, Möbel, ganze Wirtschaftseinrichtungen, auf Theilzahlung mit geringen An- und Ratenzahlungen bei **L. Silberstein**, Rosenthalerstr. 49 I. 50112

**Herren-Hüte 65 Pf.**  
Confirmanden u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir 729b  
**Barnimstr. 45, Müllerstr. 12c, Kastanien-Allee 101.**

**Fahrrad**, Pneumatic, neu, Rod. 96, hochbeleg., 1jährige Garantie, für 165 M., seltene Gelegenheit. **Schulze**, Brangelstr. 81 I.

## Achtung, Maurer! Achtung!

Den Mitgliedern des **Zentralverbandes der Maurer Deutschlands**

Filiale Berlin II.

zur Nachricht, daß diejenigen Mitglieder, welche vor dem 20. April Mitglied geworden sind und über 8 aufeinanderfolgende Stempel in ihrer Streikkarte aufzuweisen haben, ersucht werden, am **Donnerstag, den 7. Mai, abends zwischen 7 und 9 Uhr, in der Grünstr. 21** bei Sommer ihre Streikunterstützung in Empfang zu nehmen.

134/19

Ersuche Mitgliedsbuch und Streikkarte mitzubringen.  
J. A.: Der Vorstand.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 7. Mai, abends pünktl. 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Guske**, Grenadierstraße 33:

### Ordentl. Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Der Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Referent: **Genosse Pösch**. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom gemüthlichen Beisammensein. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Die Mitglieder werden ersucht, alle zu erscheinen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

## Achtung! Puber. Achtung!

Donnerstag, den 7. Mai 1896, abends 8½ Uhr, im Lokal **Grenadierstraße Nr. 33:**

### Öffentliche Versammlung

der Baudeputierten der Püzer Berlins und Umgegend.

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die Baudeputierten-Versammlung am 30. April beschlossen hat, daß die Bauten von **Baumeister Scharf**, Landsberger Allee 49, **Landsberger Allee** und **Petersburgerstrassen-Gede** und **Pantstraße**, und von **Baumeister Pagnid**, **Bau Handjerystr. 72**, **Friedenau**, **Bau Steglitz Däppel** und **Grünwaldstrassen-Gede** (bei letzterem nur **Kuchen-Püzer**), gesperrt sind. Kollegen, das sind die Bauten, welche uns bis jetzt bekannt sind, doch sind sämmtliche andere Bauten, welche die oben genannten Baumeister haben, als gesperrt zu betrachten, die anderen Bauten machen wir in der Freitag-Nummer bekannt. Als erledigt zu betrachten ist der **Bau Reichenbergerstraße 84** von **Hölzel u. Trenner**.

134/18

Die Lohnkommission.

Sie wundern sich wohl über die schöne weiße Wäsche Ihrer Nachbarin? Machen Sie auch einen Versuch mit dem echten **Dr. Thompson's Seifenpulver** und Sie werden dasselbe von Ihrer Wäsche sagen können! Sie ersparen dabei viel Mühe, Zeit und Geld und werden die Stoffe mehr schonen, als bei jeder anderen Waschmethode. Nur echt mit der Schwanmarke „Schwan“.

Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Colonialwaarenhandlungen. M 30.585

## Damen-Mäntel!

Damen-Mäntel, Kragen, Capes, Jacketts, Regenmäntel. Gelegenheitskauf, nach beendeter Engros-Saison werden jetzt unter Herstellungswert in enorm großer Auswahl Einzeln verkauft. **Landsbergerstr. 59, 1 Tr. (kein Laden.)**

**Echt Staudorfer Likör**,  
ausgezeichnet im Geschmack & Liter 1,20 M.  
Echten alten Nordhäuser, Liter 1,10 M., 5 Liter & 0,90 M.  
Berliner Getreidekummel, Liter 1,10 M., 5 Liter & 0,90 M.  
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzügl., Liter 1,30.  
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M.  
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

**Eugen Neumann & Co.,**  
6a Bellealliance-Platz, 81 Neue Friedrichstrasse, 8 Oranienstr., 29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.